

# Stenographisches Protokoll.

72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

VI. Gesetzgebungsperiode.

Dienstag, 11. Dezember 1951.

## Inhalt.

### 1. Ausschüsse.

Zuweisung des Antrages 100 (S. 2757).

### 2. Verhandlungen.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (445 und Zu 445 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1952 (461 d. B.).

Spezialdebatte:

Gruppe VIII: Kapitel 19: Land- und Forstwirtschaft, und Kapitel 28, Titel 3: Österreichische Bundesforste (Fortsetzung).

Redner: Steiner (S. 2757), Dipl.-Ing. Dr. Scheuch (S. 2759), Mittendorfer

(S. 2768), Dr. Gasselich (S. 2770), Mentasti (S. 2773), Hartleb (S. 2777 und S. 2785), Eichinger (S. 2781), Dipl.-Ing. Hartmann (S. 2788), Rosa Jochmann (S. 2792) und Dipl.-Ing. Strobl (S. 2796).

Gruppe IX: Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie, und Kapitel 21: Bauten.

Spezialberichterstatter: Haunschmidt (S. 2798);

Redner: Scharf (S. 2799) und Truppe (S. 2806).

Ausschußentschließung, betreffend Vertriebsverbot für Kriegsspielzeug (S. 2799).

## Beginn der Sitzung: 11 Uhr 10 Minuten.

Präsident Böhmer: Die Sitzung ist eröffnet.

Der eingelangte Antrag 100 wurde dem zuständigen Ausschuss zugewiesen.

Wir setzen nunmehr die unterbrochene Debatte über die Gruppe VIII: Kapitel 19: Land- und Forstwirtschaft, und Kapitel 28, Titel 3: Österreichische Bundesforste, fort.

Am Wort ist der Herr Abg. Steiner.

Abg. Steiner (fortsetzend): Hohes Haus! Ich setze nun meine gestern unterbrochenen Ausführungen fort und möchte mich jetzt kurz mit einer Frage beschäftigen, die der Herr Abg. Elser behandelt hat, das ist die Frage der Flächenproduktion in Österreich.

Wir Österreicher stehen hinsichtlich der Anzahl der Landarbeiter an der Spitze. In der Flächenproduktion stehen wir in Europa an fünfter Stelle, nicht an erster Stelle. An erster Stelle in der Flächenproduktion steht in Europa Holland, an letzter Stelle Frankreich. Die Vereinigten Staaten stehen hinsichtlich der Flächenproduktion auch noch hinter Frankreich, verglichen mit Österreich in einem Verhältnis von 39 : 100.

In der Arbeitsproduktivität steht Österreich an sechster Stelle, die Schweiz an vierter Stelle, während die USA mit 363 zu 100 an höchster Stelle stehen. Obwohl also die USA in der Flächenproduktivität weit hinter Österreich stehen, nehmen sie in der Arbeitsproduktivität einen weit höheren Rang ein. Für die USA ist das auch infolge ihrer ausgedehnten Flächen und verhältnismäßig dünnen Besiedlung möglich. So kommen beispielsweise in den USA 3 ha Fläche auf den Kopf

der Bevölkerung, während in Österreich nur ein halbes Hektar auf den Kopf der Bevölkerung entfällt. Wir sehen auch, daß der USA-Farmer im Durchschnitt 54 ha Fläche zur Verfügung hat. Das ist rund sechsmal soviel, als der österreichische Bauer zu seiner Arbeit zur Verfügung hat.

Das Problem liegt nun folgendermaßen: Die Vereinigten Staaten sind ein Land mit riesigen Flächen, aber mit verhältnismäßig wenig Menschen, sie können sich daher eine niedrige Flächenproduktion absolut leisten. Obwohl in den USA der Ertrag, gemessen an dem Ertrage Österreichs, nur rund 40 Prozent ausmacht, sind sie doch in der Lage, noch viele landwirtschaftliche Produkte an Mangelgebiete abzugeben.

Österreich ist ein armes Land mit wenig Ackerboden und Wiesen, aber ein Land mit viel Bevölkerung, also ein dicht besiedeltes Land. Die Hauptfrage für uns ist daher, die Flächenproduktion auf das höchstmögliche Ausmaß zu steigern, um die Versorgung unseres Volkes zumindest in einem größeren Maße gewährleisten zu können. Um die Arbeitsproduktivität und die Flächenproduktivität zu heben, ist es notwendig, mit Hilfe technischer Einrichtungen die Arbeit zu verbilligen, zu verbessern und rascher zu erledigen, weil wir anscheinend über ein bestimmtes Ausmaß an Arbeitskräften nicht mehr hinauskommen können. Voraussetzung für eine Intensivierung der österreichischen Landwirtschaft ist daher vor allem das Gelingen der Technisierung der Landwirtschaft.

Ich habe bereits gestern darauf hingewiesen, daß die Schweizer Landwirtschaft der österreichischen technisch weit voraus

2758 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951.

ist. Obwohl die Schweizer Landwirtschaft eine bedeutend höhere Flächenproduktion aufweist, verfügt sie über weniger Arbeitskräfte als die österreichische Landwirtschaft. Trotzdem ist die Schweizer Landwirtschaft eine der verschuldetsten Landwirtschaften in Europa. Warum? Die Technisierung, vor allem die Anschaffung der Maschinen aus Privatmitteln, hat die Schweizer Bauern in eine sehr tiefe Verschuldung gebracht. Wollen wir dies in Österreich vermeiden, dann müssen wir einen Weg gehen, auf dem die Einzelmaschine im höchstmöglichen Ausmaß eingesetzt wird und der Einzelbetrieb durch die Anschaffung der Maschinen keine besondere Belastung erfährt. Es sind in dieser Richtung bereits Versuche gemacht worden, sie scheinen richtig zu sein, und es wird gut sein, wenn man diese Versuche fortführt und fördert, damit die Technisierung der Landwirtschaft vorwärtsgeht, ohne daß eine besondere Verschuldung eintreten muß.

Nun möchte ich noch ein ganz besonderes Problem behandeln, nämlich die Stellung des Handels bei der Maschinenbeschaffung. Ich möchte nur ein Beispiel herausgreifen, das mich persönlich sehr trifft. Ich führe es deshalb an, weil ich mich frage, wie es erst den einzelnen Landwirt treffen wird, wenn es uns bei der Landmaschinenhilfe schon so weh tut; denn der einzelne Landwirt ist ja den gleichen Bedingungen unterworfen. Die Kärntner Landmaschinenhilfe hat im Juni dieses Jahres zwei Traktoren gekauft und den ganzen Kaufpreis ausgezahlt. Diese Traktoren wurden aber nicht gleich geliefert, die Lieferung ist erst jetzt im Dezember erfolgt. Zugleich kam aber ein Schreiben, in welchem steht, daß wir jetzt pro Traktor 5100 S nachzahlen sollen. Ich finde diese Nachzahlung absolut ungerecht, da die Geräte ja im Sommer, im Juni, voll ausbezahlt worden sind, die Lohn- und Preiserhöhungen aber erst viel später eintraten. Derartige Handlungen treffen die Landwirtschaft schwer, sie zwingen sie zu einer Ausgabe, mit der sie nie kalkuliert hat, und das führt zur Verschuldung.

Nun zu einem Problem, das gestern auch der Herr Abg. Scheibenreif behandelt hat. Es ist das Problem der Altersversicherung der selbständigen Landwirte. Ich möchte dieses Problem zur Debatte stellen, und zwar deshalb, weil es mir eine Herzenssache ist, weil ich weiß, daß es, wenn es uns nicht gelingt, diesen Menschen irgendwie für ihre alten Tage eine Sicherung zu bringen, ihr Leben zu erleichtern und zu vermeiden, daß sie in Abhängigkeit fallen, bei vielen sehr schwer sein wird, sie auf ihrem Besitz zu erhalten, wo sie zeit ihres Lebens dadurch,

daß sie die Landarbeit tätigen, dem Volk das Brot schaffen. Meine Ansicht in dieser Frage ist vielleicht neu, und zwar deshalb, weil ich sie weder irgendwo gelesen noch gehört habe. Ich sage: Ein Landwirt, der seinem Nachfolger den Besitz übergibt, macht einen Vertrag, den sogenannten Übergabevertrag. Auf Grund dieses Vertrages ist der Übergeber berechtigt, verschiedene Produkte vom Übernehmer in Empfang zu nehmen, und der Übernehmer ist verpflichtet, auf Grund des Vertrages dem Vater oder der Mutter die Wohnung, das Holz, die Bekleidung, die Lebensmittel sowie die Medikamente beizustellen und die Arztkosten zu tragen. Der Übergeber übergibt dem Übernehmer die Substanz, den Grund und Boden, auf dem er die Lebensmittel produzieren kann. Er übergibt ihm das Haus, worin er wohnt, die Wäsche, die er braucht. Er übergibt ihm auch den Wald, aus dem er das Holz zur Beheizung liefern kann. Er übergibt ihm nur eines nicht: Geld. Geld braucht aber der Übernehmer in der Regel zunächst für die weichenenden Geschwister, und nur selten ist einer so glücklich, auch Geld übernehmen zu können. Nun, der Übernehmer ist ein junger Mensch mit Familie; Kinder kommen, und damit neue Sorgen, neue Auslagen. Viele Pläne gehen dem jungen Bauern durch den Kopf. Er will investieren, er will vorwärtskommen. Er hat alles, nur kein Geld. Ich möchte anregen, zu ermöglichen, daß zwischen Übergeber und Übernehmer, sagen wir zwischen Eltern und Kindern, das Einvernehmen dadurch hergestellt oder vielmehr erhalten wird, daß man dem Übergeber einen kleinen Betrag zeit seines Ausgedingtes zur Verfügung stellt. Ich denke da nicht an große Summen, sondern nur an einen kleinen Betrag Geldes. Aus der Praxis, aus der Erfahrung, aus den Mitteilungen, die einem die Menschen immer wieder machen, weiß ich, daß vielleicht, den heutigen Verhältnissen angepaßt, eine Summe von 50 bis 100 S genügen würde, um den Familienfrieden aufrechtzuerhalten, um vielen, vielen alten Leuten das Herz nicht zu brechen. Als Grundlage hierfür stelle ich mir die Ertragnisse aus dem Jagdpachtzins vor. Den Jagdpachtzins schlage ich deshalb vor, weil ein Landwirt zeit seines Wirtschaftens vom Jagdpachtzins nie eine besondere Einnahme hatte und mit dem Erlös aus dem Jagdpachtzins nie besondere Zahlungen durchgeführt hat. Freilich wird diese Lösung auf großen Widerstand stoßen, das glaube ich schon, aber wenn man dies irgendwie vom kollegialen Standpunkt aus behandelt, wenn man sagt: Bauer ist Bauer, wird vielleicht der Gutsituierte, der

diesen Betrag nicht so notwendig braucht, doch irgendwie auf die Einnahme aus dem Jagdpachtschilling verzichten können. Man könnte also für die alten Bauersleute einen Fonds schaffen, aus welchem man ihnen eine kleine Rente gewährt.

Man stelle sich nur die moralische Wirkung der bisherigen Verhältnisse vor: Der Vater war immer gewohnt, dem Sohne etwas zu geben, nun plötzlich ist es umgekehrt: er muß zum Sohn bitten gehen. Natürlich ist dieser nicht immer guter Laune, und so entstehen hier die Schwierigkeiten. Ich möchte dieses Problem nur zur Debatte stellen, weil es mich sehr interessieren würde, welche Stellung man dazu einnimmt. Ich bin der Ansicht, daß es unmöglich ist, diese Sache zurückzustellen, weil — wie gestern der Herr Abg. Scheibenreif gemeint hat — die Landwirtschaft gegenwärtig durch Soziallasten zuviel in Anspruch genommen sei.

Hohes Haus! Wenn ich zurückdenke, dann finde ich keine Zeit, in der die Landwirtschaft die Sozialausgaben nicht als einen größeren oder kleineren Druck empfunden hätte. Ich erinnere mich zurück an die Zeit, in der vollständige Ruhe und ganz normale Verhältnisse herrschten. Trotzdem gab es damals Krankenkassen- und Steuerstreiks. Wenn man die Dinge so sieht und die Sache trotzdem zurückstellen würde, dann käme man wohl nie zur Schaffung dieser so notwendigen Einrichtung.

Neben der Alterspension müßte selbstverständlich auch eine Kinderbeihilfe für die jungen Übernehmer, die jungen Bauern, gewährt werden, die in erster Linie die Lasten der Erziehung der Kinder zu tragen haben. Ich will nicht zuviel Zeit für mich in Anspruch nehmen, aber man müßte hier auch ausführen, wie eigentlich im Ablauf des Wirtschaftslebens einer Bauernfamilie dreifach eine Stärkung, gleichzeitig aber auch dreifach eine Schwächung der Familie eintritt: durch die Kindererziehung, die Mitarbeit der Kinder und dann wieder das Auszahlen der weichenden Kinder.

Hohes Haus! Ich komme zum Schluß. Die Budgetdebatte ist eine Zeit, in der man sich wirklich die Sorgen vom Herzen spricht. Es sind nicht nur die Sorgen des Abgeordneten, sondern es sind auch die Sorgen, die einem die Leute im Laufe eines Jahres immer wieder zu tragen, Sorgen, mit denen man sich ein Jahr lang zu befassen hat. Natürlich sind es auch Sorgen, die zu lösen Aufgabe der Abgeordneten, Aufgabe dieses Hohen Hauses ist. Ich habe bereits gestern gesagt, daß ich mich nicht besonders an die Höhe irgendeines bestimmten Betrages im Budget klammere, sondern daß ich viel mehr darauf sehe, wohin das Geld geht, wie es verwendet wird, wer es bekommt, und vor allem, ob es unserer Volkswirtschaft dient.

Wenn wir Sozialisten nun dem Kapitel Land- und Forstwirtschaft unsere Zustimmung geben, dann deshalb, weil wir erwarten, daß das Hohe Ministerium aus der Vergangenheit die Lehren gezogen hat und in Zukunft die österreichische Landwirtschaft aus diesem Irrgarten wieder herausführen wird. *(Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)*

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Scheuch: Hohes Haus! Die gesamte europäische Tagespresse hat in den letzten Wochen Auszüge aus dem Jahresbericht der Organisation für Landwirtschaft und Ernährung der Vereinten Nationen gebracht. Auch der Herr Landwirtschaftsminister hat unlängst nach seiner Rückkehr aus Rom auf diesen bedeutsamen Bericht Bezug genommen.

Dieser Jahresbericht ist ein hochinteressantes wirtschaftspolitisches Exposé, das insofern in der ganzen Fachwelt alarmierend gewirkt hat, als in diesem Jahresbericht die lapidare Feststellung getroffen wird, daß die landwirtschaftliche Erzeugung und ihre Steigerung nicht ausreicht, um das Mehrerfordernis zu decken, das sich allein auf Grund der Bevölkerungszunahme ergibt, abgesehen von der Notwendigkeit einer zusätzlichen Bedarfsdeckung auf Grund einer besseren Lebenshaltung.

In diesem Bericht wird weiterhin ausgeführt, daß die europäischen Staaten zur Kenntnis nehmen müssen, daß in den nächsten Jahren nur mehr mit verminderten Zufuhren aus der westlichen Hemisphäre gerechnet werden kann. Deshalb erging in diesem Bericht an die betroffenen Regierungen die Mahnung, trotz Aufrüstung und trotz anderer wichtiger politischer und wirtschaftlicher Probleme auf die primäre Lebenssicherung nicht zu vergessen.

Diese Erinnerung ist zweifellos auch an das Sorgenkind der ECA, an Österreich gerichtet. Wir müssen uns darüber klar sein, daß, wenn wir heute über Agrarprobleme sprechen, unbedingt eine großräumige Betrachtung der Dinge erforderlich ist. Das österreichische Agrarproblem kann auf gar keinen Fall isoliert betrachtet werden. So müssen wir feststellen, daß letzten Endes heute auf der ganzen Welt die gleichen agrarischen Probleme zur Debatte stehen, nämlich die Tatsache, daß einer ständig abnehmenden landwirtschaftlichen Bevölkerung auf der anderen Seite eine ständige Zunahme der übrigen Weltbevölkerung gegenübersteht. Wir stehen allgemein auf der ganzen Welt vor der Tatsache, daß die Zahl der Nahrungsmittelverbraucher immer größer und die Zahl der Nahrungsmittelherzeuger immer kleiner wird.

2760 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951.

Diese Tatsache ist symptomatisch für alle Gebiete und insbesondere auch für Österreich. Wir dürfen nicht vergessen, daß ja bei absinkender agrarischer Dichte auf der anderen Seite schwerwiegende neue Aufgaben für unsere Landwirtschaft entstehen.

Ich möchte hier einige Zahlen bringen, die ich einer bekannten Fachzeitschrift entnommen habe, die uns das Problem besonders deutlich und kraß vor Augen führt.

In diesem Fachblatt ist ausgeführt, daß Deutschland in seinem früheren Umfang im Jahre 1800 eine Gesamtbevölkerung von 25 Millionen hatte, wovon 71 Prozent in der Landwirtschaft tätig waren. Im Jahre 1938 betrug die Bevölkerung Deutschlands rund 70 Millionen, der landwirtschaftliche Bevölkerungsanteil hingegen nur mehr rund 18 Prozent. Wenn wir jetzt die Bevölkerungsdichte auf die landwirtschaftliche Kulturfäche aufteilen, die ja letzten Endes für die Ernährungsbasis entscheidend ist, dann müssen wir feststellen, daß im Jahre 1800 83 Personen auf 100 ha landwirtschaftliche Kulturfäche entfallen sind, im Jahre 1938 bereits 233; im Jahre 1951 aber sind es in Westdeutschland 300 Personen, die auf 100 ha landwirtschaftlicher Kulturfäche ernährt werden sollen.

Bei uns in Österreich liegen die Verhältnisse ebenfalls außerordentlich schwierig. Heute entfallen in Österreich auf 100 ha landwirtschaftliche Intensivfläche 234 Personen; von diesen 234 Personen sind 63 in der Landwirtschaft und 171 außerhalb der Landwirtschaft tätig.

Wenn wir nun die Ernährungsleistungen in Österreich, die ja in der letzten Zeit wiederholt Gegenstand mannigfacher Kritik gewesen sind, einer näheren Betrachtung unterziehen, dann müssen wir feststellen, daß wir die Leistungen der österreichischen Landwirtschaft von verschiedenen Gesichtspunkten aus beleuchten müssen. Zunächst einmal steht fest, daß die Flächenproduktivität der österreichischen Landwirtschaft zweifellos eine hohe Stufe erreicht hat. Vergessen wir nicht, daß letzten Endes die Flächenproduktivität ja auch durch allgemeine Faktoren, wie Lage, Klima und weitere natürliche und wirtschaftliche Verhältnisse, bedingt ist. Mein Vorredner hat mit Recht darauf hingewiesen, daß in der Schweiz augenblicklich eine höhere Flächenleistung besteht. Er hat aber nicht darauf hingewiesen, daß die Flächenleistung der österreichischen Landwirtschaft, also der landwirtschaftliche Rohertrag je Hektar, bei uns immerhin um 40 Prozent über den Flächenerträgen der durchschnittlichen amerikanischen Farmerbetriebe liegt. (Abg. Hartleb: Sehr richtig!)

Wir müssen weiters darauf hinweisen, daß die österreichische Landwirtschaft auch eine Besitzstruktur, eine Besitzverteilung hat, die hohe Erzeugungswerte nicht begünstigt. Wir müssen weiters feststellen, daß wir in der österreichischen Landwirtschaft auch noch ein Bergbauerngebiet haben, das unter extremen natürlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen arbeitet. Daher können die Leistungen dieses Gebietes nicht ohne weiteres mit den agrarischen Leistungen von typischen klassischen Agrarländern in Vergleich gesetzt werden. Trotz all dieser Umstände muß die österreichische Landwirtschaft die Aufgabe der möglichst weitgehenden Ernährung der Bevölkerung erfüllen, wodurch ihr ganz entscheidende neue Aufgaben erwachsen.

Ich bin der Auffassung, die nächste entscheidende Phase in der Entwicklung der österreichischen Landwirtschaft ist zweifellos die Rationalisierung und Mechanisierung nicht nur des Großbesitzes, sondern auch der Mittel- und Kleinbesitze. Das bedeutet erstens eine Arbeitseinsparung, zweitens eine Arbeits erleichterung und drittens in der Auswirkung zweifellos auch eine Erhöhung der Marktleistung dieser Betriebe.

Daß dieses Problem der Rationalisierung und Mechanisierung der Mittel- und Kleinbesitze in Österreich eine entscheidende agrarpolitische Frage ist, geht daraus hervor, daß, wenn man die Einteilung der landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich nach Gesamtbetriebsflächen vornimmt, in die Größenstufe 2 bis 50 ha insgesamt 71 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich fallen, wobei ich darauf hinweisen möchte, daß die durchschnittliche Größe 11 ha beträgt, und diese Betriebe außerdem eine Fläche einnehmen, die rund 50 Prozent der gesamten österreichischen landwirtschaftlichen Nutzfläche entspricht. Nehmen wir dazu noch die mittelbäuerlichen Betriebe von 50 bis 100 ha mit einer durchschnittlichen Besitzgröße von 67 ha, so sehen wir, daß auch die flächenmäßige Bedeutung weit über die Hälfte der gesamten landwirtschaftlichen Agrarfläche in Österreich hinausgeht. Ähnlich steht es auch hinsichtlich des Bevölkerungsanteiles. Wir können sagen, daß etwa 80 Prozent der landwirtschaftlichen Bevölkerung in Österreich in dieser Betriebsgrößenklasse tätig sind. Es ist also von ganz entscheidender Bedeutung, wenn man in Österreich nunmehr nach einem bestimmten, sorgfältig ausgearbeiteten Plan an die Lösung dieser agrarpolitischen Fragen herantritt.

Ich möchte zuerst die Frage der Mechanisierung behandeln. Wenn wir an eine Mechanisierung unseres Klein- und Mittelbesitzes denken, dann müssen wir vorerst die Hinder-

## 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951. 2761

nisse, die bisher einer solchen Entwicklung entgegengestanden sind, feststellen. Das ist erstens die Tatsache, daß die bisherigen Landmaschinen zu teuer waren, zweitens, daß die Maschinen zu wenig ausgenützt wurden, und drittens, daß es an einer wirklich brauchbaren Universalmaschine für den Klein- und Mittelbesitz bisher gemangelt hat.

Ich muß leider feststellen, daß die Frage der idealen Universalmaschine für den Klein- und Mittelbesitz in Österreich noch nicht so gelöst ist, wie es nach dem technischen Stand der Dinge heute möglich wäre. Es handelt sich nämlich heute darum, daß nicht das Prinzip der reinen Zugmaschine für die Landwirtschaft aufrechterhalten wird. Dieses System ist sowohl vom technischen als auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus überholt, und ich möchte das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft dringend bitten, dafür zu sorgen, daß das Erzeugungsprogramm der österreichischen Landmaschinenindustrie auf diesem Gebiet nicht petrifiziert. Im Ausland ist eine Entwicklung im Gange, die wir ungefähr dahingehend charakterisieren können, daß nunmehr überall darangegangen wird, eine motorisierte Kleinmaschine zu schaffen, und zwar einen motorisierten Träger für alle Arbeitsgeräte.

Verfolgen wir die Landmaschinenindustrie in ihrer Entwicklung! Sie werden sich alle erinnern können, daß noch vor drei Jahrzehnten die gesamten großen landwirtschaftlichen Ausstattungen von landwirtschaftlichen Monstern beherrscht waren, die eigentlich ausschließlich nur für den Großgrund- und Farmbesitz geeignet waren. Inzwischen hat die Landmaschinenindustrie durch die Aufnahme eines Erzeugungsprogrammes, das nunmehr auch den größeren Mittelbetrieb und auch den kleineren Betrieb zu befriedigen vermag, eine andere Entwicklung genommen. Ich möchte darauf hinweisen, daß unsere Experten, welche in Amerika waren, vielleicht dort im Allis Chalmers mit seinen 10 PS einen Typ einer geeigneten Universalmaschine für den Kleinbesitz gesehen haben, der sowohl für die Pflug- als auch Hackpflug- und Erntearbeiten geeignet ist. In Deutschland ist der Geräteträger jetzt in dieser Richtung entwickelt worden. Es ist daher unbedingt notwendig, daß auch in Österreich einer solchen Entwicklung Rechnung getragen und darauf Einfluß genommen wird, daß die Erzeugungsprogramme der österreichischen Landmaschinenindustrie diesem Fortschritt der Technik entsprechend Rechnung tragen.

Sie wissen, daß die Flächenleistung des Kleinbesitzes im Durchschnitt aller Betriebe dem Flächenertrag der Großbetriebe überlegen

ist. Auf der anderen Seite wissen wir aber, daß der Großbetrieb in der Frage der Arbeitsproduktivität, also des Aufwandes an Arbeitskräften je Hektar, zweifellos dem Kleinbesitz erheblich überlegen ist. Während beim Kleinbauernbetrieb auf je 10 ha landwirtschaftliche Kulturfläche etwa 5 bis 6 Arbeitskräfte entfallen, sind beim größeren bäuerlichen Betrieb 2 bis 2,5 Arbeitskräfte je 10 ha eingesetzt. Es ist also so, daß unbedingt auch bei den Mittel- und Kleinbesitzern eine Mechanisierung im vollen Umfange des Wortes erforderlich ist, um die Arbeitsergiebigkeit in diesen Größenklassen entsprechend zu heben; denn eine Einsparung an Arbeitskräften in diesen Größenklassen würde zweifellos auch zu einer Verminderung der Anzahl der dort beschäftigten Personen und in der weiteren Folge zu einer ganz bedeutend gesteigerten Marktleistung dieser Betriebe führen. Wir können auf die Dauer in Österreich nicht darauf verzichten, daß jeder Betrieb, ohne Unterschied seiner Größe, eine entsprechende Marktleistung auf agrarischem Gebiete erzielt.

Die Mechanisierung und Technisierung der Landwirtschaft setzt aber auch voraus, daß die Landwirtschaft auf Grund ihrer Ertragsverhältnisse auch in der Lage ist, die Maschinen zu kaufen. Hier möchte ich feststellen, daß die Preise der österreichischen Landmaschinenindustrie für die Anschaffung von Maschinen geradezu eine prohibitive Wirkung haben.

Gestatten Sie mir, hier einige Vergleiche zu bringen. Nach einer Aussendung der „ANZ“ ist es doch so, daß zum Beispiel für die Anschaffung eines Heuwenders bei uns in Österreich 2480 kg Weizen, in Westdeutschland hingegen nur 1210 kg Weizen erforderlich sind. Für einen Heurechen, eine allgemein auch im Kleinbesitz gebräuchliche Landmaschine in Österreich, ist der Gegenwert von 1660 kg Weizen, in Westdeutschland nur ein Gegenwert von 850 kg Weizen erforderlich. Für ein Vielfachgerät ist beispielsweise in Österreich der Gegenwert von 2720 l Milch, in Westdeutschland nur eine Menge von 1370 l Milch erforderlich. Für einen Traktor-Mähbinder muß bei uns der Wert von 1545 kg Schweinen aufgewendet werden, während in Westdeutschland nur 1087 kg dafür aufgewendet werden müssen.

Ähnliche Preisrelationen bestehen auch in allen übrigen Ländern. In der Schweiz müssen beispielsweise für einen Traktor gleicher Stärke und Güte wie bei uns 20.000 l Milch aufgewendet werden, während man in Österreich den Gegenwert von 35.000 l Milch benötigt. Daraus ergibt sich aber auch eine ganz bedeutende Mehrbelastung des maschinellen Einsatzes und eine Verteuerung des Betriebes.

2762 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951.

Wenn, wie ich früher geschildert habe, der Ankaufspreis für einen Traktor-Mähbinder um etwa 70 Prozent höher liegt, dann ergibt sich in der Folge bei der Berechnung der Betriebsstunde unter Berücksichtigung der Anschaffungskosten, Abschreibung, Erhaltungskosten, Verzinsung usw. auch eine Mehrbelastung der stündlichen Betriebskosten um etwa 70 Prozent. Wenn man beim Mähbinder die Betriebsstunde beispielsweise in der Schweiz oder in Deutschland mit 100 ansetzt, so liegen die Betriebskosten in Österreich bei 168 Prozent. Auch darauf dürfen wir nicht vergessen, denn diese Umstände erschweren den Einsatz von Maschinen und die Technisierung der österreichischen Landwirtschaft in einem ganz unerträglichen Maß. Die österreichische Landwirtschaft hat die Forderung zu stellen, daß ihr die landwirtschaftlichen Maschinen zumindest zum Weltmarktpreis und nicht noch zu überhöhten Preisen zur Verfügung gestellt werden.

Die Technik im Landbau und die fortschreitende Mechanisierung ist aber auch untrennbar mit der wirtschaftlichen Stellung der Landwirtschaft im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft verbunden. Wir können ruhig sagen, daß eine notleidende Landwirtschaft nicht nur die Ernährung unseres Volkes gefährdet, sondern letzten Endes auch einen Verfall von Handel und Industrie zur Folge hat.

Eines muß aber noch gesagt werden: Nicht alle Maschinen im flachen Land passen auch für alle übrigen Gebiete von Österreich. Nicht alle Maschinen, die erzeugt werden, sind allerorts einsetzbar, und ich muß insbesondere auf das Gebirgsgebiet mit seinen Hang- und Steillagen verweisen, die den Einsatz von besonders für den Gebirgsbetrieb geeigneten Maschinen und Geräten erforderlich machen.

In diesem Zusammenhang kann ich darauf hinweisen, daß die Abteilung für bergbäuerliche Betriebe und Arbeitsforschung im Pflanzensoziologischen Institut in Arriach in Kärnten in den letzten Jahren ganz Hervorragendes für die Entwicklung und fachliche Erprobung bergbäuerlicher Maschinen und bergbäuerlicher technischer Einrichtungen geleistet hat. Ich muß hier feststellen, daß dieses Institut unter Leitung von Prof. Aichinger und unter dem Abteilungsvorstand Prof. Dr. Löhr für die praktische Landwirtschaft der Gebirgsländer heute schon vielfach mehr geleistet hat als manche alte bisherige Bundesversuchsanstalt. Dieses für das Bergbauerngebiet so wichtige Institut muß gegenwärtig kümmerlich aus Landesmitteln erhalten werden. Es wäre wahrhaftig ein ent-

scheidender Beitrag für die Bergbauernfrage und eine Unterstützung des Kampfes dieser Bergbauern um die Erhaltung ihrer Scholle, wenn der Bund eine großzügige Förderung und einen großzügigen Ausbau dieses Instituts veranlassen würde. Ich bin der Meinung, daß damit endlich einmal auch eine positive Leistung für das so wichtige Bergbauerntum vollbracht werden könnte.

Die Mechanisierung allein kann aber noch lange nicht den Enderfolg einer wirklich großen Leistung der Landwirtschaft in Österreich mit sich bringen. Ebenso wichtig, wenn nicht wichtiger als die ganze Technisierung ist die Rationalisierung der österreichischen Landwirtschaftsbetriebe. Rationalisierung heißt vernünftiger und auch billiger arbeiten. Ich muß sagen, daß das System der österreichischen Landwirtschaftsförderung bei aller Anerkennung der hohen Leistungen auf den einzelnen Produktionsgebieten in dieser Frage außerordentlich reformbedürftig ist. Spezialisten auf den verschiedenen Produktionsgebieten — wie Tierzucht, Pflanzenbau, Obstbau usw. — haben auf ihren engeren fachlichen Gebieten die Leistungen stark vorangetrieben. Was aber bisher in Österreich vollkommen vernachlässigt wurde, ist die betriebswirtschaftliche Beratung der landwirtschaftlichen Betriebe, die für mehr als 90 Prozent aller Betriebe dringend ratsam und förderlich wäre. Eine betriebswirtschaftliche Betreuung ist meiner Ansicht nach aber auch eine der wichtigsten Voraussetzungen, eine unbedingt notwendige komplementäre Maßnahme zur Mechanisierung unserer Landwirtschaft.

Im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft hat man seit eh und je die Probleme der Agrarpolitik und die Probleme der Betriebswirtschaft nicht pfleglich behandelt. Man hat deren Bedeutung nie entsprechend erkannt und eingeschätzt und man hat diese beiden Sparten bei uns immer klein geschrieben. Vergessen wir nicht, bei der betriebswirtschaftlichen Organisation unserer Betriebe handelt es sich doch darum, daß die landwirtschaftlichen Betriebe aus einer Gesamtschau aller natürlichen und sonstigen Produktionsgrundlagen und Möglichkeiten neu organisiert und ausgerichtet werden, und zwar nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und der höchstmöglichen Marktleistung. Wie Sie wissen, hat es bisher an einer solchen Förderung der Landwirtschaft in Österreich vollkommen gemangelt. Ich habe den Herrn Landwirtschaftsminister in den letzten Jahren wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Ziel- und Planlosigkeit unserer Agrarpolitik bestimmt dann aufhören wird, wenn er sich in seinem Mini-

## 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951. 2763

sterium einen agrarpolitischen und betriebswirtschaftlichen Generalstab zur Seite gestellt haben wird, welcher ihm die Unterlagen für eine gesunde österreichische Agrarpolitik im Rahmen einer gesunden österreichischen Gesamtwirtschaft auszuarbeiten hat. Ich wurde vom Herrn Minister anlässlich der Budgetdebatte über sein Ressort darauf verwiesen, daß bei den Landwirtschaftskammern diese Betriebsberatung ohnedies eingerichtet wäre. Dazu stelle ich hier fest, daß davon keine Rede sein kann, denn die fälschlicherweise sogenannten Wirtschaftsberater, die heute tätig sind, sind ja in Wirklichkeit nur Landwirtschaftstechniker, die sich mit der Frage der Beratung über die Errichtung von Silos, von Jauchengruben, Stallverbesserungen, Heuaufzügen und ähnlichen Dingen beschäftigen und dann bei der Subventionierung solcher Bauvorhaben die Abnahme durchführen.

Die Neueinführung der Wirtschaftsberatung in Österreich auf breitester Grundlage mit den besten Fachkräften ist ein unbedingtes Erfordernis im Ausbau der österreichischen Ernährungs- und Landwirtschaft, und ich möchte zu diesem Kapitel sagen: Hier liegt ein typischer Fall dafür vor, daß ein wertvoller Gedanke anscheinend nur deshalb abgelehnt wird, weil er von der oppositionellen Seite kommt. *(Zustimmung beim KdU.)*

Eine weitere wichtige Aufgabe unserer Agrarpolitik muß die Sicherung des landwirtschaftlichen Kulturbodens in Österreich sein. Ich habe Ihnen schon früher gesagt, daß wir auf der ganzen Welt eine divergierende Entwicklung zwischen der Zunahme der Bevölkerung einerseits und andererseits der Abnahme der landwirtschaftlichen Kulturfäche feststellen können. Es ist nun eine bekannte Tatsache, daß auch in Österreich alljährlich im Wege öffentlicher Bauvorhaben, wobei das Enteignungsrecht mit in Anspruch genommen wird, bedeutende landwirtschaftliche Kulturfächen ihrem eigentlichen Zweck entzogen werden, wodurch die Eigenversorgungsbasis des Inlandes verringert und zugunsten der Versorgungsbasis Ausland verschoben wird. Zweitens bedeutet die Inanspruchnahme von bedeutenden Kulturfächen auch eine Gefährdung des bäuerlichen Besitzes. Besonders gilt dies in den bodenarmen Gebieten der Gebirgstäler, im ganz besonderen Ausmaß aber dann, wenn die Betroffenen Kleinbesitzer sind. Wir müssen uns also darüber im klaren sein, daß durch diese Landinanspruchnahme, insbesondere auch durch den modernen Straßenbau, gerade die besten landwirtschaftlichen Gründe deshalb in Anspruch genommen werden, weil diese Bauten in der Regel in den Tallagen geführt werden, welche bekannter-

maßen gerade im Gebirge noch die günstigsten Voraussetzungen für die landwirtschaftliche Produktion bieten.

Wir dürfen nicht vergessen, daß heute in Österreich der Besitz der Bundesstraßenverwaltung und der Österreichischen Bundesbahnen und letzten Endes die Landesstraßen und Gemeindestraßen bereits eine Fläche erreicht haben, die nicht mehr weit von der gesamten Brotgetreideanbaufläche von Österreich entfernt ist, also bereits heute über 400.000 ha beträgt. Es ist ja kein Geheimnis, daß heute zu den größten Grundbesitzern Österreichs die Bundesstraßenverwaltung und die Bundesbahnen gehören.

Wenn wir nun den Gedanken bejahen, daß wir jede weitere Verkleinerung des österreichischen landwirtschaftlichen Kulturbodens verhindern, somit auch eine Verminderung der landwirtschaftlichen Erzeugung hintanhaltend wollen, dann müssen wir uns für eine gesetzliche Regelung entschließen, die dahin geht, daß alle Bauträger, die die Vorteile des Enteignungsgesetzes in Anspruch nehmen, gesetzlich zur Bereitstellung von Ersatzland oder, wo solches nicht unmittelbar zur Verfügung steht, zur Ermöglichung der Neukultivierung von Ersatzflächen verpflichtet werden. Die Entschädigungsbeträge, die heute im Rahmen dieses Enteignungsverfahrens bezahlt werden, reichen nicht dazu aus, daß die Bauern Ersatzland kaufen oder Ersatzland neu kultivieren können. In Wirklichkeit handelt es sich bei diesen Bauvorhaben in der Regel um eine Teilenteignung zu unzureichenden Preisen. Es liegt daher im Interesse der Entwicklung der österreichischen Ernährungswirtschaft, und zwar aller Kreise, wenn wir den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft bitten, er möge in seinem Ministerium und in interministeriellen Besprechungen den Entwurf eines solchen Bodenersatzlandgesetzes ausarbeiten lassen und diesen ehestens der parlamentarischen Behandlung zuführen.

Wenn wir heute von der Landwirtschaft und ihren Entwicklungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten sprechen, dann ist es auch erforderlich, klar herauszustellen, daß es grundsätzlich drei Engpässe sind, die heute die wesentliche Entwicklung der Produktion verhindern: erstens ist es die völlig unzureichende Rohstoffgrundlage, wobei ich insbesondere den Mangel auf dem Futtermittelmarkt herausstelle, zweitens die Landarbeiternot und drittens die unmöglichen Preisrelationen zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugnissen auf der einen Seite und den Erzeugnissen und Leistungen für den landwirtschaftlichen Bedarf andererseits.

2764 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951.

Es ist in diesem Hause schon mit Recht darauf hingewiesen worden, daß die Futtermittelmangel die Hauptursache der gewesenen Fleischkrise war. Wenn wir in der österreichischen Landwirtschaft annähernd jene Futtermittelquanten erhalten hätten, wie sie der österreichischen Landwirtschaft vor 1938 zur Verfügung gestanden sind, dann hätte es in Österreich auch niemals eine vorübergehende Fleischkrise gegeben; denn die heutige jährliche Fehlmenge hätte dazu ausgereicht, den Schweinefleischbedarf der Wiener Bevölkerung bei der Höhe des jetzigen Fleischkonsums auf zwei Jahre hinaus zu decken.

Weiter möchte ich in diesem Zusammenhang sagen, daß für die Fleischversorgung der österreichischen Bevölkerung die Rinderhaltung ebenso wichtig wie die Schweinehaltung ist. Wenn gestern ein Redner in der Landwirtschaftsdebatte den Grundsatz herausgestellt hat, die Rindermast gegenüber der Schweinemast nicht zu bevorzugen, dann möchte ich Ihnen dazu sagen, daß es nach den gegebenen Erzeugungsgrundlagen in Österreich notwendig ist, die Rindermast im gleichen Ausmaß wie die Schweinemast zu fördern. Vergessen wir nicht, daß in Friedenszeiten die Gebirgsgebiete alljährlich etwa 20.000 Rinder für die Veredelung in den Flachland- und Voralpengebieten geliefert haben und daß es die natürliche Futterbasis dieser Gebiete war, die eigentlich diese Einstellung der Rinder ermöglicht hat, die dann im Wege eines Mastverfahrens veredelt und schließlich dem Konsum zugeführt worden sind.

Das Problem heißt also nicht: entweder Rindermast oder Schweinemast, sondern: sowohl Rinder- als auch Schweinemast. Besonders berücksichtigen müssen wir, daß die Rinderhaltung und die Hervorbringung von Rindern ja die einzige krisenfesteste Produktion in Österreich ist, die sich auch unabhängig von den ausländischen Futtermittelzufuhren in den weiten Gebieten unserer Heimat entwickelt.

Die Fleischkrise wäre zweifellos niemals so in Erscheinung getreten, wenn man sich bei den ersten Anzeichen einer Krise im Mai dieses Jahres schon rechtzeitig mit den Problemen beschäftigt hätte und wenn sich außerdem im Rahmen dieser Krise nicht der Mangel einer Vorratshaltung als so nachteilig herausgestellt hätte.

Ich möchte aber auch das eine festhalten: Von den Devisen, die man im Sommer und auch jetzt noch im Herbst für die Schweinefleischzufuhr bereitgestellt hat, ist bis heute erst der geringste Anteil einer Verwendung zugeführt worden. Es steht zum Beispiel fest, daß von den Fleischimporten von 1,5 Mil-

lionen Dollar, die am 3. November bewilligt worden sind — wobei man damals in den Zeitungen eine Anlieferung innerhalb von zehn Tagen in Aussicht gestellt hat —, diese Woche erst die ersten vier Waggons anrollen. Außerdem muß ich feststellen, daß aber auch von den weiteren 1,5 Millionen Dollar, die man im Juli/August für die Fleischeinfuhr zur Verfügung gestellt hat, heute erst der geringste Teil ausgeliefert ist. Und wenn man damals im Juli oder August, statt diese Mittel für die Fertigwaren bereitzustellen, Futtermittel gekauft hätte, dann hätten wir bereits heute und in den nächsten Monaten dem Markt die doppelte Menge an inländischer Fleischproduktion zur Verfügung stellen können.

Ich muß also feststellen, daß man doch auch hier in der Landwirtschaft dem für die allgemeine Wirtschaft geltenden Grundsatz, nicht Fertigprodukte, sondern nur die Rohstoffe hiezu einzuführen, ebenfalls Geltung verschaffen müßte. Die Veredelungswirtschaft muß auf der österreichischen Basis liegen.

Es hat sich übrigens bei der Fleischkrise das bestätigt, was wir bei der parlamentarischen Behandlung der drei Wirtschaftsgesetze bemängelt haben, nämlich, daß bei der gegenwärtig labilen Weltmarktsituation und der gegebenen starken Auslandsabhängigkeit der österreichischen Wirtschaft eine geordnete Marktregelung ohne Vorratswirtschaft — die wir damals gefordert haben — einfach unmöglich ist. Wir müssen dringend empfehlen, daß von den zuständigen und daher auch verantwortlichen Ressortministern die Frage dieser Vorratswirtschaft eingehend geprüft und einer fachlichen Entscheidung, die im Interesse der erzeugenden und der konsumierenden Bevölkerung Österreichs notwendig ist, zugeführt wird.

Aber auch im Zusammenhang mit den behördlichen Anordnungen zur Fleischkrise möchte ich etwas sagen. Man muß davor warnen, daß vom Wirtschaftsdirektorium oder anderen amtlichen Stellen Anordnungen erlassen werden, die in der Bevölkerung belächelt oder als abwegig oder sogar als provozierend empfunden werden. Ich meine hier unter anderem den Fasten-Ukas, wonach der Fleischkonsum von sieben auf fünf Tage in der Woche eingeschränkt wurde. In Wirklichkeit ist es doch so, daß für die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung mit ihren zwei bis drei Fleischtagen in der Woche die fünf Fleischtage in der Woche ohnedies eine Utopie, ein unerreichbares Ziel darstellen, während auf der anderen Seite für den Fremdenverkehr diese Bestimmung zweifellos eine schwere Beeinträchtigung bedeutet. Dabei ist gerade der Fremdenverkehr ein für uns



entscheidender Devisenbringer. Und nicht zuletzt wird jetzt in allen Bevölkerungskreisen darauf hingewiesen, daß nun nach Eintritt der kalten Witterung jeder Konsument auch ohne Eiskasten und ohne Kühlschränke die Möglichkeit hat, sich beliebig stark mit Fleisch einzudecken, um an behördlichen Fasttagen dann Fleisch konsumieren zu können.

Zweifellos aber ist auf dem Gebiete der Fleischwirtschaft eine gewisse Konsumlenkung notwendig, und es muß dafür auch ein gewisses Verständnis seitens der Bevölkerung erbeten werden. Wir verzeichnen zum Beispiel jetzt die Tatsache, daß wohl in einzelnen Fleischsorten noch ein gewisser Mangel herrscht, daß aber im allgemeinen die notwendige Fleischquote, auf die jeder Mensch in der Bevölkerung Anspruch hat, zweifellos in vollem Umfang gesichert ist.

Es ist daher meiner Ansicht nach unrichtig, wenn ein „Mordsbahl“ deshalb gemacht wird, weil wegen einer vorübergehenden Fleischsortenverknappung auf dem Speisezettel des Haushaltes einmal nur ein österreichisches Beinflisch statt einem argentinischen Schweinebraten steht.

Jeder Einsichtige, der die wirtschaftlichen Zusammenhänge erkennt, wird auf dem Standpunkt stehen, daß eine vorübergehende Verbrauchsverschiebung ein zumutbares Opfer ist, das hingenommen werden kann; denn letzten Endes müssen wir doch bedenken, daß unsere Devisenlage ernst, die Dollarlücke geradezu besorgniserregend ist und daß man eben unter diesen Verhältnissen den inländischen Verbrauch auch der inländischen Erzeugung weitestgehend anpassen muß.

Ich möchte aber eindringlich sagen: Zur Verhinderung einer Fleischkrise in Zukunft ist es selbstverständlich notwendig, bedacht zu sein, daß für die Veredlungswirtschaft, die die österreichische Landwirtschaft betreibt, die Grundstoffe wirklich in ausreichender Menge zur Verfügung stehen. Diese Grundstoffe müssen aber auch in zweckmäßiger Weise verwendet werden. Und wenn wir heute die Ablieferung von Schweinen mit der Futtermittelabgabe koppeln, dann ist es meiner Ansicht nach kein Akt weitgehender Planung und Lenkung, wenn wir die Futtermittel erst anlässlich der Ablieferung zur Verfügung stellen. In Wirklichkeit handelt es sich doch um das Problem, daß möglichst große Fleischmengen in jenen Jahresabschnitten zur Verfügung stehen, in denen die natürliche Fleischanlieferung schwach und unzureichend ist. Man müßte daher irgendwie das System terminierter Mastverträge wieder aufgreifen, und zwar dahingehend, daß Mastverträge mit der Auflage abgeschlossen werden, daß die

Mastverpflichteten ihre Ware hauptsächlich in den fleischarmen Monaten zur Ablieferung bringen. In Zeiten des Überschusses nützt uns eine Ablieferung nichts, wo nur im Rahmen einer Vorratswirtschaft eine Abschöpfung erfolgen könnte, sondern es ist notwendig, hier auf weite Sicht mit einem Fernziel zu arbeiten.

Ich gebe daher eindringlich zu bedenken, hier eine zweckmäßige Abänderung zu treffen und — was ich schon früher gesagt habe — unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß nicht teure Fertigware, sondern billige Rohprodukte hereinkommen; denn es ist feststehend, daß mit den gleichen Dollarbeträgen, die wir für den Fleischeinkauf im Ausland verwenden, das Inland aus eingeführten Futtermitteln die doppelte Menge an Fleisch für die inländische Versorgung erzeugen könnte.

Wenn wir jetzt verschiedene Einrichtungen der Lenkung geschaffen haben, so muß darauf gedrungen werden, daß dabei die Gebirgsländer nicht schlechter als jene Länder gestellt werden, die unmittelbare Markteinrichtungen in ihrem Gebiet haben. Man hat zuerst einmal schamhaft von marktähnlichen Einrichtungen gesprochen; wenn man den Fachausdruck aus der vergangenen Kriegswirtschaft — Viehverteilerstellen — gebraucht hätte, dann hätte die ganze österreichische Bevölkerung gewußt, worum es geht. Wenn man diese Regelung durchführen will, ist unbedingt notwendig, daß Viehverteilerstellen in irgendeiner neuen Form geschaffen werden. Es genügt nicht, daß nur in jeder Bezirkshauptmannschaft eine solche Stelle errichtet wird; denn wir fordern für die alpenländische Landwirtschaft, die ihre Schweine viel teurer erzeugen muß, daß sie im Falle der Erbringung von Marktleistungen nicht schlechter als die der Flachlandgebiete gestellt wird.

Ich möchte noch sagen, daß wir uns auch noch grundsätzlich mit der Preisfrage beschäftigen müssen, auf die ich noch später eingehend zurückkommen werde.

Eine wirklich ernsthafte Gefährdung der Fleischversorgung in Österreich besteht aber zweifellos im Auftreten der Maul- und Klauenseuche, die im Seuchenzug von Frankreich über Deutschland nunmehr auch auf Österreich übergegriffen und sich bereits in Vorarlberg, Tirol, Niederösterreich und Oberösterreich ausgebreitet hat. Die Maul- und Klauenseuche ist deshalb auch ernährungswirtschaftlich von so großer Bedeutung, weil sie im Falle eines bösartigen Auftretens ja nicht nur die Fleischseite sondern auch die milchwirtschaftliche Seite auf das nachteiligste berührt; denn wir wissen, daß alle Klauenträger dem Befall dieser Seuche ausgesetzt sind. Nach den bisher vorliegenden Feststellungen weisen die

2766 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951.

Verbreitungserscheinungen darauf hin, daß wir es mit einem virulenten Erreger zu tun haben und daß gerade die Vorbeugungsmaßnahmen, die wir in Österreich zur Verfügung haben, nicht ausreichen, um dieser Seuche, die sich übrigens auch schon in Südtirol ausgebreitet hat, rasch Herr zu werden.

Die österreichische Öffentlichkeit und insbesondere die österreichische Landwirtschaft erwartet schon seit Wochen vom Landwirtschaftsministerium eine eingehende Unterrichtung über alle Vorkehrungen, die zur Verhinderung der Weiterverbreitung dieser ansteckenden Tierseuche getroffen worden sind, eine Unterrichtung über die beabsichtigte Verwertung jener Tiere, welche der Keulung zugeführt werden müssen, und auch eine Unterrichtung über die Frage der Entschädigungssätze und der Entschädigungsform, die man unter Umständen anzuwenden beabsichtigt.

Es muß auch noch festgestellt werden, daß die Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung in Mödling nicht einmal darauf eingerichtet ist, den eigentlichen Erregertyp feststellen zu können, geschweige denn, daß in Österreich die Voraussetzungen für die Erzeugung des erforderlichen Impfstoffes gegeben wären. Wir müssen also auch die Feststellung des Erregertyps dem ausländischen Fachinstitut überlassen und sind außerdem auf den Impfstoffbezug aus dem Ausland, aus der Schweiz, aus Westdeutschland, aus Frankreich und Amerika angewiesen. Dabei ist es selbstverständlich, daß die Bereitstellung des Impfstoffes durch das Ausland nur nach Maßgabe des Seuchenstandes und des Bedarfes des betreffenden Landes selbst erfolgen kann.

Ich bin der Auffassung, daß es vom Standpunkt der Ernährungssicherung in Österreich eine nationale Angelegenheit wäre, die Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung in Mödling auf einer Grundlage auszubauen, daß dieses Institut allumfassend leistungsfähig werden kann. Ich verweise auf ähnliche Einrichtungen in der Schweiz, die hier als beispielgebend angesehen werden könnten.

Die zweite Bedrohung unserer Produktion, insbesondere der Schweinemast, ist die immer wieder aufflackernde Schweinelähme, die trotz der Einbeziehung dieser Tierseuche in den Anwendungsbereich des Tierseuchengesetzes nicht zur Tilgung gebracht werden konnte. Diese Schweinelähme ist nach dem Futtermangel der störendste Faktor in unserer Schweineproduktion. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß die Entschädigungspraxis des Landwirtschaftsministeriums, wo-

nach die Entschädigungsbeträge vielfach erst nach drei Vierteljahren den Geschädigten ausbezahlt werden, die Zusammenarbeit zwischen Bevölkerung und Behörde nicht so begünstigt, wie sie zur sofortigen Feststellung und Tilgung der Seuche erforderlich wäre, abgesehen davon, daß eine so schleppende Entschädigungsliquidierung gerade für die kleinen Besitzer eine untragbare Härte darstellt.

Im Zusammenhang mit der Schweinelähme muß ich aber auch auf den bekannten Schweineablieferungs-Futtermittelerlaß verweisen und dazu sagen, daß meines Erachtens der Herr Landwirtschaftsminister zu bitten ist, unverzüglich dafür Sorge zu tragen, daß in den Erlaß eine Bestimmung aufgenommen wird, wonach einer Ablieferung von Schweinen auf Märkten und marktähnlichen Einrichtungen die behördliche Beschlagnahme und Schlachtung von Schweinen infolge der Schweinelähme gleichzustellen ist, damit nämlich auch die infolge der Schweinelähme geschädigten Bauern ebenfalls in den Bezug der Futtermittel kommen. Die Schweine, die über behördliche Anordnung wegen Schweinelähme getötet werden, werden von den Bauern mit dem Seuchenauto abgeholt, in bestimmten Fleischerbetrieben unter besonderen Vorsichtsmaßnahmen geschlachtet und dann mit Ausnahme des Gehirns und Teilen des Rückenmarks dem Konsum zugeführt. Der Bauer, der das Unglück gehabt hat, seine Schweine durch die Schweinelähme zu verlieren, führt für den Konsum die gleiche Leistung durch wie derjenige, der gesunde Schweine auf den Markt bringt. Es ist darum abwegig, wenn man diese geschädigten Leute auch noch vom Futtermittelbezug ausschließt.

Daher meine Bitte an den Herrn Landwirtschaftsminister, diese Härte im Erlaß auszugleichen, eine Ergänzung hinauszugeben und zu verfügen, daß das Gewicht dieser amtlich geschlachteten Schweine global festgestellt und für die dem Konsum zugeführte Fleischmenge auch die entsprechende Futtermittelzuteilung genehmigt wird.

Ich möchte noch darauf verweisen, daß wir uns in Österreich von vielen anderen Ländern des Westens durch eine andere geistige Einstellung zur Landwirtschaft unterscheiden. Die gesamte Aufbauarbeit der Landwirtschaft wurde trotz der unermüdlichen Tätigkeit und der Wiederaufbauarbeit, die die österreichischen Bauern seit dem Jahre 1945 zuerst trotz Fehlens fast aller Betriebshilfsmittel und später trotz jahrelanger Unterbewertung geleistet haben, leider nicht entsprechend gewürdigt, und die Landwirtschaft war gerade in der letzten Zeit einer starken und ungerechten Diffamierung ausgesetzt.

## 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951. 2767

Wenn Sie das Handbuch über die österreichische ERP-Hilfe, in dem die grundlegenden Dokumente des österreichischen Wiederaufbaues abgedruckt sind, eingehend studiert haben, wie es der damalige Leiter der ECA, King, in seinem Vorwort empfohlen hat, werden Sie entnommen haben, daß es eine allgemeine volkswirtschaftliche Erkenntnis ist, daß die Schlüsselerzeugnisse und Arbeitsleistungen der gesamten Volkswirtschaft voneinander abhängig sind. In diesem ERP-Handbuch für Österreich heißt es unter den grundlegenden Dokumenten beim Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit unter anderem wörtlich: „Die Ernährung ist die allerwichtigste und die Landwirtschaft die bedeutendste Einzelform der Wirtschaft in den beteiligten Ländern... Mehr als irgendwo anders muß hier alles Menschenmögliche getan werden.“

Ich stelle also fest, daß man in Amerika schon längst zur volkswirtschaftlichen Einsicht gelangt ist, daß die gesamte Wirtschaft nur dann prosperieren kann, wenn auch die Landwirtschaft in die Lage versetzt ist, Nahrungsmittel in vollem Umfang des Bedarfes und sogar im Überschuß zu erzeugen und bereitzustellen. In Amerika ist die Preisschere seit Jahren geschlossen, während sich bei uns die Preisschere zuungunsten der Landwirtschaft noch immer weiter öffnet. Jeder Amerikaner kennt die grundlegenden Probleme der Landwirtschaft, und Sie wissen, daß drüben in den Vereinigten Staaten die Landwirtschaft zur first industry, zur ersten Industrie des Landes, erhoben wurde. Man steht dort auf dem einzig möglichen, gesunden Standpunkt: Leben und leben lassen!

In Österreich aber sehen wir seit dem Jahre 1945 ein ständiges Auseinanderwachsen der Preise für die Erzeugnisse des landwirtschaftlichen Bedarfes und für die Erzeugnisse der landwirtschaftlichen Lieferungen. Die Preisrelationen stimmen nicht. Unser Preisgefüge ist augenblicklich verschoben und verbogen. Es ist notwendig, fürs allererste wiederum gesunde Preisrelationen in der österreichischen Wirtschaft herbeizuführen, wobei ich der Meinung bin, daß es gleichgültig ist, ob man von den Preisrelationen des Jahres 1938 oder 1945 ausgeht. In beiden Fällen ist die Relationsgrundlage gesünder als heute.

Es ist also notwendig, daß die Preisdisparität beseitigt wird und wiederum gesunde wechselseitige Preisbeziehungen hergestellt werden. Ohne diese Voraussetzungen kann die Landwirtschaft nicht die ihr gestellten Aufgaben in vollem Maße erfüllen.

Ich möchte dann noch auf ein Problem hinweisen, das auch ernährungswirtschaftlich von

Bedeutung ist, wenngleich es zweifellos auch einen starken politischen Einschlag hat, das ist das Problem der sogenannten verfallenen Liegenschaften. Nach einem Bericht, den der Herr Finanzminister gegeben hat, beträgt in ganz Österreich die Summe der verfallenen gewerblichen, landwirtschaftlichen und städtischen Liegenschaften 2307; von diesen Liegenschaften sind bisher insgesamt 206 wieder verkauft worden. Es wäre im Interesse der Produktion und im Interesse unserer Staatsfinanzen gelegen, wenn man die beschlagnahmten landwirtschaftlichen Liegenschaften zum ehestmöglichen Termin wiederum den betroffenen Familien zurückgeben würde. (*Beifall beim KdU.*) Auch der Herr Landwirtschaftsminister müßte im besonderen Maße an dieser Rückgabe interessiert sein, da ja er für die österreichische agrarische Produktion verantwortlich ist. Es steht auch fest, daß heutzutage die Verwaltungskosten, die mit der Bewirtschaftung und Verwaltung dieser Vermögen verbunden sind, zweifellos höher als die gesamten Pachteinahmen aus diesen beschlagnahmten Vermögen sind.

Auch über die Rückgabebedingungen muß einmal ein ernstes Wort gesprochen werden. Man mag in der Frage der Rückgabe grundsätzlich verschiedener Auffassung sein, aber eines muß man verlangen: daß doch eine Rückgabe von beschlagnahmtem Vermögen nicht zu ungünstigeren Bedingungen erfolgt, als es in bestimmten Ländern gesetzlich im Rahmen der Höferechte vorgeschrieben ist. Die Bestimmung des Kärntner Höferechtes beispielsweise besagt, daß die Übergabebedingungen und die Schätzung des Betriebes so sein müssen, daß der Übernehmer wohl bestehen könne. Dieser Grundsatz hat bei den Schätzungen, die zum Teil in den letzten Monaten durchgeführt worden sind, nicht immer die entsprechende Beachtung gefunden.

Ich möchte also an den zuständigen Ressortminister die dringende Bitte richten, aus produktionspolitischen, staatsfinanziellen und nicht zuletzt aus Gründen der Menschlichkeit und der politischen Vernunft gerade der Lösung dieser Frage ein besonderes Augenmerk zuzuwenden und für eine beschleunigte Regelung dieser Frage einzutreten.

Ich bin früher auf die Preisfrage und auf die Preisschere zu sprechen gekommen. Ich möchte darauf verweisen, daß man in den USA für die Schlüsselprodukte der dortigen landwirtschaftlichen Produktion, wie Weizen, Baumwolle, Mais usw., bestimmte garantierte Übernahmepreise festgelegt hat, wobei man von der Meinung ausgegangen ist, daß die Preisrelation der Jahre 1910 bis 1914 eine geeignete Grundlage wäre; man hat also die

2768 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951.

Auffassung vertreten, daß in diesem Zeitraum verhältnismäßig vernünftige Preisbeziehungen bestanden haben. Man hat nun den amerikanischen Farmern auf dieser Grundlage unter Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen allgemeinen Steigerung der Lebenskosten einen garantierten Übernahmepreis von 90 Prozent zugesichert. Jeder Farmer hat also die Gewißheit, daß er seine Produkte im äußersten Falle zu diesen Preisen dem staatlichen Aufkäufer zum Ankauf anbieten kann und daß dieser sie auch übernehmen wird. Diese großzügige Farmerhilfe könnte auch ein gewisses Vorbild für eine Regelung unserer Verhältnisse geben.

Wie schaut es in Österreich aus? In Österreich haben wir seit 1945 Stopppreise für unsere Landwirtschaft, und zwar Stopppreise, die in Wirklichkeit vielfach politische Preise sind. Drüben hat man hingegen feste Übernahmepreise. Es muß in Österreich alles getan werden, um auch hier auf der Grundlage gesunder und garantierter Übernahmepreise, die man auch Mindestpreise heißen könnte, die Voraussetzungen für eine stabile Produktion zu schaffen. Vor 1938 war es ein Hauptziel der österreichischen Agrarpolitik, dahin zu wirken, daß man dem Ausland gegenüber konkurrenzfähig werde. Seit 1945 mutet man aber der Landwirtschaft Stopppreise zu, man mutet ihr zu, ihre Produkte weit unter den Weltmarktpreisen zu liefern, obwohl sie auf Grund der Kriegsverhältnisse in ihrer Produktionskraft zweifellos bedeutend geschwächt ist und obwohl eine Reihe von Betriebsmitteln, wie zum Beispiel die Maschinen, von der heimischen Landwirtschaft zu Preisen, die über den Weltmarktpreisen liegen, gekauft werden müssen.

Abschließend möchte ich noch sagen: Wir warten seit Jahren vergeblich auf einen österreichischen Gesamtwirtschaftsplan, der von Fachleuten aller Sparten unter einer gesamtwirtschaftlichen Verpflichtung zu erarbeiten gewesen wäre. Wir sind der Auffassung, daß es ohne einen solchen Plan in Österreich einfach nicht gehen kann, und wir sind der Meinung, daß die Ausarbeitung eines solchen wirtschaftlichen Gesamtplanes schon deshalb eine unabdingbare Notwendigkeit ist, weil wir ja im Rahmen des europäischen Wiederaufbauprogrammes im letzten Drittel der zweiten Halbzeit stehen.

Wenn wir betrachten, welche Faktoren im Rahmen dieser großen Hilfe als entscheidend herausgestellt worden sind, so waren es drei Punkte: Erstens einmal die Forderung, daß erneute und vermehrte Anstrengungen seitens der österreichischen Wirtschaft und Landwirtschaft unternommen werden. Zweitens war es die Bereitstellung von Mitteln, die

allerdings nach unserer Meinung für die Landwirtschaft nicht immer ausreichend waren und auch nicht immer im richtigen Sinn zur Finanzierung des Produktions- und Investitionsprogrammes eingesetzt waren. Und der dritte Faktor war eine kluge, zielbewußte und tatkräftige Leitung durch die Regierung.

Schon im nächsten Jahr wird die Notwendigkeit bestehen, einen Rechenschaftsbericht über diesen Abschnitt des österreichischen Wiederaufbaues mit amerikanischer Hilfe zu geben. Wie immer die Bilanz ausfallen wird, das eine möchte ich heute schon feststellen: Versagt hat auf keinen Fall die österreichische Landwirtschaft; denn diese hat jetzt Jahre hindurch auch bei Unterbewertung ihrer Produkte übermenschliche Arbeit geleistet. Die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs ohne Alimentierung vom Ausland wird aber erweisen, ob sich auch die anderen komplementären Faktoren entsprechend bewährt haben. Die einzige Hoffnung auf eine Gesundung unserer Wirtschaft sind nur unsere Produktionsbemühungen. Leider fließen die Grenzen von Politik und Wirtschaft immer mehr und mehr ineinander. Es steht fest: Die Bereitschaft der Landwirtschaft für weitere Produktionsbemühungen ist ohne Unterschied der Besitzgröße vorhanden, und das ist eine entscheidende Voraussetzung.

Aber eines lassen Sie mich auch noch abschließend sagen: Die Voraussetzungen für eine höchstmögliche Entwicklung der landwirtschaftlichen Erzeugung zu schaffen, das ist eine Aufgabe der Mehrheit dieses Hauses und der Regierung, die von dieser Mehrheit getragen wird. Da wir auf Grund unserer bisherigen Erfahrungen nicht das Vertrauen haben, daß diese zur Lösung dieser Frage befähigt und gewillt sind, werden wir auch dem Kapitel Landwirtschaft innerhalb des Budgets unsere Zustimmung nicht erteilen. *(Lebhafter Beifall beim KdU.)*

**Abg. Mittendorfer:** Hohes Haus! In der letzten Zeit konnte man wiederholt die Wahrnehmung machen, daß bei der Beratung von Fragen, die die Landwirtschaft betreffen, immer viel Kritik laut wurde. Der Zuhörer, der vielleicht fallweise hier hereinkommt, mußte die Meinung mit nach Hause nehmen, als würde der Berufsstand Land- und Forstwirtschaft vollkommen in Unordnung sein, als müßte die Führung der Landwirtschaft versagt haben und als müßten sich in diesem Berufsstand viele befinden, die ihre Pflicht der Allgemeinheit gegenüber nicht erfüllen.

Es freut mich daher, daß gestern in der Debatte zu diesem Kapitel ein Vertreter der Sozialistischen Partei, aber auch der Vertreter der Kommunistischen Partei Worte der An-

erkennung und der Würdigung für die Landwirtschaft gefunden haben. Auch mein jetziger Vorredner, der Herr Abg. Scheuch, hat die übermenschlichen Leistungen, die die Landwirtschaft in den letzten Jahren vollbrachte, einer besonderen Würdigung unterzogen. Besonders freut es mich, daß auch über die Bergbauernschaft gesprochen wurde, weil ich in meiner Umgebung viele kleine und mittlere Bauern, größtenteils aber Bergbauern kenne, die in den letzten Jahren Ungeheures geleistet haben. Es wirkt sich dort besonders stark aus, daß es den Bergbauern ja fast nicht möglich ist, sich Arbeitskräfte zu leisten. Das mußte dadurch aufgeholt werden, daß der greise alte Vater, der Großvater, die Mutter und die kleinen Kinder zur Bebauung der Felder und zur Einbringung der Ernte herangezogen werden mußten. Die Gebirgsbauern haben einen ungeheuer schwierigen Existenzkampf zu führen. Früher gab es noch verschiedene Nebenverdienste, so zum Beispiel durch das Fuhrwerk. Jetzt aber mußte das Pferdefuhrwerk dem gewerblichen Auto-unternehmer und dem Traktor weichen. Auch die Holzbestände sind sehr zusammengeschrumpft und bedürfen einer aufmerksamen Behandlung.

Die Bergbauern haben aber auch sonst mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen. Das Unverständnis, das manche örtlichen Stellen bei der Wahrung ihrer Rechte oft zeigen, seien es nun die Holzservituten, Streu- oder Weiderechte, ist sehr groß und löst oft unter den Bauern schwerste Bedenken und Unzufriedenheit aus. Die Haupteinnahmequelle dieser Bergbauern ist und bleibt die Milchwirtschaft. Wenn sie sich auch teilweise mit Viehzucht beschäftigen, so ist doch auf diesem Gebiet nicht das zu erreichen, was notwendig wäre, um sich wirklich einen zusätzlichen Erwerb zu sichern. Gerade in diesen Bergbauernhöfen herrscht aber gesunder Familiensinn, eine Schar gottesfürchtiger staatsreuer und heimatverbundener Kinder wird aufgezogen, und daher muß immer wieder mit Recht die Forderung unterstützt werden, daß man dieser Sparte der Landwirtschaft eines Tages auch die anderen Kreisen bereits gewährten Kinderbeihilfen zugesteht. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die Bergbauern zählen zu den treuesten und strammsten Staatsbürgern und haben sicherlich ein Recht darauf, daß ihnen in jeder Beziehung Unterstützung und Hilfe zuteil wird. Ich weiß, daß in der nächsten Zeit eine Änderung des Hebesatzes der Grundsteuer eintreten soll, und ich freue mich zu hören, daß man bei dieser Gelegenheit den Bergbauern auch Verständnis entgegenbringen und ihre Wünsche berücksichtigen will.

Lassen Sie mich noch einige Worte zu der gesetzlichen Interessenvertretung der Land- und Forstarbeiter sagen, die bereits in sechs Bundesländern durch die Schaffung von Landarbeiterkammern beachtenswerte Erfolge auf dem Gebiet des sozialen Arbeitsrechtes erzielen konnten. Auch auf dem Gebiete des Eigenheimbaues wurden bereits sehenswerte Erfolge erreicht, und es kann damit gerechnet werden, daß auch die Familiengründung der Land- und Forstarbeiter noch mehr als bisher gefördert werden wird. Es wäre zu wünschen, daß diese Einrichtung, die bereits in sechs Bundesländern besteht, auch noch in den restlichen Bundesländern geschaffen wird.

Lassen Sie mich nun noch einiges zur Wildbach- und Lawinerverbauung sagen, weil ich das Gefühl habe, daß man dieser Gruppe oftmals viel zuwenig Bedeutung und Beachtung schenkt. Immer erst dann, wenn Katastrophen über unser Land hereinbrechen, erinnert man sich der Wildbach- und Lawinerverbauung. Dann sucht man nach den Schuldigen, nach den Ursachen. Trotz all dem technischen Fortschritt wird es nicht möglich sein, alle diese Katastrophen zu verhüten, es müßte aber doch erreicht werden, daß die Gefahren immer mehr eingedämmt und daß die Vorkehrungen so rechtzeitig getroffen werden, daß die größten Übel von uns abgewehrt werden können.

Laut einer Statistik zählt Österreich zirka 2500 Wildbäche, die zum Teil schon verbaut sind, sich zum Teil aber im Stadium der Planung befinden. Das Einzugsgebiet dieser Wildbäche beträgt 21.000 km<sup>2</sup>. Es war seit dem ersten Weltkrieg durch die darauffolgende Wirtschaftskrise, durch die wirtschaftliche Notlage und auch die ungeheure Arbeitslosigkeit nicht möglich, der Wildbachverbauung jene Mittel zur Verfügung zu stellen, die notwendig gewesen wären, um eine intensive Verbauung durchzuführen. Ja es reichte oftmals nicht einmal soweit, um die notwendigen Erhaltungsarbeiten mit den vorhandenen Mitteln durchführen zu können. Daher kommt es auch, daß in manchen Gebieten noch alte, vermorschte Holzsperrn bestehen, die längst schon durch moderne Betonsperren ersetzt werden müßten. Was früher nicht möglich war, daß man bei Verbauungen auch auf den abgelegensten Baustellen Maschinen einsetzte, das ist heute eine Selbstverständlichkeit.

Auch in der Zeit zwischen 1938 und 1945 konnte auf dem Gebiete der Wildbachverbauung absolut kein besonderer Fortschritt erzielt werden. Der Mangel an Arbeitskräften, aber auch der Mangel an Werkstoffen und Materialien war so groß, daß die wichtigsten

2770 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951.

Arbeiten immer wieder zurückgestellt werden mußten. In dieser Zeit wirkte sich aber auch der ungeheure Raubbau, der an unseren Wäldern betrieben wurde, besonders nachteilig aus. Die Verwitterung des Waldbodens geht auf den Kahlschlägen bedeutend rascher vor sich. In den Kalkalpen ist damit die ungeheure Gefahr verbunden, daß die obere Waldgrenze dauernd herabgedrückt wird und die Bergkuppen immer mehr und mehr verkarsten. Dadurch wird der land- und forstwirtschaftliche Boden immer mehr eingengt.

Kollege Steiner hat gestern ganz richtig gesagt, daß daraus auch für die Bergbauern eine ganz große Gefahr erwächst. Daher immer wieder die Forderung, unseren Wäldern mehr fachgemäße Behandlung angedeihen zu lassen. Dies umso mehr, als der Rohstoff Holz als wichtigster Exportartikel in Österreich eine ganz gewaltige Rolle zu spielen hat, denn unsere Wälder stellen doch eine natürliche, sich immer wieder neu regenerierende Einnahmsquelle des Staates dar, auf die zu keiner Zeit verzichtet werden kann. Daher muß der Aufforstung der Wälder und der fachgemäßen Betreuung derselben größtes Augenmerk zugewendet werden. Mein Kollege, Herr Präsident Strommer, hat gestern in diesem Zusammenhang gesagt, daß auch beim Bauernwald die gleichen Bestrebungen wie in den Staatsforsten bestehen, dieser eminent wichtigen Frage gerecht zu werden.

In den letzten Jahren, das muß besonders anerkannt werden, hat der Staat trotz seiner ungünstigen finanziellen Lage gewaltige Beträge für die Wildbach- und Lawinerverbauung zur Verfügung gestellt. Die Schäden der Katastrophen des letzten Jahres waren ungeheuer groß. Das Jahr 1951 wurde im vorhinein als das Jahr der Katastrophen bezeichnet. Obwohl zunächst viele darüber lachten, kann man jetzt am Schluß des Jahres doch fast sagen, daß jene, die diese Behauptung aufstellten, recht bekamen. Es ist zu hoffen, daß die von Gelehrten vertretene Meinung, daß es sich hier um eine Serie von fünf Katastrophenjahren handeln und daß jetzt erst der Beginn der Katastrophen sein soll, nicht recht behält.

Mein Kollege Kranebitter hat in einem anderen Zusammenhang schon darauf hingewiesen, daß die ungeheuren Katastrophen in seinem Gebiet allein 40 ha wertvollstes Ackerland vermurt und von der Bebauung ausgeschaltet haben. Er sagte, es sei sogar zu befürchten, daß jene Gebietsstreifen, die man in den letzten Jahren entsumpfte, der Gefahr ausgeliefert sind, daß sie bei neuen Vermurungen überdeckt werden, sodaß dann erneut ungeheure Mittel und Arbeitskräfte

eingesetzt werden müßten, um den jetzigen guten Zustand wieder herzustellen.

Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß uns noch in bester Erinnerung ist, daß die Hochwasserkatastrophe in Werfen im Jahre 1947 ungeheure Mittel des Staates erforderte. Die Umleitung der Züge allein erforderte einen Betrag von 10 Millionen Schilling. Dazu kamen noch Aufbau- und Ausbesserungsarbeiten, die weitere 10 Millionen verschlangen, sodaß auf diesem Platz allein durch die Katastrophe ein Schaden von 20 Millionen entstand. Nach Schätzungen von Fachleuten wären in Österreich pro Jahr 140 Millionen Schilling erforderlich, um diese Gefahr intensiv und nachhaltig zu bekämpfen. Davon hätte der Bund 70 Prozent, die Länder, Gemeinden und Interessenten die restlichen 30 Prozent zu tragen.

Wenn wir nun den Voranschlag für das Jahr 1952 betrachten, sehen wir, daß für diese Zwecke die gewaltige Summe von 49 Millionen Schilling bereitgestellt ist, also um 14 Millionen mehr als der für das Jahr 1951 veranschlagte Betrag. Und doch stimmt diese Rechnung insofern nicht, als im Jahre 1951 noch aus der ERP-Hilfe 20 Millionen Schilling zusätzlich gegeben wurden. Es ist zu bedauern, daß in diesem Jahr wohl kaum mit einer Zuweisung aus dieser Quelle zu rechnen sein wird.

Abschließend lassen Sie mich nun sagen, daß die Ursachen vieler Katastrophen nur durch eine planmäßige, intensive und dann auch wirksame Verbauung der Wildbäche unseres Landes ausgeschaltet werden können. Man muß sich doch darüber längst im klaren sein, daß Kürzungen der Dotierung der Wildbachverbauung niemals Ersparnisse sondern Vergeudungen sind. *(Beifall bei der ÖVP.)* Bei genügender Dotierung verbraucht man Geld zur Verhütung von Schäden, bei ungenügender Beistellung von Mitteln verbraucht man weit mehr Geld zur Behebung der Schäden. Daher meine Bitte an den hochverehrten Herrn Minister, so wie bisher der Wildbachverbauung jene Unterstützung angedeihen zu lassen, die sie dringendst braucht, denn nur so wird es möglich sein, daß wir wertvollstes Volksvermögen vor Katastrophen bewahren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

*Während dieser Ausführungen hat Präsident Dr. Gorbach den Vorsitz übernommen.*

Abg. Dr. Gasselich: Hohes Haus! Es ist auffallend, daß nach den von dieser Stelle aus gemachten Äußerungen der Redner, von welchem Sektor sie immer kommen mögen,

die Landwirtschaft im allgemeinen wirklich gerettet sein müßte. Die Praxis zeigt sich in den Versammlungen häufig anders. Ich halte es geradezu für ein entscheidendes Problem unseres Staates, daß sowohl der Städter in die objektiven Bedingungen, unter denen die Landbevölkerung und insbesondere die Bauernschaft lebt und arbeitet, Einblick gewinnt, wie ich auch wünschen würde, daß der Mann vom Lande, wenn er in die Stadt hereinkommt, sich ungefähr ein Bild macht von der Tätigkeit und Arbeit des Mitmenschen in der Stadt, besonders auch dann, wenn er Leute danach beurteilt, daß er soundso viele im Park sitzen sieht. Über die Bedeutung der Landwirtschaft kann man nicht nur in den landwirtschaftlichen Schulen und in den Versammlungen nie genug sprechen, sondern auch in der Presse nie genug schreiben, insbesondere im Hinblick darauf, daß wir derzeit in unserem Lebensmittelbedarf auf die Hilfe von auswärts angewiesen sind und jetzt außerordentlich unterstützt werden. Ich bin durchaus nicht sicher, ob nicht, wenn böse Zeiten kommen, im Falle eines Krieges, die Arbeit des Landmannes auch vom Städter wieder in einer Weise gewürdigt werden wird, die die Meinung aufkommen lassen wird, daß man ja eigentlich früher dem Bauern unrecht getan hat. Dann wird man glücklich sein, bei irgendeinem Familienmitglied oder Verwandten aus der Not der Zeit herauszukommen oder sie mindestens in gemilderter Form zu erleben, weil doch dieser Stand seine Pflicht gegenüber der gesamten Bevölkerung nach bestem Willen und Wissen erfüllt. Naturgemäß wird in solchen Zeiten der Not der Städter der Landwirt über jene untere Grenze hinauskommen, die gewöhnlich in normalen Zeiten sein Schicksal ist, daß er sich nämlich immer gerade nur an der unteren Grenze des Wohlstandes bewegen kann. Dafür hat er freilich den Vorzug, daß er in allerschwersten Notzeiten doch vor dem Verhungern geschützt ist, welches Schicksal dem Städter eher zuteil wird.

Wenn wir also in Österreich die Landwirtschaft fördern und der Hebung der Produktion mit allen Mitteln nachhelfen wollen, so ergibt sich daraus, daß wir auch die wirtschaftlichen Zusammenhänge voll erfassen müssen. Wir haben nicht nur hinsichtlich der Landwirtschaft ein völlig gestörtes Preisgefüge. Auch auf einzelnen anderen Sektoren unserer Wirtschaft sind die Preise einiger Produkte einfach davongerannt. Das trifft vor allem auf die Textilien, Schuhe und gewisse Eisenprodukte usw. zu. Das unter dem Namen Preisschere bekannte Bild sagt ja besonders dem Bauern, daß, wenn er jetzt höhere Preise zugebilligt

bekommt, die Preise der Produkte, die er braucht, im Galopp davonrennen. Dabei darf man nicht vergessen, daß der Umsatz, das heißt die Umsatzgeschwindigkeit der Produkte, die die Landwirtschaft hervorbringt, viel langsamer ist, als es bei irgendeinem anderen Betriebe der Fall ist. Die Umsatzgeschwindigkeit dauert, insbesondere was den Getreidebau betrifft, ein volles Jahr, bei der Schweinezucht und der sonstigen Viehzucht ist der Turnus ein noch viel längerer. Er beträgt zum Beispiel bei den Rindern drei Jahre und mehr. Kurz und gut, ich habe das Gefühl, daß die Stadtbevölkerung in vieler Hinsicht dem Bauern unrecht tut oder aus Unkenntnis ein Urteil über ihn fällt, das volkswirtschaftlich nicht zutrifft und auch persönlich ungerecht ist.

Es ist daher auch kein Wunder, daß die Schäden der Landflucht immer wieder bemerkbar werden. Ohne die Technisierung der Landwirtschaft und ohne eine Eindämmung der Landflucht werden wir aber die Gefahr der Unterproduktion nicht beheben können. Es würde zu weit führen, im Rahmen der mir zustehenden Zeit über die Landflucht zu sprechen. Die Landarbeiterflucht ist ja noch ein Kapitel für sich. Tatsache ist, daß wir den in zunehmendem Maße steigenden Mangel an Landarbeitern nur durch die Technisierung beheben können.

Da möchte ich auch einen Mangel hervorheben, der sich in meiner Heimat, im Marchfeld, besonders bei der Beschaffung von Traktoren bemerkbar macht. Mein Bruder hat einen tadellosen, großen amerikanischen Traktor, aber ausgerechnet zur Anbauzeit, wo auch die Trockenheit noch eine Rolle gespielt hat, ist die Kurbelwelle gebrochen, und es wäre notwendig gewesen, daß er den Ersatzbestandteil mit dem Flugzeug aus Amerika hätte herbeischaffen lassen. Um solche Vorkommnisse zu vermeiden, müßte auch bei uns die Erzeugung einer einheitlichen einheimischen Type von Traktoren favorisiert oder es müßten für ausländische Traktoren Lager von Ersatzteilen errichtet werden. Es müßte eine Zusammenarbeit zwischen der technischen Produktion und dem landwirtschaftlichen Bedarf erreicht werden, damit ein einheitlicher Typus die Sicherheit einer raschen Bearbeitung gewährleistet und die Möglichkeit gibt, solchen Kalamitäten auszuweichen. Ansonsten stehen wir unweigerlich vor der Gefahr der Extensivierung.

Ich bin familiär mit vielen Inhabern landwirtschaftlicher Betriebe in Verbindung. Ich höre bei jedem Besuch immer wieder die Klage, daß derjenige, der 40 Joch zu seinem Betrieb von 50 Joch dazugepachtet hat, weil er diese Fläche mit einem Traktor leicht bearbeiten kann, im nächsten Jahr die Pachtung aufgeben wird, weil er sonst draufzahlt. Er bekommt ein-

2772 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951.

fach keine Arbeiter mehr. Wer will denn da noch arbeiten? Nur die letzte Erhöhung der Agrarpreise hat eine weitere Verschlechterung verhindert.

Ich glaube, wir müssen uns immer die absolute Notwendigkeit der Bedarfsdeckung vor Augen halten. Wir müssen trachten, ihr so nahe wie möglich zu kommen. Ich habe in der „Presse“ einen interessanten Aufsatz über „Anbaufläche und Ernteertrag“ gelesen. Es kommt auch mir als Außenstehendem, als Laien so vor, als ob wir heute im Verhältnis zu den Friedenszeiten doch noch in der Produktion zurück wären, mehr zurück, als es sein müßte. Von Professor Dr. Korn wird da ausgewiesen, daß wir heute gegenüber einer früheren Anbaufläche von 630.000 ha — die Anbaufläche während des Krieges ist mit 447.000 ha angegeben — bloß um 20.000 ha mehr erreicht haben, als die Kriegs-anbaufläche betrug, also 467.000 ha. Wir müssen dabei in Betracht ziehen, daß von den Alliierten 108.336 ha beschlagnahmt wurden. Es wird hier aber auch angeführt, daß der Futtermittelanbau zurückgegangen ist, und zwar bei der Gerste um 23.000 ha, bei Hafer um 58.000 ha, bei Mais um 11.000 ha, bei Zucker um 15.000 ha, bei Kartoffeln um 20.000 ha, und daß bloß bei Futterrüben eine Mehrerzeugung, beziehungsweise eine erhöhte Anbaufläche um 17.000 ha, bei Klee um 14.000 ha, bei Grünmais um 17.000 ha, bei Wickfutter und Egärten um 43.000 ha zu verzeichnen ist. Wir sehen also eine Differenz von 20.000 ha, es fehlen aber volle 200.000 ha gegen 1938! Ich kann mir nicht erklären, auf welche Umstände das zurückzuführen ist. Daher ist es nötig, daß wir alle Möglichkeiten, frischen und neuen Grund zu gewinnen, ausnützen, auch auf die Gefahr hin, daß uns die Kosten pro Hektar höher kommen, als der Verkaufspreis oder Kaufpreis dieses Hektars Grund überhaupt ausmacht, weil das ja eine Neuschöpfung von Grund darstellt.

Ich habe mit großer Freude die Verbesserungen in der Gegend um Laa beobachtet. Ich glaube, daß hier immerhin eine große Leistung für die Zukunft geschaffen werden kann, wenn auch nicht gleich ein zehntes Bundesland dabei herauskommt.

Im Zusammenhang mit der Bemerkung meines Kollegen Dr. Scheuch, daß die betriebswirtschaftliche Beratung in der Landwirtschaft absolut notwendig ist, da sich die Verhältnisse im Vergleich zu den neunziger Jahren geradezu revolutionär geändert haben, ist es naheliegend, auch die Frage nach der Verbesserung unserer Produktion im Wege unserer landwirtschaftlichen Schulen zu stellen.

Ich bin dem Herrn Minister persönlich dankbar, daß ich Gelegenheit hatte, vorüber-

gehend an einer höheren Landwirtschaftsschule tätig zu sein, an der Höheren Bundeslehranstalt für alpine Landwirtschaft in Seefeld. Diesem Umstande verdanke ich es, daß ich einigen Einblick in die Dinge nehmen konnte. Daher wundert es mich auch, daß man, obwohl schon im Juli 1949 von der Verlegung die Rede war, den Absolventen dieser außerordentlich gut geführten und auch im Typ sehr begrüßenswerten Schule noch nicht die Gelegenheit einer ordentlichen Praxis geboten hat. Man hat immer schon von der Verlegung nach Kuchl oder nach Admont geredet, aber noch heute sind diese Absolventen in einem Hotel untergebracht und haben keine Praxis. Die Unterbringung der Schüler bei Bauern kann nicht das ersetzen, was wir uns als Praxis neben der Erwerbung der theoretischen Kenntnisse vorstellen.

Im allgemeinen ist ja das landwirtschaftliche Schulwesen bei uns auf keiner schlechten Stufe. Ich denke da an einzelne Länder wie Kärnten oder Niederösterreich. In diesen Ländern ist es Tradition, schon das niedere landwirtschaftliche Schulwesen als Pflicht der Länder besonders zu pflegen. Ich würde aber doch glauben, daß diese Pflege auch auf der Stufe der Fachschulen ausgestaltet werden müßte, wie ich im Sinne meiner Ausführungen beim Kapitel Unterricht überhaupt glaube, daß das Fachschulwesen auf allen Sektoren zu pflegen ist, weil ich das als Aushilfe aus unserer wirtschaftlichen Not und teilweise auch als Mittel zur Zurückdämmung der Akademikerüberfüllung ansehe.

Es kann nun nicht Aufgabe der Redner im Parlament sein, nur zu loben, sondern schon nach demokratischen Gesichtspunkten hat die Opposition die Pflicht, dort, wo sie glaubt, Fehler, Irrtümer oder Überschreitungen zu sehen, diese auch zu nennen. Mir wird mitgeteilt, daß zum Beispiel die Angestellten von öffentlichen Körperschaften — und leider trifft das ja, wie ich weiß, nicht nur auf die Angestellten der landwirtschaftlichen Körperschaften zu, sondern vielfach auch auf Staatsangestellte, die infolge ihres geringen Einkommens sich bemüßigt sehen, ihren Lebensstandard irgendwie zu heben — privatwirtschaftlich tätig sind. Nun höre ich, daß es im Büro des Milchwirtschaftsfonds einen privaten Verband gibt, den sogenannten ÖMOLK-Verband, der im Büro des Milchwirtschaftsfonds seinen Sitz hat. Angestellte des Milchwirtschaftsfonds sollen nun zugleich Angestellte des ÖMOLK sein. Es wird unter diesen Umständen von den Konkurrenten des ÖMOLK-Verbandes selbstverständlich darauf hingewiesen oder wenigstens mit der Möglichkeit gerechnet, daß der Verband ÖMOLK, der sich mit dem Import von Milchprodukten



aller Art beschäftigt, eine gewisse Protektion oder eine Begünstigung erfährt, wenn Milchwirtschaftsfonds und ÖMOLK so nahe verwischt sind. Es gibt wohl eine Kommission, die über die Importanträge zu entscheiden und diese zu befürworten hat, aber es wird doch immerhin die ganze Sachlage von den übrigen Interessenten mit ziemlichem Mißtrauen verfolgt. Ich glaube, wir hätten das nicht notwendig, und ich erhoffe mir diesbezüglich eine amtliche Klarstellung.

Noch eine andere Sache habe ich zu erwähnen, die auch etwas merkwürdig anmutet. Ich meine den Umstand, daß Gelder des Milchwirtschaftsfonds durch das Kuratorium im Sozialministerium festgelegt sind. Es handelt sich um jene 30 bis 35 Millionen Schilling, welche seinerzeit vom Milchwirtschaftsfonds abgezweigt und aus welchem Geld den landwirtschaftlichen Genossenschaften zinsenlose Darlehen gegeben wurden. Der Sozialminister weigert sich heute, dieses Geld an den Milchwirtschaftsfonds herauszugeben, der, wie wir alle wissen, schwer passiv ist. Ja, es wird mir auch gemeldet, der Finanzminister habe den Zinsendienst für diese 30 bis 35 Millionen Schilling übernehmen wollen, wenn die an die landwirtschaftlichen Genossenschaften gegebenen zinsenlosen Darlehen konvertiert würden. Es ist doch einigermaßen merkwürdig, daß dort ein Kuratorium gebildet wird, angeblich zur Förderung des Frischmilchabsatzes, also auch durch Ausgabe von Frischmilch an die Schuljugend. Man merkt weder auf dem Wiener Markt davon etwas noch in den Schulen. Es wäre aufzuklären, wieso hier ein so nennenswerter Betrag festgelegt ist. Dies müßte durch das Ministerium, die Bauernkammer oder den Milchwirtschaftsfonds geändert werden.

Welche Rolle spielt nun der Bauernstand in der Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft? Ich habe gleich am Anfang darauf hingewiesen, wie bedeutsam die Funktion der Landwirtschaft ist. Wir dürfen nicht vergessen, daß sie der stärkste und lebenswichtigste Faktor unter allen Produzenten von Rohstoffen ist, der heute noch imstande ist, eine gewisse Notversorgung unserer Bevölkerung zu gewährleisten. Wenn wir den Nahrungsmittelimport als stehende Größe in unsere Erwartungen einsetzen könnten, dann könnte man sich mit einer reinen Industriepolitik abfinden. Das scheint mir aber nicht der Fall zu sein. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Landwirtschaft auch eine große biologische Funktion zu erfüllen hat, weil ja immer wieder vom Land her durch die „frische Luft“ die städtische Bevölkerung ersetzt wird, und daß nachgewiesenermaßen in zweiter und dritter Generation die Bevölkerung der Groß- und

Mittelstädte aus den Einzugsgebieten der Umgebung stammt.

Wenn der Bauernstand in Österreich von den verantwortlichen Faktoren nicht restlos unterstützt wird und wenn sich insbesondere die große zweite Regierungspartei in allen ihren offiziellen Erwägungen nicht den naturgegebenen Verhältnissen anpaßt und sich der richtigen Wertung der Landwirtschaft und der richtigen Relation der landwirtschaftlichen zu den übrigen Preisen, des lebenswichtigen Zusammenhangs der gesamten Volkswirtschaft auf der Grundlage dieser Urproduktion nicht bewußt wird, dann habe ich für unser Vaterland ernstliche Sorgen. *(Beifall bei den Unabhängigen.)*

**Abg. Mentasti:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Finanz- und Budgetausschuß hat sich beim Kapitel Landwirtschaft in einer elfstündigen Debatte mit allen Zweigen und Problemen der Landwirtschaft beschäftigt. Von einigen meiner Vorredner ist auf diese Debatte bereits hingewiesen worden, und es ist erfreulich, daß nun auch im Hohen Haus der Landwirtschaft ein breiter Rahmen in der Diskussion und in der Beratung gewidmet wird. Im Gegensatz zu den Beratungen im Budgetausschuß, wo vorwiegend die Fragen der Produktion und des Absatzes vom Standpunkt des Konsumenten eine Rolle gespielt haben, ist die jetzige Debatte in einer anderen Linie abgewickelt worden.

Ich kann es mir aber doch nicht ersparen, auch einige Worte zu den prinzipiellen Fragen der Landwirtschaft zu sagen. Die Hebung der Produktion wird bei uns etwa so durchgeführt, daß man sagen kann: Alle Wege führen nach Rom, aber wir gehen den weitesten.

Ich will bei der Kommissierung anfangen. Wie schleppend werden doch die Kommissierungen in den Ländern durchgeführt! Ich glaube, der Herr Abg. Strommer war es, der vom Herrn Finanzminister Mittel verlangt hat, damit für die Kommissierung die fehlenden Gelder zur Verfügung gestellt werden. Tatsache ist, was bei anderen Gelegenheiten schon oft festgestellt wurde, daß noch ein ganzes Jahrhundert ins Land ziehen wird, bis diese eminent wichtige Frage einer Lösung zugeführt sein wird. Ich sage das in diesem Zusammenhang deshalb, weil der Herr Abg. Dr. Scheuch sowohl im Budgetausschuß als auch heute hier im Haus darauf hingewiesen hat, daß durch Straßen- und Bahnbauten und verschiedene andere Dinge hunderttausende Hektar Grund der Bewirtschaftung entzogen werden. Nach seiner Meinung sind es nahezu 400.000 ha, also ein Ausmaß, das ungefähr so groß ist wie die Fläche des

2774 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951.

Getreideanbaues in unserem Land. Wenn man diesen Ziffern Glauben schenkt, dann müßte man natürlich umso mehr trachten, für diese verlorenen Gründe Ersatzgründe zu schaffen. Es ist nicht unbekannt, daß bei uns immer wieder das Schlagwort vom zehnten Bundesland gebraucht wird. Wir haben neun Bundesländer; aber nach den Ausführungen des Herrn Dr. Scheuch und nach der Verwirklichung seiner Pläne würden wir nicht zehn, sondern nur acht Bundesländer haben, wenn man das auf die Fläche der einzelnen Länder umrechnet.

Nun, Herr Minister, ich kann auch heute nicht umhin, an Sie wiederum einige Fragen zu richten. Ich habe dies schon im Budgetausschuß getan, aber sie sind dort nicht erschöpfend beantwortet worden. Ich habe mich ziemlich ausführlich mit dem Problem der Bodenreform beschäftigt und darauf verwiesen, daß der Herr Bundesminister bei der letzten Beratung des Budgets eingewendet hat, diese Frage könne derzeit nicht näher behandelt werden, weil ja ein großes Ausmaß von Gründen — Herr Dr. Gasselich hat es mit 108.000 ha angegeben — nicht von der österreichischen Regierung, sondern von der USIA bewirtschaftet wird. Mir ist bekannt, daß diese Gründe zum großen Teil an österreichische Pächter übergeben wurden, und ich habe mir daher die Frage erlaubt, wieviel von diesen Gründen noch in fremder Verwaltung ist und wie viele Grundstücke tatsächlich bereits von Pächtern oder überhaupt von Österreichern bewirtschaftet werden. Hiebei muß uns natürlich auch die Frage interessieren, welche Mittel zur Bewirtschaftung dieser Grundstücke aufgewendet wurden, denn die Pächter haben bekanntlich Bankkredite erhalten, für die der Herr Minister für Land- und Forstwirtschaft den Zinsendienst oder zumindest die Garantie übernommen hat.

Was nun die Bodenreform selbst anlangt, bedaure ich es sehr, daß in diesem Hause davon jetzt überhaupt keine Rede mehr ist. Die letzte einschneidende Besitzregelung in Österreich hat vor über hundert Jahren, im Jahre 1848, stattgefunden. Wir sind jetzt fast ein isoliertes Land, denn in unserer ganzen Umgebung haben sich auf diesem Gebiete — man kann sich zu der einen oder anderen Reform stellen, wie man will — wesentliche Veränderungen ereignet.

Wie notwendig eine solche Bodenreform ist, könnte man aus verschiedenen Gründen ableiten. Wir Sozialisten sind durchaus nicht der Meinung, daß man dem einen die Gründe wegnehmen und dem anderen geben soll, daß der Großgrundbesitz aufgelöst und zer-

stückelt werden soll, sondern man soll die Bodenreform in einer Form durchführen, die den volkswirtschaftlichen Interessen in unserem Land entspricht. Es ist nicht zu leugnen, daß es auch Großgrundbesitzer gibt, die selbst Hand anlegen, die ihre Wirtschaft selber betreiben, ja oft vorteilhaft betreiben. Daß man einen solchen Mann nicht dazu verurteilt, daß er sein Gut verliert, sodaß ihm überhaupt keine Existenzmöglichkeit bleiben würde, ist eine Selbstverständlichkeit. Aber gerade mein Freund Steiner hat gestern einige Beispiele angeführt und auf das große Mißverhältnis hingewiesen, das in der Viehhaltung zwischen den Klein- und Mittelbauern auf der einen Seite und den Großgrundbesitzern auf der anderen Seite besteht. Beim Rindvieh war es, glaube ich, in den Kleinbetrieben gegenüber den Großbetrieben, auf den Hektar umgerechnet, das Siebenfache.

Es fragt sich jetzt, ob unter diesen Umständen etwa die Behauptung aufrechterhalten werden kann, daß nur der Großgrundbesitz marktbeliefernd ist, oder ob nicht dadurch der Nachweis erbracht wird — besonders soweit es sich um Milch handelt, aber auch bei Fleisch —, daß der bäuerliche Betrieb einen wesentlichen Beitrag zu leisten hat. Was hier also mit der Bodenreform bezweckt werden soll, ist, daß überall in unserem Lande gesunde Besitz- und Bodenverhältnisse geschaffen werden.

Die letzte Statistik — ich will die Zahlen nicht wieder nennen, die bereits ein anderer Redner angeführt hat — ergibt, daß von 470.000 Landwirtschaftsbetrieben mehr als die Hälfte unter 5 ha haben, also Zwergbetriebe sind. Wir haben aber doch einige hundert Großgrundbesitzer, die mehr als 500 ha, und einige tausend, die mehr als 100 ha Besitz aufzuweisen haben, die also einen hohen Prozentsatz des Grundbesitzes ihr eigen nennen können.

Über das Entstehen dieses Großgrundbesitzes bei der Budgetdebatte zu sprechen erübrigt sich. Es soll aber an anderer Stelle, wie das ja öfter geschieht, diese Entstehungsgeschichte immer wieder aufgefrischt werden, und es soll die Bevölkerung, insbesondere die bäuerliche, daran erinnert werden.

Es ist sehr eigentümlich in unserem Lande: Vor unser aller Augen hat sich eine völlige Umwälzung in der Industrie vollzogen. Viele Aktiengesellschaften sind verschwunden, und an ihre Stelle ist der Staat getreten. Man spricht in diesem Zusammenhang vom „Reich Waldbrunner“. Herr Minister Kraus, sorgen Sie dafür, daß auf dem Gebiet der Landwirtschaft auch ein „Reich Kraus“ entsteht!

## 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951. 2775

Sie werden sich dadurch große Verdienste erwerben und bei der Bevölkerung, insbesondere bei der bäuerlichen Bevölkerung, Anerkennung finden. Wenn Sie einen besonderen Einblick haben wollen, dann gehen Sie in eine Volksversammlung im Burgenland und stellen Sie das Kapitel Bodenreform auf die Tagesordnung. In den zwei Bundesländern Burgenland und Niederösterreich ist die Bodenreform die brennendste Frage, und das ist ganz natürlich.

Wir wollen ja nur ein Rahmengesetz, weil wir wissen, daß die Verhältnisse in den einzelnen Ländern verschieden sind. Aber, Herr Minister, es gab noch keinen Redner Ihrer Partei — soweit wir das insbesondere bei Wahlen im Burgenland verfolgen konnten —, vom Herrn Bundeskanzler Figl angefangen, der sich nicht offen zur Bodenreform bekannt hat. Es gab auch noch keinen Landeshauptmann im Burgenland und keinen Agrarreferenten, der im burgenländischen Landtag den Mut aufgebracht hätte, gegen die Bodenreform zu stimmen oder auch nur gegen die Bodenreform zu sprechen. Im Gegenteil, vom burgenländischen Landtag liegen einstimmige Beschlüsse vor, in denen die Bundesregierung aufgefordert wird, ehestens zu veranlassen, daß ein derartiges Bodenreformgesetz geschaffen wird.

Bei den Pächterschutzangelegenheiten liegen die Dinge ähnlich. Die Schuld trägt der gewaltige Präsident Strommer, der in seiner Eigenschaft als Obmann des Landwirtschaftsausschusses einen den österreichischen Verhältnissen Rechnung tragenden Entwurf, der vom Justizausschuß des Parlamentes ausgearbeitet wurde, einfach sabotiert hat. Die Mehrheit hat es nicht zugelassen, daß dieser Entwurf behandelt wird.

Wenn wir nun über die Mechanisierung der Landwirtschaft reden, so müssen wir uns der Bedeutung von Maschinenstationen eingedenk sein. Da hat ja mein Freund Steiner geradezu glänzende Beispiele angeführt, wenn er gesagt hat, das Geld kann wenig und das Geld kann viel sein. Die Stellungnahme der Bauernschaft zu diesen Erfolgen haben, wie ebenfalls der Abg. Steiner ausgeführt hat, die Bauernkammerwahlen in Kärnten deutlich gezeigt. Das sollte eine Lehre für die anderen Bundesländer sein, damit diese nicht den Kopf in den Sand stecken und aus irgendwelchen Eifersüchteleien heraus eine gute Sache sabotieren. Im Niederösterreichischen Landtag hat beispielsweise unser Freund Tatzber einige Male einen derartigen Antrag eingebracht, der aber nicht die Zustimmung der Herren vom Bauernbund oder, wenn Sie wollen, der Österreichischen Volkspartei gefunden hat.

Ich habe in diesem Zusammenhang im Budgetausschuß — und ich wiederhole das deshalb, weil eine gewisse Klarstellung notwendig ist — darauf hingewiesen, daß bei der Landwirtschaftskammer Niederösterreich in Korneuburg draußen so eine Art Maschinenstation besteht, die sich allerdings vorwiegend mit der Ödlandkultivierung beschäftigt. Der Herr Minister hat mir in einem Zwischenruf gesagt, das sei von mir ein Irrtum, diese Maschinen gehörten dem Lagerhaus, und Präsident Strommer sagte wieder, auch die Kammer habe dort Maschinen. Herr Minister, ich habe hier eine Liste vom 3. Dezember 1950, ein Inventurverzeichnis über die bundeseigenen Kultivierungsmaschinen und Geräte, in der nicht weniger als 44 Maschinen und landwirtschaftliche Geräte einschließlich Autos, Lastkraftwagen usw. enthalten sind. Es würde zu weit führen, innerhalb dieser Debatte auf alle diese Dinge einzugehen, aber daß im Ministerium nicht bekannt ist, daß von ihm ein Jeep und ein paar Lastkraftwagen, Anhänger, Raupenschlepper und verschiedene andere Dinge woanders verwendet werden, das ist natürlich sehr verwunderlich. Man muß schon sagen, wir haben ja auch in Niederösterreich erst durch die Errichtung einer Kontrolle näheren Einblick in diese Dinge erhalten und bemühen uns, durch Besichtigung dieser Maschinenstelle genauer informiert zu werden.

Ich muß heute noch bei meiner im Budgetausschuß gestellten Behauptung bleiben, weil mir die Zahlen das bestätigen, daß im Vorjahr 660.000 S aus öffentlichen Mitteln in Form einer Subvention für diese Maschinenstelle aufgewendet wurden, während, was ich sehr bedaure, der Hilfescheck aus Kärnten bisher vollkommen überhört wurde. Es wäre doch an der Zeit, da dort wirklich praktisch gearbeitet wird und diese Einrichtung auch allen anderen Bundesländern nur zur Nachahmung empfohlen werden kann, daß man auch den Kärntnern entsprechende Mittel dafür zur Verfügung stellt.

Und nun ein paar Worte zu dem Kapitel ERP-Hilfe für die Landwirtschaft. Es wird noch einige Zeit dauern, bis man wirklich weiß, welche Ziffern gelten, welche falsch und welche richtig sind und wer die Hilfe verteilt. Während der Herr Minister vor zwei Jahren im Ausschuß, aber auch noch bei einer anderen Gelegenheit, als er sich mit diesem Kapitel beschäftigte, erklärte, man könne die Namen der Bezieher von ERP-Mitteln nicht herausgeben und es sei ohnedies im Ministerium dafür gesorgt, daß die Mittel einwandfrei vergeben werden, hat der Herr Minister bei der jetzigen Budgetberatung gesagt, daß das Ministerium auf die Vergebung der Mittel

2776 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951.

überhaupt keinen Einfluß hat, sondern daß für einen Teil eine Kommission besteht und alles andere die Landwirtschaftskammern in den Bundesländern verteilen. Der Herr Minister hat angegeben, daß bis heute die Mittel für Subventionen 445 Millionen und für Darlehen 128 Millionen Schilling ausmachen. Das sind also rund 600 Millionen Schilling. Ich habe eine Aufstellung, nach welcher diese Ziffer auf 800 Millionen Schilling kommt. Ich bringe sie nicht zur Verlesung. Ich behalte mir vor, die Sache noch einmal zu überprüfen, weil es ja wirklich kein Wunder ist, wenn hier Differenzen erscheinen. Ich habe zum Beispiel hier ein Elaborat, wonach für das Jahr 1950 137 Millionen Schilling bewilligt wurden und dann tatsächlich nur 112 Millionen Schilling flüssiggemacht worden sind. Darum ist es schon denkbar, daß es Differenzen in der Publikation gibt.

Aber, sehr geehrter Herr Minister, wenn auch eine Kommission besteht, die sich angeblich mit diesen Mitteln beschäftigt, so habe ich dennoch eine Bitte vorzubringen. Wenn in einer einzigen Kommissionssitzung für eine Liste im Umfange von etwa zehn Bogen, wobei es sich bei den angeführten Posten nicht um Einzelfälle handelt, sondern um die Zusammenfassung einer Anzahl Personen — ich habe so eine Liste, wo 805 Betriebe in einem Posten angeführt sind —, die Genehmigung verlangt wurde, dann kann man schon verlangen, daß ein bißchen ordnungsgemäßer mit diesen Zuteilungen umgegangen werden soll und daß man insbesondere einmal Gelegenheit haben muß, auch in die Dinge Einblick zu nehmen.

Ich bin seit Jahren in der niederösterreichischen Landwirtschaftskammer, aber es ist mir ganz neu, Herr Minister, daß die Kammer über diese Mittel verfügt. Ich hätte mir gedacht, daß es so wie beim Wiederaufbau wäre; beim Wiederaufbau besteht eine Kommission, die der Hauptausschuß gewählt hat. Bei uns wird aber jeder einzelne Fall im Ministerium geregelt, und die Höhe der Summe wird auf den Groschen genau bestimmt. Die Landwirtschaftskammer hat nur die Überweisung und die Vorarbeiten zu machen, und dafür bekommt sie zwei Prozent. Aber nach Ihrer Mitteilung bekommt die Kammer 20 Millionen Schilling — im Vorjahr waren es 18 Millionen Schilling — und vergibt sie. Das ist mir neu. Wir werden uns also in der Landwirtschaftskammer mehr um diese Dinge kümmern. Aber das hatte ich bis jetzt gar nicht für notwendig befunden. Im Voranschlag ist diese Ziffer nicht enthalten, aber im Rechnungsabschluß ist sie als eine Art Durchläufer vorhanden.

So kann es also nicht sein! Der Herr Minister sagt auf der einen Seite: Die Mittel werden im Ministerium vergeben; dabei brauchen wir — wie er in Vorarlberg gesagt hat — keine sozialistische Kontrolle und lassen eine solche nicht zu. Ein oder zwei Jahre später aber kommt nun die Mitteilung, daß das Ministerium überhaupt kein Entscheidungsrecht hat, sondern daß auf der einen Seite diese Kommission entscheidet und auf der anderen Seite die Landwirtschaftskammern schalten und walten, wie sie glauben. Das bedarf also ohne Zweifel einer wirklichen Regelung, um die ich den Herrn Minister besonders ersuche.

Wenn ich ein paar Worte zum Kapitel Weinbau sagen darf, so will ich nur mit Genugtuung feststellen, daß gestern der Referent die Annahme des Antrages für eine Kreditbeschaffung erwähnt hat. Ich kann dazu nur wiederholen, was ich im Ausschuß gesagt habe. Diese Kreditbeschaffung wird ja nur für einen ganz kleinen Kreis von Leuten gelten, weil es heißt, wer irgendein Nebeneinkommen hat, soll davon nicht beteiligt werden. Aber wichtiger ist, daß für das kommende Jahr die notwendigen Mittel für die Schädlingsbekämpfung beigelegt werden und daß rechtzeitig dafür gesorgt wird, daß diese Mittel auch vorhanden sind, damit einem Katastrophenjahr, wie wir es heuer in manchen Gebieten erlebt haben, vorgebeugt wird.

Der Herr Abg. Steiner hat heute von der Altersversicherung der Selbständigen in der Landwirtschaft gesprochen, und der Herr Präsident der landwirtschaftlichen Sozialversicherungsanstalt, der Abg. Scheibenreif, hat gestern beim Kapitel Soziale Verwaltung ebenfalls davon geredet und gemeint, diese Frage müßte zurückgestellt werden, bis die entsprechenden Mittel dafür vorhanden sind. Wer die Verhältnisse auf dem Lande kennt und insbesondere in kleinbäuerlichen Betrieben seine Beobachtungen machen konnte, wird gesehen haben, was sich da oft innerhalb einer Familie ereignet und daß das Sprichwort „Übergeben und nimmer leben“ am Lande noch immer seine volle Geltung hat. Wer ein Vertreter der Landwirtschaft sein will, muß auch den Mut aufbringen, zu verlangen, daß die Mittel herbeigeschafft werden, um eine solche Altersversicherung zu ermöglichen.

Mir ist vollkommen klar, daß man nicht einfach sagen kann: Eine Rente wollen wir haben, aber zahlen tun wir nichts, das Geld dafür sollen andere hergeben! So ist es nicht. Mein Freund Steiner hat das Beispiel vom Jagdpachtschilling gebracht. Nun, in Kärnten

## 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951. 2777

sind die Jagden anders als bei uns. Wir würden mit dem Jagdpachtschilling bei dem gegenwärtigen Wildstand nicht sehr viel anfangen können, während er dort ausschlaggebend ist. Aber es ist ganz Nebensache, aus welchen Titeln die Mittel kommen, die Hauptsache ist, daß sie aufgebracht werden. Herr Minister! Wir haben uns noch diese Woche im Finanz- und Budgetausschuß mit dem Finanzausgleichsgesetz zu beschäftigen und werden bei diesem Anlaß die Grundsteuer erhöhen. Die Bauern werden darüber nicht sehr erfreut sein, das kann ich mir schon jetzt vorstellen. Aber da hätte man eben schlauer sein und früher damit kommen müssen als der Herr Finanzminister. Denn wenn der Herr Finanzminister die Sache so macht, daß er sagt, das sei ja eine reine Gemeindesteuer und die Gemeinden bekämen nur dann etwas von den Ertragsanteilen an den gemeinsamen Steuern, wenn sie auch selbst ihre Reserven ausschöpfen, die noch 400 Prozent ausmachen, so ist das eine bedauerliche Sache. Ich habe schon oft darauf hingewiesen, daß alle unsere Einhebungen, angefangen von den Beiträgen zur Landwirtschaftskammer und zur Sozialversicherung bis zur Gemeindeumlage, auf die Grundsteuer zurückgehen.

Herr Minister, betrauen Sie einmal einen Beamten mit einer Berechnung! In den 470.000 landwirtschaftlichen Betrieben gibt es sicherlich 100.000 Besitzer, die neben ihrer Tätigkeit in der Landwirtschaft entweder im Gewerbe tätig sind oder als Angestellte, Arbeiter oder Pensionisten bereits von einer Sozialversicherung erfaßt sind. Aber eine große Zahl bleibt übrig. Es wäre an der Zeit, etwas zu unternehmen; denn wir müssen einmal anfangen zu zahlen, weil die alten Leute versorgt werden müssen.

Die Berechnung, die uns der Herr Abg. Scheibenreif vorgelegt hat, ist unannehmbar, weil niemand soviel bezahlen kann. Er hat gesagt, von 30 Jahren an wären soundsoviel Schilling, von 40 Jahren an soundsoviel Schilling Beitrag zu leisten, und mit 50 Jahren könne sich der Betreffende einkaufen. Da muß er aber ein recht gesunder Kerl sein, wenn er die Zeit erlebt, in der er die ersten 100 S bekommt. Bei der Krankenkasse muß ja auch der Gesunde für den Kranken zahlen, und bei der Altersversicherung müssen eben die Jungen für die Alten Beiträge leisten. Wir müssen daher mit einer Reserve anfangen.

Ich würde nun folgenden Vorschlag zur Debatte stellen: Wir haben laut unserem Wiederaufbaugesetz eine 50prozentige Umlage, die uns jährlich 25 Millionen Schilling einträgt. Das geht bis zum 31. Dezember 1954. Wenn wir diese 50 Prozent auf 100 Prozent erhöhen

und sie einem Fonds als Anfangsreserve für eine Altersversicherung zuweisen, die in fünf Jahren in Kraft treten soll und die natürlich auch die Alten berücksichtigen muß, dann werden wir, wenn wir 100 S als Grundlage nehmen, in einem Jahr 25 Millionen Schilling, in drei Jahren 75 Millionen Schilling und am Ende als Gesamtbetrag 175 Millionen Schilling Reserve haben. Bitte, mir geht das nur so durch den Kopf, ich weiß nicht, wie hoch die Summen sind, die man braucht. Aber anfangen müssen wir einmal damit. Herr Minister, das ist eine Angelegenheit, die in Ihr Ressort fällt. Auf diesem Gebiet können Sie sich Verdienste erwerben. Wenn Sie das in die Wege leiten, kann Ihnen dafür ein Denkmal errichtet werden.

Ich möchte, da meine Redezeit abgelaufen ist, nur noch den Wunsch äußern, daß bei der Einführung der obligatorischen Schule für die Landwirtschaft nicht ein zu strenger Maßstab angelegt wird, damit es uns nicht wie bei der Kommassierung ergeht und die obligatorische Schule erst in hundert Jahren Wirklichkeit wird. Je eher und früher wir dieses Ziel erreichen, umso besser ist es, weil die berufliche Ausbildung in der Schule für die Modernisierung und Intensivierung unserer Landwirtschaft eine Notwendigkeit ist.

Wir werden für dieses Kapitel stimmen.  
(Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. Hartleb: Hohes Haus! Die Agrarpolitik hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Agrarwirtschaft in der Lage ist, ihre Pflichten gegenüber der Allgemeinheit zu erfüllen, damit auf diese Weise, soweit es auf Grund der Anstrengungen der inländischen Landwirtschaft überhaupt möglich ist, die Ernährungslage des eigenen Volkes gesichert wird. Man müßte also annehmen, daß die Handlungen, die eine Regierung auf dem Gebiet der Agrarpolitik setzt, in erster Linie Handlungen sein sollen, die eine Förderung der Produktion und eine Steigerung der Erträge mit sich bringen. Wenn wir aber das, was sich bei uns in Österreich als Agrarpolitik tut, betrachten, dann müssen wir feststellen, daß es nichts anderes ist als eine Aneinanderreihung von Zwangsmaßnahmen, die erkennen lassen, daß diese Regierung nicht den Glauben besitzt, daß sie in freiwilliger Zusammenarbeit mit der landwirtschaftlichen Bevölkerung Erfolge erzielen kann.

Die Landwirtschaft ist der einzige Zweig unserer österreichischen Wirtschaft, der Zwangsmaßnahmen ertragen muß, von der Preisregelung angefangen bis zu den Marktregelungen, Zwangsmaßnahmen, die bei den anderen Zweigen nicht vorhanden sind, die

2778 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951.

sich aber auch kein anderer Zweig gefallen lassen würde, zumindest nicht in der Form, wie es bei uns derzeit üblich ist; angefangen damit, daß die Menschen, die das Recht für sich in Anspruch nehmen, in Österreich die Preise für die Landwirtschaft zu regeln, darauf vergessen, daß mit diesem Recht auch die Pflicht verbunden ist, dafür Sorge zu tragen, daß die Preise so geregelt werden, daß es nicht zu einer Verzerrung des Preisgebäudes kommt, was nicht nur ein schweres Unrecht gegenüber den Menschen in der Landwirtschaft darstellt, sondern auch alle jene schädlichen Wirkungen bringt, über die in diesem Hause schon so oft und so ausgiebig gesprochen worden ist.

Wir haben im Juli vorigen Jahres drei Wirtschaftsgesetze beschlossen. Diesen Wirtschaftsgesetzen war die Aufgabe zugeordnet, Vorsorge dafür zu treffen, daß auf dem Gebiet der Milchwirtschaft, der Viehwirtschaft, der Fleischwirtschaft sowie auf dem Gebiete der Getreidewirtschaft Krisen vermieden werden. Wie sich diese Gesetze bewährt haben, darüber brauche ich nicht lange zu reden. Wir alle wissen, daß kaum ein Jahr später in Österreich eine Fleischkrise eingetreten ist, wie wir sie früher nie gekannt haben. Wir alle wissen auch, daß wir immer wieder Krisen in der Versorgung mit Milch und Molkereiprodukten zu verzeichnen haben. Die Regelungen, die von den Kommissionen, welche durch diese drei Gesetze geschaffen worden sind, getroffen wurden, haben bei Gott keine Erfolge erzielt. Was sie herbeigeführt haben, ist eine grenzenlose Verbitterung bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die nicht verstehen kann und nie verstehen wird, daß es notwendig sei, zu verbieten, daß ein Bauer jemandem, der in seiner Nachbarschaft wohnt, einen Liter Milch abgibt, ohne dafür einen Obolus an irgendeine Zentralstelle zu entrichten, oder daß ein Bauer seine Milch nicht mehr zu Butter verarbeiten darf, daß er auch nicht ein oder zwei Kilogramm — nicht an den Schleichhandel, sondern für den Eigenbedarf irgendeines Mitbewohners im Dorf — abgeben darf, weil es den Hohen Herren, die da lenken, so vorkommt, als ob es ohne diesen viel zu weitgehenden Zwang nicht gehen würde. Was ich in diesem Hause schon wiederholt festgestellt habe, das muß man immer wieder wiederholen.

Man braucht kein Feind einer Lenkung zu sein, um doch dem ablehnend gegenüberzustehen, was in Österreich vor sich geht. Ich habe des öfteren erklärt, daß eine gelenkte Wirtschaft sicher erträglich sein kann und daß sie unter Umständen vernünftiger als das freie Spiel der Kräfte ist, von dem andere schwärmen. Aber das setzt voraus, daß die-

jenigen, welche lenken, auch lenken können. Wenn diese versagen und wenn derjenige, der den Karren lenken soll, einmal links und einmal rechts im Straßengraben landet, dann pfeift das Volk mit Recht auf eine solche Lenkung und sagt: Wenn ihr nicht lenken könnt, dann laßt es bleiben! Vielleicht renkt sich die Wirtschaft von selber besser ein, als ihr sie einrenken könnt!

Wenn wir in der letzten Zeit beispielsweise auf das Land hinausgegangen sind, so sahen wir dort Plakate hängen, durch die den Bauern kundgemacht wird, daß es nun verboten ist, Butter im Bauernhaus zu erzeugen und an Verbraucher für den Eigenbedarf abzugeben. Das wird damit begründet, daß ja genug Molkereibutter vorhanden sei. Wenn man dann nach Wien zurückkehrt und mit den Wienern redet, so erfährt man, daß die Konsumenten in Wien keine Butter kriegen, weil eben keine da ist. (*Abg. Dr. Herbert Kraus: Nicht nur in Wien!*)

Beide Dinge gehen von der Regierung aus. Was ist nun richtig? Ist die Butter da oder ist sie nicht da? Beides kann nicht richtig sein. Eines von beiden ist eine Lüge, eine Täuschung der Menschen draußen oder herinnen! (*Abg. Draxler: Das ist nicht nur in Wien so! Das finden Sie auch in Tirol und Vorarlberg! — Abg. Dr. Herbert Kraus: Und in Salzburg!*) Jawohl, ich bestreite das auch gar nicht. Aber da soll man nicht groß plakatieren, daß genug Molkereibutter da ist. Wenn man es tut und wenn es offenkundig ist, daß das unrichtig ist, dann fragen sich die Menschen: Ja, sind wir denn nur dazu da, um von der Regierung und ihren Stellen mit solchen Kundmachungen gefrotzelt zu werden? Das ist sicher nicht im Interesse der Herstellung eines Vertrauensverhältnisses zwischen dem Volk und der Regierung.

Wenn wir uns auf der anderen Seite fragen, was die österreichische Regierung tut, um die Versorgung der österreichischen Landwirtschaft so zu gestalten, daß ihre Produktion erleichtert und gefördert werden könnte, dann können wir ebenfalls ganz eigenartige Feststellungen machen. Ich möchte da einige Fragen anschneiden, die meines Wissens in der Debatte noch nicht angeschnitten worden sind.

Da haben wir einmal die Versorgung der österreichischen Landwirtschaft mit Eisen. Eisen und Stahl sind Sachen, die wir in Österreich in einem solchen Ausmaße erzeugen, daß wir in der Lage sind, sie im großen Stil zu exportieren. Wenn nun ein Eisenhändler Eisen bestellt, dann bekommt er nur einen Bruchteil dessen, was er verlangt hat. Es wird ihm aber zu verstehen gegeben, daß es möglich wäre, zur Ergänzung Importeisen zu

## 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951. 2779

kaufen. Da der Bedarf vorhanden ist, geschieht das dann auch, nur wird dazu bemerkt, daß dieses Importeisen selbstverständlich teurer als das im Inland erzeugte ist. Das Importeisen wird geliefert, und es wandert vor allem dann in die kleinen Orte, wo die kleinen Bedarfsträger, die Kleingewerbetreibenden und die Bauern dieses Eisen kaufen müssen — selbstverständlich zu den höheren Preisen für Importeisen. Und damit nun ja kein Zweifel darüber besteht, daß es sich um importiertes Eisen handelt, kann man bei genauer Besichtigung der einzelnen Bunde feststellen, daß da und dort ein Stück mit eingebunden ist, auf dem eingeprägt ist „Donawitz“. (Heiterkeit.)

Das ist eine Sache, die sehr ernst ist. Wenn man die Preise vergleicht, dann nimmt man zum Vergleich mit den agrarischen Produkten nicht die Importpreise für dieses geschwindelte Importeisen, sondern man nimmt die offiziellen Eisenpreise, zu denen aber der Bauer kein Eisen bekommen kann. Es wäre angezeigt, wenn sich die Menschen, die sich mit der vergleichenden Statistik befassen, auch dafür interessieren würden, wie die Statistiken dann ausschauen, wenn man diese richtigen, praktisch angewendeten Eisenpreise einsetzt.

Es würde auch sehr interessant sein, wenn uns der zuständige Minister auf Grund einer Untersuchung hier im Hause einmal erzählen würde, wie sich die Exportpreise für landwirtschaftliche Maschinen zu jenen Preisen verhalten, die der inländische Bauer für dieselbe Maschine zahlen muß. Wir werden dann feststellen können, daß auch auf diesem Gebiet ein Dumping besteht, das den inländischen Bauern zwingt, wesentlich höhere Preise für dieselbe Maschine zu zahlen, als der Preis ist, zu dem sie in das Ausland geliefert wird.

Und wenn man dieselbe Untersuchung bei den Erzeugnissen der Stickstoffwerke in Linz anstellen würde, dann würde man neuerlich feststellen, daß der Stickstoffdünger österreichischer Herkunft, ein unentbehrliches Mittel für die Steigerung der Produktion, im Ausland billiger gekauft wird, als ihn der österreichische Bauer bezahlen muß.

Und wenn wir wissen, wie die Vorsorge unserer Regierungsstellen auf dem Gebiete der Futtermittel aussieht, wie man es verabsäumt hat, rechtzeitig dafür Sorge zu tragen, daß dieser Grundstoff für die Veredlungswirtschaft in der Landwirtschaft in ausreichendem Ausmaße vorhanden ist, dann hat man an diesen paar Beispielen wahrlich schon genug. (Abg. Dr. Gschnitzer: Die Landwirtschaft muß anfangen, „Importmehl“ zu erzeugen! — Heiterkeit.)

Vielleicht ist es noch gut, zu erwähnen, daß es auch noch etwas anderes gibt, was zu einem solchen Vergleich geradezu herausfordert: den Umstand, daß die österreichische Bauernschaft für das Viehsalz um 100 Prozent mehr zahlen muß, als der Preis beträgt, zu dem der österreichische Staat das Speisesalz in das Ausland liefert. In der letzten Zeit hat man eine „großzügige“ Hilfsaktion für die Gebirgsbauernschaft in die Wege geleitet, indem man sich entschlossen hat, verbilligtes Viehsalz abzugeben. Wenn die Menschen, die sich das zurechtgelegt haben, sich einbilden, damit mehr getan zu haben als die Landwirtschaft bloß zu verhöhnen, dann irren sie. Die ganze Verbilligung des Viehsalzes macht, auf den Gebirgsbauernhof gerechnet, pro Jahr 4·80 S aus. Wenn jemand meint, daß das mehr ist als Hohn, daß das eine wirkliche Hilfe bedeute, dann kann ich ihn nur bedauern.

Wir haben es erlebt, daß man auf der anderen Seite, ohne zu fragen, wo der Bauer das Geld hernehmen soll, Steuern erhöht. Ich habe am 25. Juli hier ausführlich darüber gesprochen, habe allerdings feststellen müssen, daß in einer jüngst erschienenen Broschüre wieder Behauptungen über die Steuerleistungen der Landwirtschaft enthalten sind, die der Wahrheit geradezu ins Gesicht schlagen. Dies kann mich nicht veranlassen, das zu wiederholen, was ich damals gesagt habe; es ist ja im stenographischen Bericht enthalten und kann dort jederzeit nachgelesen werden.

Wir haben es erlebt, daß die Sozialversicherungslasten in der Landwirtschaft, die in der Vorkriegszeit pro Kopf — wenn man auf den Bezug von Krankengeld verzichtet hat — 3·60 S ausgemacht haben, nunmehr auf über 90 S, also auf mehr als das 25fache gestiegen sind. Von dieser Tatsache spricht niemand! Wenn aber die Eierpreise auf das 7fache gestiegen sind, dann wird das als die Rettung der Landwirtschaft und als der Ausweg, der den Bauern gegeben ist, um alle seine vermehrten Ausgaben zu bestreiten, hingestellt und gepriesen.

Wir müssen es schließlich erleben, daß uns eine Vorlage in diesem Haus in der nächsten Zeit zur Beratung zur Verfügung stehen wird, die sich mit der Kinderbeihilfe in der Landwirtschaft befaßt, und wir sehen dabei wieder einmal etwas ganz Einzigartiges: daß es nämlich, wenn die Vorlage in der Form angenommen wird, wie sie die Regierung vorgelegt hat, eine Unzahl von Gebirgsbauern geben wird, die zwar eine neue Belastung auf sich nehmen müssen, aber keinen Anspruch auf die Kinderbeihilfe haben werden. (Abg. Dipl.-Ing. Pius Fink: Das kommt nicht, Herr Kollege Hartleb!) Es stimmt leider, Herr

2780 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951.

Ing. Fink! Ich bin bereit, mich jederzeit mit Ihnen zusammensetzen und Ihnen zu beweisen, daß es so ist. Ich muß nur bedauern . . .  
(*Abg. Dipl.-Ing. Pius Fink: Ich wollte nur sagen: Die Vorlage kommt nicht!*)

Ich bitte, das Mißverständnis zu entschuldigen. Aber es beweist ja auch nur, daß dann vielleicht doch einmal der Fall eintritt, daß eine böse Absicht der österreichischen Regierung am Widerstand ihrer eigenen Partei gescheitert ist. (*Heiterkeit.*) Bisher haben wir das noch nicht erlebt.

Wenn wir die anderen Vorsorgen für die Landwirtschaft ins Auge fassen, wenn wir beispielsweise sehen, wie es mit unseren landwirtschaftlichen Schulen aussieht, dann muß ich sagen, daß man da, zumindest in einzelnen Bundesländern, ganz eigenartige Zustände verzeichnen kann. In dem einen Bundesland gibt es eine verhältnismäßig hohe Zahl von landwirtschaftlichen Fachschulen. Ich bitte — damit ich richtig verstanden werde — hier ja nicht die Fortbildungsschulen mit den Fachschulen zu verwechseln. In einem anderen Bundeslande hat man systematisch die Fachschulen abgebaut und eingehen lassen und dafür dann etwas gezüchtet, was keine Fachschule ist; denn wenn ich Volksschullehrer zu Kursen zusammenrufe und sie drei Wochen drille, dann sind sie noch lange nicht in der Lage, Fachschulunterricht zu erteilen, sondern sie werden im besten Falle die Elementargegenstände wiederholen können, was ich an sich ja nicht verurteile. Aber eine Fachschulbildung durch solche Fortbildungsschulen zu vermitteln ist ein Trug, das geht nicht; und wenn man dann davon spricht, daß dies ein Aufwand für die Förderung der Landwirtschaft ist, so ist das wieder nicht wahr. Man könnte höchstens sagen, daß diese Kurse dazu dienen, um Volkstum zu pflegen, um, sagen wir, das Rechnen und das Schreiben nicht vergessen zu lassen und um in vielen Fällen für eine Partei Stimmung zu machen, die in der Regierung das Heft in der Hand hat. Fachschulen werden Sie durch diese Schulen nie ersetzen können. Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß dieser Zustand auf die Dauer nicht ertragen werden kann, sofern man es mit der Steigerung der Produktion in der Landwirtschaft ernst meint. Das kann man aber nur dann erhoffen, wenn den Leuten das Fachwissen vermittelt wird.

Ich möchte noch auf eine andere Sache hinweisen, die ebenfalls immer — ich weiß nicht, ob absichtlich oder unabsichtlich — vernachlässigt wird. Wenn man von Preiskalkulation in der Landwirtschaft spricht,

bedenkt man eines nicht: Wer die österreichische Bauernschaft und auch die Verhältnisse auf dem Lande kennt, der wird wissen, wie viele hunderttausende Häuser es gibt, die seit Jahrhunderten stehen und bei denen es höchste Zeit wäre, sie zu erneuern. Dort wohnen die Menschen in Löchern, die nicht einmal den Mindestansprüchen in bezug auf die Gesundheit entsprechen. Es fehlt das Licht, es fehlt die Luft; es fehlt aber auch das Geld, um an die Stelle dieser alten Burgen etwas anderes hinzustellen. Wenn man nicht endlich daran denkt, daß es auch in der Landwirtschaft notwendig ist, für diesen Zweck einmal Mittel zur Verfügung zu haben, und wenn der Staat sie nicht selber aufbringen will, dann muß er es den einzelnen ermöglichen, für diese Zwecke etwas auf die Seite zu legen.

Genau dasselbe ist es bei den Wegen. In der Stadt und in den verkehrsreichen Gebieten denken die Menschen ja gar nicht daran, daß ihnen der Staat die Wege ebnet. Dort jammern sie, wenn es einmal in ihrer Gasse staubt, und sie jammern meiner Ansicht nach mit Recht. Daß aber draußen in den entlegenen Gebieten die elendigsten Wegverhältnisse herrschen und daß bei den gegebenen Zuständen die Gemeinden heute nicht in der Lage sind, eine Besserung herbeizuführen, weil sie selber die Mittel einfach nicht haben, weil der Bund sie ihnen nicht gibt und die Länder sie ihnen auch nicht geben können, das wird eben übersehen.

Was wir auf dem Gebiete der Vorsorge für die Beschaffung der notwendigen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft erlebt haben, kann man mit einem Satz sagen: Es ist hie und da davon geredet worden. Das war aber auch alles. Wir haben auch erlebt, daß immer dann, wenn jemand die Meinung äußerte, es werde wohl notwendig sein, da unter Umständen einen gelenkten Zwang auszuüben, gleich Leute aufgestanden sind, die von Sklaverei sprachen und die Menschenrechte zitierten, um zu verhindern, daß ja nicht etwa ein junger Mensch veranlaßt wird, eine bestimmte Anzahl von Jahren in der Landwirtschaft mitzuhelfen, das tägliche Brot zu schaffen. Da spricht man von Sklaverei! Für die Menschen aber, die draußen sind und die ja länger arbeiten müssen, je mehr sich die Zahl der arbeitenden Menschen draußen vermindert, ist es keine Sklaverei. Dort hält man das für eine Selbstverständlichkeit!

Es wird immer groß von den Subventionen gesprochen, die die Landwirtschaft bekommt. Ich möchte auch dazu etwas sagen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß gerade die Ärmsten von den Subventionen nichts haben; denn



in der Regel wird das System angewendet, daß bei irgendeiner Anschaffung oder Aufwendung nur der in Form einer Subvention eine Beihilfe bekommt, der in der Lage ist, den anderen Teil selber aufzubringen. Nun ist es bekanntlich heute so, daß Kredite oder Darlehen für die Bauernschaft überhaupt nicht möglich sind. Und wenn einer nichts hat, dann bekommt er auch die Beihilfe nicht. Mit diesem System wird also in erster Linie immer wieder nur jenen geholfen, die schon etwas haben, die sagen können: 80 oder 60 Prozent bringe ich selber auf, wenn ich die fehlenden 20 oder 40 dazubekomme! Wer das nicht aufbringt, hat auch von der Subvention nichts. Das ist ein System, das man nur als notwendiges Übel gelten lassen kann, das aber nicht gesund ist. Es wäre viel gesünder, wenn man auf alle Subventionen verzichten würde, wenn der Staat die Aufgaben, die ihm zustehen und die im Allgemeininteresse liegen, auf sich nehmen und den einzelnen Bauern Preise zugestehen würde, die sie in die Lage versetzen, auf Subventionen überhaupt zu verzichten.

Ich möchte jetzt noch ein paar Worte zum Kapitel Wald sagen. Es gibt Menschen, die, wenn sie eine Ansammlung von Bäumen vor sich haben, nur den Wald sehen, und es gibt andere, die im selben Fall nur das Holz sehen. Das sind zwei verschiedene Dinge. Der eine denkt nur ans Schlägern und an die Einnahmen, die aus diesem Holz zu schaffen sind. Der andere ist sich des Umstandes bewußt, daß der Wald eines der wertvollsten Güter ist, die unser Volk überhaupt besitzt. Zum Glück gehört der weitaus größte Teil aller Bauern zur letzten Gattung. Sie schlagern nicht gerne, sie greifen erst dann zum Holz, wenn sie dazu gezwungen werden, wenn man ihnen Aufgaben aufzwingt, die sie anders als durch Holzschlägerung nicht bestreiten können.

In der letzten Zeit ist immer wieder von Überschlägerungen im österreichischen Wald die Rede. Es wird vor allem immer wieder so getan, als ob in der Zeit der NS-Herrschaft die österreichischen Wälder geplündert worden wären. Ich erkläre Ihnen, daß ich diese Ansichten für Märchen halte. Sie stimmen nicht. Ich werde Ihnen auch sagen, warum ich dieser Meinung bin. Die Überschlägerungen, die man der NS-Zeit andichtet, sind auf eine ganz eigenartige Weise zustand gekommen. Damals waren die Zwangsvorschreibungen, das heißt, der und der hatte die und die Menge zu schlagern. Es waren aber die Arbeitskräfte nicht da, um die Schlägerungen in diesem Ausmaß durchzuführen. Das weiß ich positiv. Um nun den Behörden gegenüber nicht in Verlegenheit zu kommen, sind dann Schlägerungen gemeldet worden, die mit der Wirklichkeit gar nicht

übereinstimmen. Und auf diese falschen Meldungen baut sich eine falsche Statistik und auf diese falsche Statistik eine falsche Theorie Ihrer Partei auf. (*Abg. Horn: Aber jetzt haben Sie Märchen erzählt!*) Nein, Herr Horn, das ist kein Märchen. Ich mache Ihnen einen Vorschlag. Diese Dinge lassen sich überprüfen. (*Ruf bei den Sozialisten: Wie denn?*) Vergleichen Sie einmal die Schlägerungsmeldungen einiger Dutzend größerer Waldbesitzer aus der damaligen Zeit mit den Büchern dieser Besitzer, und Sie werden sehen, daß sie viel weniger Holz verkauft haben, als sie den Behörden gemeldet hatten. Sie brauchen auch gar nicht so weit zu gehen. Sie brauchen nur die Arbeitsämter zu fragen, ob sie in den letzten Jahren des Krieges in der Lage waren, auch nur annähernd die Holzknechte beizustellen, die für diese Schlägerungen gebraucht worden wären! (*Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.*)

Diese Dinge, glaube ich, muß man berücksichtigen, wenn man das Schlagwort von der Überschlägerung richtig beurteilen will. Ich habe hier schon einmal erklärt, daß meiner Ansicht nach das Unterbleiben von Aufforstungen vielleicht einen ebenso großen, wenn nicht einen größeren Schaden als die tatsächlichen Überschlägerungen verursacht. (*Präsident Dr. Gorbach gibt erneut das Glockenzeichen.*)

Ich muß aber doch den Satz zu Ende reden können! Ich weiß nicht, ob bei allen anderen Rednern ein so strenger Maßstab angewendet wurde.

**Präsident Dr. Gorbach:** Herr Kollege, ich bitte Sie, da Ihre Zeit vor einer Minute abgelaufen ist, zum Ende zu kommen. Wir haben es diesmal durchwegs objektiv bei allen Parteirednern außerordentlich genau genommen. Das Haus wird mir das bestätigen können. (*Zustimmung.*)

**Abg. Hartleb (fortsetzend):** Ich werde mich diesem Zwange fügen und mir so helfen, daß ich mich noch einmal zum Wort melde. Ich werde Ihnen dann alles sagen, was ich jetzt nicht mehr sagen kann. (*Heiterkeit. — Beifall beim KdU.*)

**Abg. Eichinger:** Hohes Haus! Ich möchte mich vorerst mit einigen Ausführungen meiner Vorredner beschäftigen und auf die Äußerungen des Herrn Abg. Schneeberger eingehen, der erklärte, daß es die Bauernschaft sei, die immer gegen die Sozialversicherung in der Landwirtschaft auftrete. Ich muß das deshalb ganz energisch zurückweisen, weil ich feststellen kann, daß es nur die Bauernschaft war, die die landwirtschaftliche Sozialversiche-

2782 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951.

rung ins Leben gerufen hat. Ich muß weiters auch noch feststellen, daß sich die Landwirtschaft nach dem Kriege, nach 1945, bemüht hat, die Sozialrenten der Landarbeiter auf jene Höhe zu bringen, die denen aller anderen Sozialrentner im Staate entspricht.

Ich möchte hier im Namen der Bauernschaft Österreichs und im Namen meiner Partei die Feststellung machen, daß wir allen den schwersten Kampf ansagen, die sich anschicken wollen, unsere Sozialrenten herunterzusetzen. Wir Bauern wissen ganz gut, daß von der Gleichstellung der Sozialrenten unserer Landarbeiter mit denen der anderen Arbeiter das Wohl und Wehe unserer Landarbeiter abhängt.

Der Herr Abg. Mentasti hat dann bezüglich der Bodenreform eine Forderung gestellt. Er hat hier erklärt, der Herr Minister habe einmal zur Antwort gegeben, daß die Bodenreform in Österreich erst dann durchgeführt werden könne, wenn die Besatzungsmächte Österreich verlassen hätten. Nun, dem ist so. Wenn ich aber ein Wort zur Bodenreform sagen will, so muß ich mitteilen — und bitte, nehmen Sie das zur Kenntnis —, daß seit dem Jahre 1945 in Österreich ohne Gesetz eine Bodenreform im Gange ist, die bisher 4000 ha Grund und Boden in bäuerlichen Besitz übergeführt hat. Selbstverständlich steht die Österreichische Volkspartei auf dem Standpunkt, daß die Bodenreform nicht in der Weise durchgeführt werden kann, daß man jemandem den Grund und Boden unbezahlt wegnimmt. Auch unsere Bauernschaft steht auf dem Standpunkt, daß sie niemals ein Stück Grund übernehmen würde, das nicht richtig nach den vorgeschriebenen Preisen bezahlt ist. Wir werden auch in Zukunft immer diesen Standpunkt einnehmen. Wir werden aber sicherlich zur rechten Zeit von unserer Seite Anträge einbringen, wenn Österreich einmal völlig frei ist und man durch ein passendes Gesetz diese Reform durchführen kann. *(Ruf bei den Sozialisten: Wenn es einmal ein gutes Geschäft ist, ist die ÖVP sicher dafür! — Weitere Zwischenrufe.)*

Präsident Dr. Gorbach: Bitte keine Zwischengespräche!

Abg. Eichinger *(fortsetzend)*: Ich möchte zur Antwort geben: Derzeit steht die österreichische Bundesverfassung noch auf dem Boden des Eigentumsrechtes, und das wird auch in Zukunft von uns bis zum letzten verteidigt werden. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe.)*

Es wurde hier auch gesagt, manche bearbeiten den Grund und Boden nicht gut, und es wäre auch deswegen notwendig, einzuschreiten. Nun, Hohes Haus, wir kennen

dieses Einschreiten schon aus der vergangenen Ära. Wir kennen das Landbewirtschaftungsrecht und wissen, wie es sich ausgewirkt hat. Wir werden uns daher hüten, derartige Maßnahmen ergreifen zu wollen, wenn jemand momentan vielleicht gerade seine Gründe nicht ganz so bewirtschaftet, wie es dem anderen gefällt. Im ganzen gesehen stehen wir von der Österreichischen Volkspartei auf dem Standpunkt, daß jedes Grundstück bebaut und abgeerntet werden muß und daß die Ernte zur Verfügung zu stellen ist.

Der Herr Abg. Mentasti hat auch über das Pächterschutzgesetz gesprochen und hat hier den Herrn Minister und den Herrn Kammerpräsidenten Strommer angegriffen. Wir haben ein brauchbares Pächterschutzgesetz in Österreich. Es hat nur den einen Schönheitsfehler, daß es noch aus der deutschen Ära stammt. Es wurde einigermaßen abgeändert und entspricht unseren Verhältnissen vorläufig ganz gut. *(Abg. Rosenberger: So, so!)*

Ich muß Ihnen hier noch sagen: Wir müssen die Frage des Pächterschutzes von zwei Seiten beleuchten. Der Pächter muß geschützt werden, weil es eine große Härte für ihn bedeuten würde, wenn er momentan abtreten müßte. Es muß aber in manchen Fällen auch Grund wieder zurückgegeben werden, weil sonst überhaupt niemand mehr ein Stück Grund verpachten würde.

Ich gebe Ihnen dazu einige Beispiele: Woher stammt heute der größte Teil der Grundstücke, die verpachtet werden? Meist von bäuerlichen Betrieben, wo die Söhne im Krieg gefallen und die Eltern nicht mehr in der Lage sind, diese Grundstücke zu bewirtschaften. Oder von irgendeiner Tochter sind Kinder da. Die Leute warten also, bis die Kinder groß sind, und solange wird dieser Grund verpachtet. Es wäre eine furchtbare Härte, wenn es infolge eines Gesetzes nicht mehr möglich wäre, später diese Grundstücke wieder zurückzubekommen. Niemand wird mehr ein Stück Grund verpachten, wenn er nicht die Sicherheit hat, es im gegebenen Augenblick wieder zurückzubekommen. Der Pächterschutz ist also auch von dieser Seite her zu betrachten. Wir haben bisher immer die größten Härten abgebogen und wir haben bewiesen, daß es möglich ist, mit unserem Gesetz Pächterschutz zu betreiben.

Der Herr Abg. Mentasti hat den Herrn Minister aufgefordert, sich ein Beispiel an den Maschinenhöfen in Kärnten zu nehmen. Ich war auch in Kärnten und habe diese Sache studiert, denn wir sind für jede gute Sache. Wenn etwas gut und brauchbar ist, dann ist der österreichische Bauer der letzte, der sich dagegenstellt. Ich möchte dazu bemerken,

72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951. 2783

daß mir gesagt worden ist: Ja bitte, es sind da in verschiedenen Dörfern Maschinenhöfe errichtet worden, die Mittel werden vom Lande beigestellt. Was für uns aber auch sehr interessant ist, ist die Tatsache, daß dort auch Leute angestellt, — ich weiß nicht — vielleicht sogar auch pragmatisiert werden. *(Zwischenrufe bei den Sozialisten.)* Nun ist dazu von uns aus folgendes zu sagen: Als Bauer weiß ich, daß diese Maschinenhöfe nicht das ganze Jahr tätig sein können *(Zwischenrufe — Abg. Horn: Schauen Sie sich das erst an, dann sprechen Sie! — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen)*, daß aber die Leute, die dort beschäftigt sind, bezahlt werden müssen. Wer das bezahlt, ist eine andere Frage. Wir haben auch hier in Niederösterreich ganz brauchbare Einrichtungen. Wir haben Maschinengenossenschaften, Traktorengenossenschaften, Traktorengemeinschaften usw. Sie haben sich bisher sehr gut bewährt. Es ist aber sicher, daß die Bauernschaft die Maschinen am liebsten im Eigentum hat.

Zur Frage der Landwirtschaftsmaschinen muß ich als Bauer leider noch mitteilen, daß die Maschinen, die von der Industrie erzeugt werden, für unsere Verhältnisse viel zu teuer sind. Diese Maschinen können von der Landwirtschaft selten länger als 14 Tage im Jahr benützt werden, daher ist der Anschaffungspreis immer zu hoch. *(Abg. Rosenberger: Daher Maschinenhöfe!)*

Es ist hier auch das Wort „Altersrente in der Landwirtschaft“ ausgesprochen worden. Ich muß dazu Stellung nehmen, da ich ja selbst als Bauernvertreter in Versammlungen bei den Bauern draußen spreche und auch dort diese Frage aufzeige. Ich fühle mich als Demokrat und beuge mich einem Beschluß, der in Versammlungen gefaßt worden ist. Wenn dort beschlossen werden sollte: „Es muß die Altersrente für die berufsständigen selbständigen Landwirte auf schnellstem Wege eingeführt werden!“, dann werde ich der erste sein, der innerhalb meiner Partei einen diesbezüglichen Antrag stellt. Ich möchte Ihnen aber folgendes sagen: Wenn Sie zur Landbevölkerung hinausgehen und draußen von der Altersrente sprechen, dann müssen Sie den Bauern auch etwas über den Kostenpunkt sagen. *(Abg. Rosenberger: Das tun wir ja!)* Sagen Sie ihnen genau, wieviel neue Schreibische errichtet werden müssen, wieviel neue Schreibmaschinen angeschafft werden müssen, wieviel Dienstautos notwendig sind usw.! Wenn Sie das den Bauern sagen und ihnen zum Schluß mitteilen: „Das mußt du auch bezahlen!“, dann wird er sagen: „Da brauchen wir keine Altersrente!“ Ich richte aber hier an meine Freunde von der Linken

die Aufforderung: Helfen Sie uns, daß wir vom Staate beträchtliche Mittel bekommen! Dann sind wir gerne bereit, die Frage der Altersrente zu behandeln.

Herr Vizekanzler Hartleb hat sich auch mit unseren Fragen beschäftigt, und er hat auch das Problem des landwirtschaftlichen Schulwesens angeschnitten. Er hat das Fortbildungsschulwesen, das jetzt in verschiedenen Ländern gesetzlich eingeführt wurde, behandelt. Wir sind ganz Ihrer Meinung, Herr Kollege Hartleb, daß dieses Fortbildungswesen nicht das Allheilmittel ist, aber wir sind auch der Meinung, daß wir doch die Elementarschule mit verschiedenen Neuerungen noch einmal wiederholen sollen, und das Heilmittel suchen wir alle mitsammen in der Fachschule. Deswegen sind wir auch gewillt, hier mitzuwirken.

Auch ich möchte dieses Hohe Haus bitten, mitzuhelfen, daß uns mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, weil für diese landwirtschaftliche Fachbildung heute zwei Momente eine Hauptrolle spielen. Erstens der Beitrag, der dort monatlich bezahlt werden muß. Viele, viele Bauern verfügen nicht über die nötigen Mittel, um diese Beiträge bezahlen zu können. Das ist das eine. Und zweitens ist das große Problem, eine Ersatzarbeitskraft für zu Hause zu bekommen und auch zu bezahlen. Es entstehen also für den Bauern doppelte Auslagen. Daran scheidet manchmal der Fachschulbesuch. Ich würde daher bitten, dieser Frage im Interesse der landwirtschaftlichen Fachbildung und dann auch im Interesse der Hebung der Produktion wirklich ein Augenmerk zuzuwenden.

Ich möchte mich nun den Kapiteln des Budgets selbst zuwenden. Unter Kapitel 19, Titel 2, § 2, haben wir die Auslagen für die Bezahlung jener Tierbestände, die von Staats wegen geschlachtet werden müssen. Meine Lieben! Ich möchte Ihnen folgendes sagen: Täglich schauen wir mit Neugierde in unsere Zeitungen, um zu lesen, ob die Maul- und Klauenseuche irgendwo wieder neu Fuß gefaßt hat, und mit Bangen sehen wir dieser Gefahr entgegen. Wir sehen, daß im Budget ein Betrag von 15 Millionen Schilling zur Bekämpfung dieser Seuche eingesetzt ist. Da fragen wir uns, ob dieser Betrag groß genug sein wird, wenn diese Katastrophe hereinbricht. Ich bitte Sie daher, meine Damen und Herren, zur Kenntnis zu nehmen, daß wir hier — sollte uns der Herrgott vor dieser Katastrophe nicht verschonen — wahrscheinlich einen wesentlich höheren Betrag brauchen werden.

Eine zweite Sache: Ich sehe hier für die Güterwegbauten in Österreich einen Betrag von 17·8 Millionen Schilling eingesetzt. Ich

2784 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951.

möchte Ihnen einen kleinen Bericht darüber geben, was auf diesem Gebiete in Österreich noch zu tun ist, und nachher dann meinen Kommentar dazu geben. Dieser Bericht ist authentisch, ich habe ihn mir von zuständiger Stelle geben lassen und möchte Ihnen diesen Bericht vorlesen:

„Im Bundesvoranschlag für das Jahr 1952 soll bei dem Haushaltstitel Kap. 19, Tit. 8, § 8, U. T. 3: ‚Güterwege, landwirtschaftliche Seilwegeanlagen und Elektrifizierungen in der Landwirtschaft‘ an Bundesmitteln der Betrag von 17,800.000 S ausgeworfen werden, wovon auf Post Nr. 1, Zuschüsse zu Güterwegbauten, landwirtschaftlichen Seilwegeanlagen und zur Elektrifizierung der Landwirtschaft, der Betrag von 15,700.000 S und auf Post Nr. 2, Anschaffung und Instandhaltung von bundeseigenen Baumaschinen und Großgeräten sowie Errichtung von bundeseigenen Unterkünften für dieselben, der Betrag von 2,100.000 S entfällt.

Nach den jahrelangen Erfahrungen werden von der Jahresdotation im Durchschnitt der Bundesländer 63 Prozent für Güterwege, 12 Prozent für Seilwegeanlagen und 25 Prozent für Kleinkraftanlagen und Elektrifizierung in der Landwirtschaft in Anspruch genommen, sodaß im Jahre 1952 für Güterwegbauten der Betrag von 9,900.000 S, für landwirtschaftliche Seilwegeanlagen der Betrag von 1,900.000 S und für Kleinkraftanlagen und Elektrifizierungen in der Landwirtschaft der Betrag von 3,900.000 S zur Verfügung stehen würde. Bei diesen Bundesmitteln könnte in den einzelnen Sparten pro Jahr ausgeführt werden:

a) Bei Güterwegbauten und einem derzeitigen Durchschnittspreis von 300 S pro Laufmeter 94 km oder aufgerundet rund 100 km. Da nach den seinerzeitigen Landesplanungen in ganz Österreich noch 45.000 km Güterwege auszuführen sind, würde unter Zugrundelegung der Bundesmittel des Jahres 1952 die Güterwegaktion noch einen Zeitraum von 450 Jahren beanspruchen.“ (Abg. Proksch: Soll denn das alles der Bund zahlen?) „Zieht man zum Vergleich den Aufwand beim Ausbau der Bundesstraßen heran, so könnten mit den für das Jahr 1952 in Aussicht genommenen Bundesmitteln für Güterwege und bei einem Durchschnittspreis von 3,000.000 S pro Kilometer an Bundesstraßen rund 3·3 km in ganz Österreich oder rund 400 m pro Bundesland fertiggestellt werden.

b) Bei den landwirtschaftlichen Seilwegeanlagen und einem derzeitigen Durchschnittspreis von 40.000 S pro Kilometer Anlage — ein Preis, der eher zu niedrig als zu hoch gegriffen ist — könnten pro Jahr rund 190 km

ausgeführt werden. Da nach den seinerzeitigen Landesplanungen in ganz Österreich noch 1110 km Seilwegeanlagen zu erstellen sind, würde unter Zugrundelegung der für 1952 in Aussicht genommenen Bundesmittel die Seilwegeaktion noch einen Zeitraum von mindestens fünf bis sechs Jahren beanspruchen.

c) Bei den Elektrifizierungen: Nach der letzten Statistik sind nach dem Stand vom 31. März 1951 in Österreich noch 96.471 bäuerliche Anwesen überhaupt noch nicht mit Licht- und Kraftstrom und 66.294 bäuerliche Anwesen nur mit Lichtstrom versorgt. Werden die Kosten der Teilelektrifizierung auf Vollelektrifizierung nur mit einem Drittel der Kosten der Vollelektrifizierung eingesetzt, so kann die Anzahl der nicht elektrifizierten Anwesen in ganz Österreich mit rund 120.000 angenommen werden. Bei den derzeitigen Kosten eines Hofanschlusses von 10.000 S würden somit die Gesamtkosten der Vollelektrifizierung aller 120.000 Anwesen rund 1.200.000.000 S betragen. Unter Zugrundelegung der im Jahre 1952 für die Elektrifizierung der Landwirtschaft in Aussicht genommenen Bundesmittel von 3,900.000 S und einer 25prozentigen Beitragsleistung des Bundes zu den Ausführungskosten würde somit die vollständige Elektrifizierung der Landwirtschaft noch einen Zeitraum von 70 Jahren beanspruchen. Aus diesen Ausführungen geht zur Genüge hervor, daß die alljährlich im Bundesfinanzgesetz ausgeworfenen Bundesmittel bei dem Haushaltstitel Kap. 19, Tit. 8, § 8, U. T. 3, Post Nr. 1, keineswegs hinreichen, um die drei Förderungsmaßnahmen in einem für die Landwirtschaft tragbaren Zeitraum zur Vollendung zu bringen. Unter Berücksichtigung der großen Entsedlungsgefahren in den Bergbauerngebieten kann es sich die Landwirtschaft nicht leisten, so lange auf die Durchführung der drei Förderungsaktionen zu warten. Die Aktionen könnten nur dann wirtschaftlich fortgeführt und beendet werden, wenn alljährlich für diese drei Förderungsmaßnahmen bedeutend höhere Bundesmittel im Bundesfinanzgesetz ausgeworfen werden. Es ist selbstverständlich, daß unter diesen Umständen sehr häufig mit unwirtschaftlichen Bauführungen gerechnet werden muß, und zwar deswegen, weil oft mitten im Bau das Geld ausgeht; man muß den Bau einstellen und später wieder beginnen. Daß das immer wieder teurer kommt, ist klar und selbstverständlich.“

Zusammenfassend möchte ich in dieser Sache folgende Mitteilung machen: 11.000 Güterwege mit einer ungefähren Länge von 45.000 km wären noch für 98.530 Höfe mit 191.763 Interessenten zu bauen. Ferner werden noch 2750 Seilauzüge und Kleinseilbahnen mit

## 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951. 2785

einer Länge von 250.000 m und 1200 Kleinkraftanlagen für Betriebe, bei denen der Anschluß an ein vorhandenes Kraftnetz nicht möglich ist — das gilt für alle Gebirgsbauern — zu errichten.

Lassen Sie mich noch einige Worte zum Wasserbau sprechen. Meine Herren von der Linken, lachen Sie nicht dazu! Ich werde diesen Anlaß benützen und werde, wenn ein Bürgermeister von Ihrer Seite einmal interveniert, um eine Flußregulierung in Angriff zu nehmen, sagen: Sie lachen ja nur dazu! (*Zwischenrufe bei den Sozialisten.*) Ich möchte nur folgendes dazu sagen: Im Bundesfinanzgesetz sind erfreulicherweise — ich danke dem Herrn Minister dafür — anstatt 40 Millionen im Vorjahr heuer 88,200.000 S eingesetzt. Wenn ich nun das 5. Lohn- und Preisabkommen berücksichtige, so sinkt das Bauvolumen bedeutend. Aber jedenfalls ist es erfreulich, daß heuer doch ein höherer Betrag zur Verfügung steht, um die durch diese furchtbaren Katastrophen entstandenen Schäden auch einigermaßen beheben zu können.

Wir haben in Österreich rund 25.000 Flußkilometer, die Donau und die Grenzflüsse ausgenommen. Durch die verschiedenen Regenkatastrophen und durch die im Kriege vollständig vernachlässigten Regulierungsarbeiten sind große Schäden entstanden, die wir erst dann erkennen, wenn wieder eine Katastrophe eintritt. Im abgelaufenen Jahr 1951 gab es Katastrophen genug. Aber wenn es dann dazu kommt, schreit die ganze Bevölkerung: Ja, sieht hier niemand nach dem Rechten? Heute ist es beinahe so, daß die regulierten Strecken nicht erhalten werden können, da die dazu notwendigen Mittel fehlen. Wir müssen unser Augenmerk darauf lenken, der österreichischen Bauernschaft einerseits und allen Bewohnern in den Siedlungsgebieten andererseits die Sicherheit zu geben, daß sie im Falle einer Katastrophe nicht von ihren Bauern- oder Siedlungshäusern weg müssen.

Für uns in Österreich ist es auch wichtig, festzustellen, daß der Wasserbau nicht nur irgendeine flußbauliche Maßnahme ist, sondern unseren wertvollen Grund und Boden schützt. Rund 3000 ha Boden werden im Jahr durch Überschwemmungen teils wertlos, teils überhaupt abgeschwemmt. Darauf müssen wir unser Augenmerk lenken, denn jeder Grund, der einmal im Schwarzen Meer ist, kann nicht mehr zurückgebracht werden. Es ist höchste Zeit, daß diesen Dingen mehr Augenmerk geschenkt wird.

Im übrigen wird die Österreichische Volkspartei auch dem Kapitel Landwirtschaft des Budgets gerne die Zustimmung geben. Wir möchten aber ersuchen, zur Kenntnis zu

nehmen, daß nächstes Jahr alle diese Dinge besser dotiert werden müssen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Abg. Hartleb:** Hohes Haus! Ich verspreche Ihnen, daß ich die Minute, die ich vorher zu lange gesprochen habe, jetzt einbringen werde. (*Heiterkeit.*) Ich mußte unterbrechen, während ich mich mit den Aufforstungsmängeln beschäftigt hatte.

Schon einmal ist hier die Tatsache festgestellt worden, daß vom Jahre 1945 bis heute eine große Not an Forstpflanzen bestanden hat und daß viele Bauern jahrelang keine Pflanzen bekommen haben. Andere wieder haben nur einen kleinen Bruchteil von dem bekommen, was sie wirklich gebraucht hätten. Ich bin nun der Meinung, das hätte nicht sein müssen. Wenn die zuständigen Stellen nicht versagt hätten, dann hätten die Forstpflanzen vorhanden sein müssen. Denn gar so groß ist ja der Aufwand bei Forstpflanzen nicht. Wir haben all die Jahre hindurch genug arbeitslose Menschen gehabt und solche, die in der Lage waren, einen Garten zu jäten und instandzuhalten. Es waren also andere Gründe maßgebend, und ich möchte wiederholen, was ich schon einmal gesagt habe: Wenn das Landwirtschaftsministerium seine Verpflichtung, für das wertvollste Gut des österreichischen Volkes, für den Wald, entsprechend zu sorgen, erfüllen will, dann darf es in den nächsten Jahren nicht wieder zu derartigen Zuständen kommen.

Man verweist darauf, daß wir heuer ein Samenjahr haben. Ich weiß, sofern man mir auf meine Ausführungen überhaupt antwortet, wird die Antwort lauten: Was wollen Sie denn? Heuer haben wir ohnehin ein ganz schönes Samenjahr, und wir werden einen natürlichen Anflug zu verzeichnen haben! Ganz abgesehen davon, daß die Sache mit dem natürlichen Anflug nicht immer so funktioniert, wie man es sich theoretisch vorstellt, so erinnere ich mich doch da an die berühmten Stadträte in der Stadt Dingsda, die die Schneeräumung grundsätzlich der Firma „Tautewetter und Sonnenschein“ überlassen haben, weil dies am billigsten war. (*Heiterkeit.*)

Wir dürfen, so glaube ich, die Sache hinsichtlich der Aufforstung unserer Waldflächen wirklich nicht auf die leichte Schulter nehmen. Es handelt sich hier um eine so ernste und notwendige Maßnahme, daß man alles tun muß, um nicht in Verzug zu kommen.

Ich habe hier einmal die Frage gestellt, ob sich der Herr Minister nicht entschließen könnte, dafür zu sorgen, daß für die Aufforstung auch dadurch ein Anreiz gegeben wird, daß man die Forstpflanzen möglichst billig

2786 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951.

abgibt. Mir ist damals gesagt worden, das geschehe ohnehin. Das aber, was ich in der Zwischenzeit feststellen konnte, entspricht nicht dieser Antwort. 1000 dreijährig verschulte Fichtenpflanzen haben vor dem Kriege Jahre hindurch den gleichen Preis von 16 S gehabt. Im heurigen Jahr habe ich einige Rechnungen von Bauern zu Gesicht bekommen und gesehen, daß die Forstgärten nunmehr für dieselbe Menge dreijährig verschulter Pflanzen über 190 S verlangen, also mehr als den zwölffachen Friedenspreis. Ich habe dabei nicht das Empfinden, daß dies in Ordnung ist und daß man damit das erreicht, was im Interesse unseres Waldes geschehen müßte. Ich glaube, daß viel von dem Geld, das sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Forstwirtschaft aufgewendet wurde und wird, sich weitaus nicht so gut bezahlt machen wird, als wenn man das Pflanzengut verbilligen und dafür sorgen würde, daß jede Anbaufläche so rasch wie möglich in Kultur genommen werde. Denn was uns in jedem Jahr an Zuwachs verlorengeht, ist unwiederbringlich verloren.

Ich möchte Sie daran erinnern, daß der österreichische Waldbesitz einmal recht schlechte Zeiten erlebt hat, die gar nicht so weit hinter uns liegen. Man braucht nur an die ersten Dreißigerjahre zurückdenken. Wir alle wissen, wie groß damals die Sorgen der österreichischen Waldbesitzer waren. Damals habe ich nicht bemerkt, daß es Menschen gegeben hätte, die in die Bresche gesprungen wären und erklärt hätten: Da muß man zu Hilfe kommen, da muß etwas geschehen. Jetzt aber, wo sich die Dinge gewendet haben, wo durch die Konjunktur auf dem Holzmarkt dieser Zweig unserer Wirtschaft einmal höhere Einnahmen zu verzeichnen hat, jetzt gibt es „Berufene“, die glauben, sich zu Fachleuten aufblähen und eingreifen zu müssen, wenn Holz zu Preisen exportiert wird, die erzielt werden können, weil die Preise auf dem Weltmarkt nun einmal so sind.

Ich halte es für eine der übelsten Erscheinungen und für etwas, was volkswirtschaftlich am allerwenigsten gerechtfertigt werden kann, wenn man sich darüber aufhält, daß gute Exporterlöse erzielt werden. Ich habe das Gefühl, wir sollten uns alle miteinander freuen, wenn es möglichst viele Zweige in unserer Wirtschaft geben würde, die möglichst hohe Exporterlöse bringen, denn wir könnten es bei Gott brauchen. (*Abg. Proksch: Nicht bei Rohstoffen, im verarbeiteten Zustand!*) Wir brauchen nur an unser Außenhandelsdefizit zu denken. (*Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ja, ich weiß, daß Sie das immer behaupten, ich weiß aber auch, daß es nicht stimmt. Wir alle wissen ganz genau, wie groß

der Bedarf der österreichischen Holzverarbeitenden Industrie ist. (*Abg. Proksch: Der ist nicht gedeckt!*) Wir wissen, daß Ihnen die Sicherstellung, die weit über den eigentlichen echten Bedarf hinausgegangen ist, als ungenügend erschienen ist und daß Sie dann mit Begründungen, die sich keineswegs rechtfertigen lassen, versucht haben, dem Export Schwierigkeiten zu machen. (*Abg. Proksch: Denken Sie an die Eisenbahnschwellen! Die Regierung selbst verlangt die Bewirtschaftung! — Zwischenrufe.*)

Was die Aufforstungsfrage anlangt, bin ich der Meinung, daß das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft in diese Dinge etwas mehr Schwung hineinbringen müßte. Wir haben in Österreich genug Forstleute, die mit Leib und Seele an ihrem Beruf hängen und mit Freude alle ihre Kräfte einsetzen würden, den Wald so zu verjüngen, wie es vernünftig und volkswirtschaftlich gerechtfertigt wäre. Lassen Sie sie nur an die Aufgabe heran! Wenn es alte Herren gibt, die diesen Schwung nicht mehr aufbringen, die lieber ihrem Dackel den Bauch kratzen und ihm Geschichten aus früheren Zeiten erzählen, dann habe ich nichts dagegen, aber dann sollen sie dorthin gehen, wo sie unserem Wald keinen Schaden zufügen. Dann sollen die Leute, die noch den Willen und den Schwung haben, wirklich etwas für unseren Wald zu leisten, Gelegenheit bekommen, diese Leistungen zu erbringen.

Ich möchte zum Schluß noch ein paar Worte zu den Bundesforsten sagen. Da ist es vor allem mein Wunsch, daß man die Angestellten bei den Bundesforsten, vom Rechtsstandpunkt aus gesehen, wirklich nicht schlechter stellen soll als die Angestellten bei anderen Bundesbetrieben. Ich kann beim besten Willen nicht einsehen, warum man sich mit Händen und Füßen dagegen wehrt, die Angestellten bei den Bundesforsten zu pragmatisieren, während man das bei anderen Betrieben bewilligt. Wenn man einen Stand oder eine Schichte von öffentlich Angestellten schlechter behandelt, als das in anderen Sparten der Fall ist, so muß das, ob man will oder nicht, böses Blut erzeugen und muß auf die Arbeitsbereitschaft und Arbeitswilligkeit dieser Menschen schädigend einwirken. Ich würde deshalb den Herrn Bundesminister bitten, alles zu tun, damit die Gleichstellung der Angestellten in den Bundesforsten so bald wie möglich gesichert werden kann.

Ich habe einmal an den Herrn Bundesminister die Bitte gerichtet, er möge uns bei einer Budgetberatung auch Auskunft darüber geben, wie es mit den Aufforstungen bei den Bundesforsten steht. Ich vermisse diese Ant-

## 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951. 2787

wort bis jetzt. Ich will nicht behaupten, daß es desolate Zustände sind und daß es dort Aufforstungsrückstände gibt, die man als untragbar bezeichnen muß. Aber ich würde es wirklich begrüßen, wenn uns der zuständige Minister sagen würde, wie es tatsächlich ist, damit wir beruhigt sein können und nicht die Befürchtung mit uns herumtragen müssen, daß auch bei den Bundesforsten selber diese Dinge nicht in Ordnung sind.

Ich möchte abschließend noch etwas zur Ernährungslage überhaupt sagen. Wir haben heute von anderen Rednern gehört, daß gerade in der Jetztzeit auf Kongressen und bei allen möglichen Gelegenheiten über die Welt-ernährungslage gesprochen wird, daß man dort Entschließungen gefaßt hat und Pläne vorbereitet. Ich kenne diese Pläne und Entschließungen viel zuwenig, um dazu Stellung nehmen zu können. Aber etwas glaube ich mit Berechtigung aussprechen zu dürfen, daß ich nämlich das Gefühl habe, daß man bei der Behandlung dieser großen Frage einen Umstand bisher vollständig außer acht gelassen hat, daß man nämlich heute kaum in der Lage ist, überhaupt ein Urteil über die Ernährungslage der Menschen auf diesem Erdenrund abzugeben, weil es einen Zeitpunkt gegeben hat, der in dieser Hinsicht eine Wendung, — sagen wir — eine Scheidewand gebracht hat. Ich meine damit die Konferenz von Potsdam. Auf dieser Potsdamer Konferenz sind nicht nur andere Fragen in äußerst unglücklicher Weise entschieden worden, sondern damals ist auch etwas passiert, was meiner Ansicht nach heute noch viel zuwenig beachtet wird. Ich habe schon im Jahre 1946 in einem Vortrag, den ich im Lager Wolfsberg gehalten habe, auf diesen Umstand hingewiesen und meine Meinung in dem Satz zusammengefaßt, daß in Potsdam die Westmächte wie gebannt auf die industriellen Erzeugungsstätten geblickt haben und daß die Sowjetunion bewußt nach dem Brotkorb der Welt gegriffen hat. Sie brauchen es mir auf den ersten Hieb nicht zu glauben. Aber schauen Sie sich einmal die Weltkarte an und nehmen Sie sich die Nachschlagwerke zur Hand, die Ihnen sagen, wo die Flächen liegen, die am ehesten geeignet sind, zur Welternährung beizutragen, und Sie werden sehen, daß dort die Sowjets sitzen. Dieser Umstand kann meiner Ansicht nach bei Beurteilung der Ernährungslage nicht unberücksichtigt bleiben. Er ist entscheidend. Seine ganze Bedeutung kann man erst dann ermessen, wenn man bedenkt, welche Bedeutung dem europäischen Raum in bezug auf die Ernährung zukommt. Dieses kleine Europa und seine Landwirtschaft werden ja weit unterschätzt. Wenn man die Statistiken der letzten zehn Jahre vor dem Krieg zur Hand

nimmt, dann kann man feststellen, daß von der gesamten Weltweizenernte in dem kleinen Europa fast zwei Drittel geerntet worden sind, daß von einer Weltroggenernte von 24 Millionen Tonnen im Durchschnitt der letzten zehn Jahre vor dem Kriege in dem kleinen Europa allein 23 Millionen Tonnen geerntet wurden. Wenn man dann weiter in Betracht zieht, daß die Hauptanbauggebiete der Soja-ebene und anderer wichtiger Eiweißträger ebenfalls in den Händen derselben Macht liegen, und dann den Bleistift zur Hand nimmt und zu rechnen anfängt, kommt man darauf, daß die Versorgungslage in den von den Sowjets besetzten Gebieten so ist, daß dort ein Vielfaches dessen an Ernährungsprodukten zur Verfügung steht — auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet — wie in den übrigen Teilen der Welt.

Ich war bei diesen Konferenzen nicht dabei und weiß nicht, ob man auf diese Umstände bei den Beratungen irgendwie Rücksicht genommen hat. Ich bin aber überzeugt: Wenn das nicht der Fall gewesen ist, hat man einen schweren Fehler begangen, denn man kann nicht das, was jenseits des Eisernen Vorhanges liegt, zu dem rechnen, was der freien Welt für die Bewirtschaftung und Ernährung zur Verfügung steht.

Diesen Bemerkungen möchte ich nun noch etwas anfügen. Ich habe es schon einmal gesagt, daß meiner Ansicht nach auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft manches besser stehen könnte, wenn nicht ein Ungeist über der Welt herrschen würde, der Ungeist, daß man bisher geglaubt hat, einen wichtigen Zweig, die Landwirtschaft, mißachten zu dürfen. Es gibt unzählige Dinge, bei denen man, wenn man sie durchdenkt, immer wieder feststellen muß, daß man es als Selbstverständlichkeit ansieht, die Land- und Forstwirtschaft als minderwertiger und minderberechtigter zu betrachten als andere Zweige.

Schauen Sie sich nur einmal irgendein Nachschlagewerk an. Ich nehme die größeren Lexika dabei nicht aus. Wenn irgendwo auf der Welt eine Fundstätte von Buntmetallen bekanntgeworden ist — sie mag noch so unbedeutend oder längst ausgebeutet sein —, Sie finden sie aufgezählt. Was die Landwirtschaft leistet, finden Sie in den meisten Fällen überhaupt nicht. Ich gebe Ihnen einen Tip. Nehmen Sie einmal ein Lexikon, schlagen Sie Australien auf und schauen Sie, was dort gesagt ist. Sie werden finden, daß man sich informieren kann, wie groß die Sprünge sind, die ein Känguruh machen kann. Sie werden erfahren, daß es in Australien eine halb wilde Hunderasse gibt, die meines Erinnerns Dingo heißt. Sie werden vom Emu und vom

2788 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951.

schwarzen Schwan lesen und erfahren, daß es eine Spezialität dieses Erdteiles ist, daß dort das Kloakentier lebt, dessen Lebenszweck es ist, sich immer im Dreck zu wälzen. Sie werden aber vergeblich versuchen, in diesen Nachschlagewerken etwas darüber zu lesen, daß in Australien schon in der Vorkriegszeit mehr als 11 Millionen Schafe vorhanden waren, die die größte Wollproduktion der Welt ergaben, die in der Vorkriegszeit im Jahresdurchschnitt ungefähr 500.000 Meterzentner betragen hat. Das ist ja unbedeutend — das Kloakentier und das Känguruh sind viel wichtiger!

Aus diesen Tatsachen spricht der Geist, den zu bekämpfen ich das sage, was ich jetzt ausspreche: Mit diesem Geist fertigwerden heißt die Voraussetzungen schaffen, der Landwirtschaft den Weg zu bahnen, den sie gehen muß, wenn die Erfolge erzielt werden sollen, die im Interesse der Ernährung der Menschheit erzielt werden müssen.

Ich weiß, es gibt Politiker, die es unter ihrer Würde halten, sich mit agrarischen Fragen zu beschäftigen. Ich sage Ihnen, diese Politiker sind Politiker kleinen Formats, auch wenn sie einer großen Partei angehören. Es gibt Parteien, die denselben Standpunkt teilen. Ich sage Ihnen, in meinen Augen sind auch diese Parteien Parteien kleinen Formats, selbst dann, wenn sie die meisten Mandate haben.

Die Bedeutung der Landwirtschaft zu verkennen, sie als Nebensächlichkeits zu behandeln, sie so als notwendiges Übel abzuspeisen, daß sie gerade nicht eingeht, das sind die grundlegenden Fehler, die seit vielen Jahren begangen wurden und von denen wir uns auch heute bei weitem noch nicht freigemacht haben! Erst wenn es gelingt, diesen Geist auszurotten und an seine Stelle den zu setzen, der den Menschen zum Bewußtsein bringt, daß man der Landwirtschaft Gerechtigkeit angedeihen lassen muß, daß man sie nicht von vornherein als minderwertig ansehen und als minderwertig behandeln darf, wenn man Agrarpolitik mit den Bauern und nicht gegen die Bauern macht, dann werden die Erfolge eintreten können, die wir nun einmal brauchen.

Ich möchte zum Schluß sagen: Ich vermisse es auch, daß in der öffentlichen Diskussion eine Einsicht geäußert wird, die deshalb, wie ich folgere, auch nicht vorhanden ist, nämlich die Einsicht, daß auch für die landwirtschaftliche Produktion und für die Besserung der Verhältnisse in der Landwirtschaft die Großraumwirtschaft eine zwingende Notwendigkeit ist. Was wir Bauern brauchen, ist ein Markt mit stabilen Preisen. Wir haben

nichts von dem Auf und Ab der Preise. Wir wollen rechnen können. Wir wollen, wenn wir säen, wissen, was wir für die Ernte, wenn sie gelingt, erzielen können. Auch die anderen Menschen wollen — ich bin davon überzeugt — einen Zustand, bei dem sie wissen, daß die Versorgung gleichmäßig ist und sich nicht sprunghaft ändert. Der Ausgleich, der geschaffen werden muß, um diese Zustände herbeizuführen, kann nur dadurch erreicht werden, daß man größere Wirtschaftsgebiete schafft.

Es wäre ein Fehler, zu glauben, daß der wirtschaftliche Zusammenschluß in Europa nur auf industriellem Gebiete oder bei der Urproduktion notwendig und richtig sei. Es wäre eine genau so große Wohltat, wenn es gelingen würde, die europäische Landwirtschaft zusammenzuschließen, ähnlich wie es mit dem Schuman-Plan gedacht ist. Ich weiß nicht, welche Entscheidungen heute im französischen Parlament fallen werden. Manchmal ist man versucht zu fürchten, daß die Vernunft noch immer nicht soweit Platz gegriffen hat, daß die Menschen ihre kleinen Bedenken zurückstellen, um eine große Aufgabe zu erfüllen. Sicher aber ist, daß, wenn heute dort eine Fehlentscheidung fällt, dann auch das Ziel, das für die europäische Landwirtschaft als das wichtigste angesehen werden muß, leider wieder eine schwere Verzögerung erfahren wird. Gelingt es, den Schuman-Plan einmal ins Werk zu setzen, dann, glaube ich, ist es Aufgabe aller jener Menschen, die es mit der Landwirtschaft und mit der Ernährungswirtschaft in Europa ernst meinen, alle Kräfte dafür einzusetzen, daß es auch auf dem landwirtschaftlichen Gebiet einen europäischen Produktionsraum und einen europäischen Markt gibt. Das wird der Zustand sein, in dem manche Unbilden, die sich heute auf beiden Seiten zeigen, von selber verschwinden werden. *(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen.)*

*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*

Abg. Dipl.-Ing. **Hartmann:** Hohes Haus! Werte Damen und Herren! Sie brauchen keine Angst zu haben, daß ich Sie sehr lange aufhalte. Ich fühle mich aber doch verpflichtet, einige Feststellungen zu treffen, und zwar zunächst die Feststellung, daß es um die österreichische Agrarpolitik nicht so schlecht bestellt sein kann, wie es von manchen Rednern im Laufe der Debatte geschildert wurde; sonst wäre es ja nicht möglich gewesen, die vorhandenen und nicht ablegbaren Produktionssteigerungen, die tatsächlich zu verzeichnen sind, unter sehr schwierigen Nachkriegsverhältnissen zu erzielen. Es wäre nur sehr erwünscht, wenn alle Bevölkerungskreise in Österreich ein größeres Verständnis für



die wichtigen Fragen der Bauernschaft und der Landwirtschaft aufbringen würden. Es wäre auch sehr erwünscht, wenn eine gewisse Presse das gleiche täte.

Meine Damen und Herren! Der Herr Abg. Steiner hat gestern — ich kann es nicht anders auffassen — offenbar eine irrtümliche Meinung von hier aus geäußert. Wenn ich ihm auch zubillige, daß es sich um einen Irrtum gehandelt haben kann, so ist es dennoch geradezu typisch und bezeichnend, daß eine gewisse Presse — ich habe hier die „Weltpresse“ von heute in der Hand — nur einen einzigen Satz herausgreift, daraus einen aufmacherischen und reißerischen Schlagertitel macht und ohne Bedenken eine derartige — ich sage es zur Ehrenrettung des Herrn Abg. Steiner noch einmal — sicherlich irrtümliche Meinung sofort der breitesten Öffentlichkeit bekanntgibt.

Die große Überschrift heißt: „Freunderlwirtschaft im Bauernbund“, und fett gedruckt heißt es weiter:

„Der dem Bauernbund überwiesene Teil der Finanzhilfe an die Landwirtschaft ist infolge der Freunderlwirtschaft vielfach zu Fehlspekulationen verwendet worden“, stellte der Abg. Steiner (SPÖ) in der Debatte über das Kapitel Landwirtschaft im Parlament fest. „Nur die den Bauern direkt gegebenen Beträge“ — ich zitiere wörtlich weiter — „sind zum Nutzen des Staates verwendet worden.“

Nennen Sie mir, bitte, eine Bauernbundorganisation in Österreich, welche, wie es hier heißt, eine „Finanzhilfe“ zum Zwecke der Weitergabe an die Bauern oder der Anwendung für produktionssteigernde Maßnahmen erhalten hätte! Es gibt keine. Ich würde mich sehr freuen, wenn der sicherlich auch heute hier anwesende Redakteur der „Weltpresse“ den Mut aufbringen würde und diese absolut irriige und falsche Auffassung in der morgigen Ausgabe richtigzustellen die Güte hätte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe noch ein zweites vor mir, und zwar einen Verwaltungsbericht eines der größten landwirtschaftlichen Betriebe Österreichs. Dieser Betrieb umfaßt zirka 3500 ha Ackerland. Er wird von mehreren Gutshöfen aus bewirtschaftet. Auch dieser 3500 ha Ackerland umfassende, also fast größte österreichische Betrieb hat natürlich seine Agrarsorgen so wie jeder andere Betrieb. In dem Bericht heißt es nun — ich werde Ihnen schon sagen, welcher Betrieb das ist —, daß die Ernterträge des Jahres 1949/50 vielfach unbefriedigend waren, da sie die anfangs gehegten Hoffnungen enttäuschten.

An einer anderen Stelle des Berichtes heißt es, daß ungefähr ein Viertel des auf dem Felde stehenden Getreides durch andauernde und ausgiebige Niederschläge Einbußen an Menge und Güte erlitt. Dann heißt es weiter: Die Hoffnungen auf eine gute Rübenernte wurden zunichtegemacht durch die mangelnden Niederschläge — und die Rübe vertrocknete. Es werden aber auch die Gründe für das mangelnde Ergebnis hier dargelegt, und da heißt es — ich will Sie wirklich nicht zu lange bemühen —: Die schlechte Ernte der Sommerungen, vor allem aber die Mißernte bei dieser und jener Frucht, verbunden mit den unter den Gesteungskosten einer Normalernte liegenden Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind die Ursachen, daß das Wirtschaftsjahr 1949/50 mit einem Verlust von 393.006,52 S abschließt. Dieser Verlust wurde in diesem Bericht unter anderem mit den Lohnerhöhungen, der Steigerung der Sozialversicherungsleistungen, der Verteuerung aller Preise für die von der Landwirtschaft benötigten Gebrauchsartikel begründet.

Ich habe diesen Bericht genau durchgesehen. Er ist fachlich vollkommen einwandfrei. Es ist der Bericht der Landwirtschaftsbetriebe der Gemeinde Wien. (*Abg. Widmayer: Sagen Sie aber auch, was die Gemeinde Wien für soziale Lasten hat!*) Es sind genau dieselben sozialen Lasten, wie sie in jedem anderen landwirtschaftlichen Betrieb zu tragen sind. Ich kenne persönlich seit fast einem Vierteljahrhundert die Fachleute, die auf den landwirtschaftlichen Betrieben der Gemeinde Wien arbeiten. Das sind einwandfreie, hervorragende Fachleute. Darüber ist gar nichts zu sagen. Sie haben aber mit den gleichen Schwierigkeiten wie andere Betriebe zu kämpfen, und ich würde nur bitten, daß Sie all das, was hier in dem offiziellen Verwaltungsbericht der Gemeinde Wien steht, auch glauben würden. In letzter Instanz hat die Verantwortung dafür der Bürgermeister von Wien. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Glauben Sie es ihm, wenn seine eigenen Betriebe unter Schwierigkeiten zu leiden haben, wenn Sie es schon uns nicht glauben wollen!

Ich habe diesen Bericht genau angeschaut. (*Abg. Widmayer: Aber Sie müssen auch sagen, wie hoch der Pachtschilling ist! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Ich habe auch nach der Steuerzahlung dieses Betriebes geforscht. Wir sind doch immer der Meinung, die „Großen“ sollen mehr zahlen und die „Kleinen“ weniger. Jetzt weiß ich nicht: Ich bilde mir ein, ich verstehe etwas von der landwirtschaftlichen Buchführung, aber von Steuern finde ich in diesem Bericht nichts. Und trotzdem schließt der Betrieb mit einem

2790 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951.

Verlust ab, den ich für gerechtfertigt halte. Wir wünschen, daß Sie die Verhältnisse und Schwierigkeiten, unter denen dieser Betrieb leidet, auch für die anderen landwirtschaftlichen Betriebe öfter gelten lassen sollen. *(Zwischenrufe.)*

Der Herr Abg. Dr. Pittermann hat, vollkommen mit Recht — ich bitte, mich nicht mit einem Zwischenruf zu unterbrechen, weil ich das nicht für richtig halten würde; ich bitte auch meine Klubkollegen um etwas mehr Aufmerksamkeit —, am letzten Mittwoch an Hand einer Liste jene Bauern verurteilt und zum Teil auch namentlich genannt, die im Jänner 1950 soundsoviel Milch auf dem offiziellen Weg veräußert und im September 1951 plötzlich nichts mehr an die Molkereien geliefert haben. Diese Milch ist nämlich, obwohl es im Gesetz verboten ist — und wir vertreten die Gesetze —, ab Hof verkauft worden.

Ich war am letzten Sonntag — ich bitte, das ist jederzeit zu kontrollieren — in einer Versammlung in Niederösterreich, habe dort eine donnernde Philippika gegen den Ab-Hof-Verkauf der Milch gehalten und habe sämtliche tausend Gründe angeführt, die dagegen sprechen; schließlich und endlich ist es ja auch gesetzlich verboten. Aber was sagten mir meine Leute in der Diskussion? Sie sagten: Wir haben in unserer Gemeinde einen Gutshof der Gemeinde Wien, der hat bis vor ganz kurzer Zeit ab Hof verkauft, und zwar an Ortsansässige, nicht an die Spitäler der Gemeinde Wien, wozu er berechtigt wäre, um den Preis von 1.80 S je Liter, und ohne — wie mir der Obmann der Milchgenossenschaft sagte — den Milchausgleichsbeitrag zu bezahlen. Wir sollen jetzt aus den Leuten plötzlich Heilige machen, aber in derselben Gemeinde, wo ich mir die Lunge herausgeredet habe, ist ein Gutshof der Gemeinde Wien, der das gleiche „Verbrechen“ begeht. *(Abg. Weikhart: Wir danken Ihnen für diese Mitteilung! — Abg. Doktor Migsch: In der nächsten Gemeinderatssitzung werden wir eurem Stadtrat den Kopf waschen!)* Ich würde wünschen, daß jedermann, so wie wir, vor der eigenen Tür kehrt. *(Weitere andauernde Zwischenrufe und Gegenrufe. — Der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen.)* Meine sehr verehrten Frauen und Herren! Mögen sich doch die Gemüter ein wenig beruhigen! Man macht uns verschiedene Vorwürfe. *(Erneute Zwischenrufe bei der SPÖ. — Gegenrufe bei ÖVP und KdU.)* Es reden zu viele Herren, ich verstehe da nichts.

Man macht uns verschiedene Vorwürfe aus diesem und jenem Grund. Aber wir wollen die Einhaltung der Gesetze, wir vertreten sie

auf der ganzen Linie und wollen nicht haben, daß sie übertreten werden. *(Anhaltende Zwischenrufe. — Abg. Slavik: Wir werden diese Mitteilung im Gemeinderat zum Anlaß für unsere Kritik nehmen, denn der Leiter dieser Betriebe ist ein ÖVP-Mann, und der amtsführende Stadtrat ist gleichfalls ein ÖVP-Mann!)* Ich werde mit ihm selbst sprechen, er wird mir das sicherlich nicht zum Vorwurf machen. Ich habe schon gesagt — darf ich Ihnen, hochverehrter Herr Stadtrat, das in Erinnerung rufen *(Zwischenrufe und Gegenrufe)* —: Ich kenne die landwirtschaftlichen Fachleute der Gemeinde Wien seit einem Vierteljahrhundert, es sind hervorragende Fachleute. Ich habe niemanden irgendwie beschuldigt. *(Weitere Zwischenrufe.)*

Es werden uns also sehr viele Vorwürfe gemacht, daß wir die Preistreiberei fördern usw., wie das alles so schön heißt. Beim letzten sozialistischen Parteitag — was ich Ihnen jetzt sage, wird mir in den Versammlungen vorgehalten — ist ein Delegierter aufgestanden und hat, wie es da wörtlich heißt, eine „sehr richtige“ Feststellung gemacht: Man solle es doch keinem Bauern verübeln, wenn er in diesen Zeiten für sein Produkt das annimmt, was ihm geboten wird. *(Abg. Hartleb: Sehr richtig!)* Das ist auch in einer sozialistischen Zeitung zu lesen. Da sollen wir den Ab-Hof-Milchverkauf unter diesen schwierigen Verhältnissen nach Möglichkeit unterbinden? Wir wollen es tun. Aber helfen wir doch zusammen, bekämpfen wir einander nicht, wenn es um so wichtige Dinge geht!

Vorhin, als mein Klubkollege Eichinger sprach, wurde in manchen Reihen eine abfällige Bemerkung über die Milchleistung hörbar. Meine Damen und Herren! Die Kühe sind wirklich noch nicht gewerkschaftlich organisiert. *(Heiterkeit.)* Selbst wenn man ihnen einen Streik zumuten wollte, würden sie nicht mitmachen. Ich möchte Ihnen lediglich in Erinnerung rufen — ich bedaure es sehr, daß ich Sie hier mit Zahlen langweilen muß —, welche Steigerung die Milchlieferung in das größte Konsumzentrum, die Bundeshauptstadt Wien, erfahren hat.

Im Jahre 1947 war die Milchlieferung natürlich sehr gering, da wurden im Monatsdurchschnitt 34.300 hl Vollmilch und 13.000 hl Magermilch geliefert. Im Jahre 1948 waren es monatlich durchschnittlich 52.100 hl Vollmilch und 26.100 hl Magermilch. 1949 betrug die Anlieferung 95.500 hl Vollmilch und 32.300 hl Magermilch. 1950 waren es 166.700 hl Vollmilch und 11.100 hl Magermilch. Und in den ersten neun Monaten des Jahres 1951 wurden im Monatsdurchschnitt 165.700 hl Vollmilch und 400 hl Magermilch angeliefert.

In den ersten neun Monaten des Jahres 1951 ist also bereits fast genau soviel Vollmilch nach Wien geliefert worden, wie im ganzen Jahr 1950. Trotzdem macht uns die Milch-anlieferung Sorge, und es ist keine Phrase, wenn wir jetzt die bevorstehende und drohende, hoffentlich noch in ihrer Hauptwirkung abzufangende Maul- und Klauen-seuche fürchten, von der ein Rückgang in der Milchproduktion zu befürchten wäre.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der gestrigen Debatte ist auch zum Ausdruck gebracht worden, daß die Landwirtschaft sehr wenig Steuern zahlt. Ich weiß, daß dieses Kapitel nicht sehr sympathisch ist. Man spricht nicht gern davon, und trotzdem werde ich versuchen, darüber einiges zu sagen.

Während der Rede des Kammerpräsidenten Strommer ist von den Bänken der verehrten Kollegen der Sozialistischen Partei an ihn auch die Frage gerichtet worden: Wieviel Einkommensteuer zahlt denn die Landwirtschaft? Der Herr Finanzminister hat darüber im Finanzausschuß Aufschluß gegeben. Der Herr Abg. Holzfeind hat damals ganz sachlich an den Herrn Finanzminister diese Frage gestellt, und der Herr Finanzminister hat sie beantwortet. Er hat gesagt: Im Jahre 1949 betrug das Einkommensteueraufkommen der Landwirtschaft in ganz Österreich 60 Millionen Schilling, für das Jahr 1950 liegen die Ziffern noch nicht ganz genau vor, aber es werde ungefähr der gleiche Betrag sein.

Der Finanzminister hat auf eine Anfrage eines Kollegen der Österreichischen Volkspartei auch die Frage beantwortet: Wieviel Steuern zahlen denn die verstaatlichten Betriebe? Der Herr Abg. Mentasti hat heute dem Herrn Landwirtschaftsminister den Rat gegeben, er möge quasi als Gegenstück zum „Königreich Waldbrunner“ ein „Königreich Kraus“ errichten; ich glaube, so hat er es hier ausgeführt. Uns interessiert natürlich auch außerordentlich, wie das bezüglich der Steuerzahlung aussehen könnte.

Die verstaatlichten Betriebe zahlen natürlich keine Einkommensteuer, weil es das für juristische Personen nicht gibt, sondern sie zahlen die Körperschaftsteuer. Die verstaatlichte Industrie beschäftigt 22 Prozent aller Arbeiter und Angestellten; das ist in einer Broschüre des Herrn Ministers Waldbrunner zum Ausdruck gebracht. (*Widerspruch bei den Sozialisten.*) Nun bitte, dann habe ich vielleicht die falsche Broschüre in der Hand gehabt. (*Heiterkeit.*) Interessanterweise haben Sie, meine sehr verehrten Herren, als der Finanzminister diese Ziffer im Finanzausschuß nannte, nichts dazu gesagt. Ich

berufe mich auf das, was der Finanzminister gesagt hat und was Sie im Finanzausschuß stillschweigend zur Kenntnis genommen haben.

Wir lasen wiederholt in verschiedenen Zeitungen, daß der Anteil der verstaatlichten Industrie an der industriellen Gesamtproduktion sehr groß sei. Die verstaatlichte Industrie bringt jedoch nur 55·9 Millionen an Körperschaftsteuer ein, also weniger, als die Landwirtschaft an Einkommensteuer zahlt. (*Abg. Hartleb: Hört! Hört!*) Ich bin auch der Meinung, die Großen sollen mehr zahlen als die Kleinen. Die verstaatlichten Betriebe sind ganz große, respektable Mammutbetriebe. Wir haben jedoch von 433.000 bäuerlichen Betrieben — der Herr Abg. Mentasti hat das heute schon gesagt — 216.000 Betriebe unter 5 ha und insgesamt 366.000 Betriebe unter 20 ha. 8·1 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche befinden sich in Betrieben über 100 ha, das sind sozusagen die Großen. Diese allein etwa zu veranlassen, daß sie 400, 500 oder meinetwegen 300 Millionen Schilling Einkommensteuer zahlen, ist wahrscheinlich nicht möglich. Ich müßte in diesem Zusammenhange wieder auf das Beispiel eines der größten landwirtschaftlichen Betriebe, nämlich der Betriebe der Gemeinde Wien, zurückkommen.

Zum Schluß noch eine sehr lustige persönliche Angelegenheit. Weil ich heute schon einmal beim Zeitunglesen war, ist mir hier die Ausgabe der „Freien Presse“, also nicht der „Presse“, sondern der „Freien Presse“, und zwar vom 8. Dezember dieses Jahres in die Hand gekommen, und da stehen so einige Dinge drinnen, über die ich sehr überrascht gewesen bin.

Auf Seite 2 heißt es unter dem Titel: „Vor Rücktritt von Minister Kraus?“, daß es in der ÖVP drunter und drüber geht, daß die Bünde untereinander streiten. Das wissen Sie angeblich ja viel besser als wir. (*Abg. Weikhart: Das ist ja bekannt! — Abg. Müllner: Sie haben wohl einen Geheimdienst! — Heiterkeit bei den Sozialisten.*) Ich freue mich sehr, daß meine Ausführungen Sie so sehr belustigen. Da heißt es dann, daß der Minister Kraus zurücktreten wird, und „Raab“ — so steht es hier — „soll dabei“ — also bei diesem Regierungswechsel — „an den Sektionschef Hartmann aus dem Landwirtschaftsministerium denken“. (*Abg. Dr. Migsch: Warum nicht?*) Ich kenne einen solchen Sektionschef Hartmann gar nicht. Ich bin seit einem Vierteljahrhundert in der Landwirtschaft tätig und weiß noch gar nicht, daß es einen Sektionschef Hartmann gibt. (*Abg. Horn: Was nicht ist, kann werden, Herr Kollege!*) Ich glaube, es wird schwer sein, einen Regierungs-

2792 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951.

wechsel mit jemandem durchzuführen, den es gar nicht gibt. Aber sollte etwa der Journalist der „Freien Presse“ irrtümlich mich damit meinen, dann lassen Sie mich sagen, daß ich gar nicht daran denke, das zu tun. Ich habe gar keine Absicht. Das überlasse ich jenen, die würdiger, die tüchtiger sind, und das überlasse ich sogar jenen, die sich darum schon bei der Tür anstellen, damit sie nur drankommen. (*Heiterkeit bei den Sozialisten.*) Angeblich soll es auch solche geben. (*Abg. Dr. Migsch: Vielleicht der Strommer! — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Ich sage nur zum Abschluß dazu: Wir sind mit unserem Landwirtschaftsminister Kraus, solange er selbst dieses Amt ausüben will, außerordentlich einverstanden, weil wir wissen, daß er gemeinsam mit der Regierung Figl in den letzten sechs Jahren eine sehr schwere, aber dennoch erfolgreiche Arbeit geleistet hat. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei den Sozialisten. — Abg. Widmayer: Das ist ein bürgerliches Blatt und kein sozialistisches! Das hat er vergessen zu sagen!*)

**Abg. Rosa Jochmann:** Hohes Haus! Vor allem möchte ich im Namen meiner Fraktion meinem Vorredner, dem Herrn Abg. Hartmann, unseren verbindlichsten Dank dafür aussprechen, daß er uns diese Tatsachen bezüglich eines landwirtschaftlichen Gutes der Gemeinde Wien mitgeteilt hat. Die sozialistische Fraktion wird bei der Budgetbehandlung im Gemeinderat Gelegenheit nehmen, den verantwortlichen Stadtrat, der der ÖVP angehört, und den verantwortlichen Verwalter zur Rechenschaft zu ziehen. (*Abg. Müllner: Da kommt die Gemeinde Wien erst jetzt darauf! Das muß eine saubere Verwaltung sein! — Gegenrufe bei den Sozialisten. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Hohes Haus! Bei diesem Punkt der Tagesordnung wurden die schweren Sorgen und Probleme der Landwirtschaft, der Landarbeiterschaft und der Landbevölkerung in ihrer Vielfalt aufgezeigt. Wenn ich mich zu diesem Punkt der Tagesordnung gemeldet habe, so maße ich mir durchaus keine Sachkenntnis an, denn ich muß gestehen, daß ich weder eine Sichel handhaben kann noch imstande wäre, eine Kuh zu melken. Wenn ich trotzdem zu diesem Kapitel spreche, so deshalb, weil ich glaube, daß vom Standpunkt der Konsumenten und insbesondere vom Standpunkt der Frau dazu etwas zu sagen ist.

Niemand in diesem Saal, der ernst genommen werden will, zweifelt daran, daß durch den Krieg und die Nachkriegszeit auch der Bauer und die Landwirtschaft schwer zu leiden

hatten. Ich weiß, daß es außerordentlich gefährlich ist, gerade zu diesem Punkt ein offenes Wort zu sagen, weil diese Ausführungen bewußt und unbewußt sehr oft mißverstanden werden.

Der Herr Abg. Hartleb war es, der im Verlauf seiner Ausführungen darauf hingewiesen hat, daß die Landwirtschaft sehr oft in Mißkredit gebracht wird und nicht jene Würdigung erfährt, die ihr zusteht. Ich glaube, daß ich zumindest im Namen meiner Fraktion rede, wenn ich sage, daß gerade die Ausführungen zu diesem Tagesordnungspunkt für uns alle außerordentlich interessant und, ich erlaube mir zu sagen, für mich sogar außerordentlich lehrreich gewesen sind. Aber hier, Hohes Haus, wird bewußt zwischen Konsumenten und Produzenten, oder sagen wir, zwischen der Stadt- und Landbevölkerung ein Gegensatz konstruiert, der in Wirklichkeit gar nicht besteht, denn ein solcher Gegensatz wäre nicht nur unnatürlich — wir kommen ja schließlich alle vom Land —, sondern er wäre auch unlogisch.

Ich bitte Sie nun, das, was ich sage, nicht lächerlich zu nehmen, sondern es ist meine tiefste innerste Überzeugung. Jeder Städter, der auf das Land hinauskommt, steht bewundernd vor der schweren Arbeit des Bauern und seiner Helfer, die sich in des Wortes vollster Bedeutung im Schweiße ihres Angesichtes ihr Brot verdienen. Und er erinnert sich an seine Schulzeit, in der ihm die Ehrfurcht vor der Arbeit des Bauern gelehrt wurde. Ich erlaube mir, hier an eine Ballade von Chamisso zu erinnern, und zwar an die Ballade, die sich betitelt „Das Riesenspielzeug“. In dieser Ballade kommt das Riesenfäulein freudestrahlend zu ihrem Vater und zeigt ihm das neueste Spielzeug, das sie gefunden hat. Sie hat in ihrer Schürze den Bauer samt Pflug und Pferdegespann nach Hause gebracht und meinte, daß sie nun damit spielen könne. Aber der Vater, der seiner Tochter sonst jeden Wunsch erfüllte, wurde zornig und erklärte ihr, daß sie das Spielzeug sofort zurückbringen müsse, „denn“ — so sagte der Vater — „wäre nicht der Bauer, so hättest du kein Brot“. Und so ist es.

Seit Jahrtausenden bitten die Menschen: „Gib uns heute unser tägliches Brot!“ Sie bitten nicht um Hühner, sie bitten nicht um Kaviar, nicht um Schlagobers, sondern sie bitten, ausgehend von dem Grundsatz und der Erkenntnis, daß das Brot die Grundlage unseres ganzen Seins ist, um das tägliche Brot. Und so ist es auch. Der Bauer ist es, der das Brot schafft. Aber es ist der Industriearbeiter und der Handwerker, der im 20. Jahrhundert das Handwerkzeug schafft, damit der Bauer dieses Brot schaffen kann. (*Zu-*

*stimmung.*) Es ist eine Wechselwirkung, ein Aufeinander-Angewiesensein. Und es ist daher unrichtig, daß hier ein Gegensatz zwischen der Stadt- und der Landbevölkerung besteht.

Ich kann verstehen, daß sich jeder Abgeordnete dieses Hauses, der ja eigentlich ein Vertreter des ganzen Volkes ist, naturgemäß zu einer besonderen Schichte hingezogen fühlt, daß er daher empfindlich wird, wenn in bezug auf seine Schichte irgendeine Kritik ausgesprochen wird. Ich bekenne mich dazu, daß es mir genau so geht, daß man mir aufs Herz tritt, wenn hier der Arbeiter oder die Arbeiterin in irgendeiner Art kritisiert wird.

Aber wenn wir die Frage der Landwirtschaft und das Verhältnis zwischen Konsumenten und Produzenten richtig verstehen wollen, dann müssen wir auch sagen: So groß die Opfer sind, die die Landwirtschaft getragen hat, auch die Konsumenten, die Arbeiter und Angestellten, mußten in dieser Zeit ungeheure Opfer tragen! Wir wollen nicht abwägen, wer den größeren Teil dieser Opfer zu tragen hatte. Ich möchte auch einschalten, daß ich nicht von den Blutopfern rede; denn ich selbst kenne manchen Bauernhof, der völlig verwaist ist, der heute sozusagen seinen Sinn verloren hat, weil im letzten Weltkrieg nicht nur der eine Sohn, sondern weil drei oder vier Söhne zugrunde gegangen sind. Davon rede ich nicht; der Tod hat ja nicht nur in den Städten, er hat leider auch draußen in den Dörfern reiche Ernte gehalten. Aber wenn wir das Schicksal des Konsumenten betrachten — und ich sage das nicht zur Propaganda, sondern weil es so ist und weil man die Dinge nur dann ändern kann, wenn man sie ehrlich so sieht, wie sie sich uns darstellen —, dann erkennen wir, daß er seine Wohnstätten in einem größeren Maße verloren hat, als dies draußen der Bauernschaft und der Landbevölkerung widerfahren ist. Der Konsument hat auch während des Krieges und in der Nachkriegszeit ungleich mehr gehungert, als dies beim größten Teil der Landwirtschaft, der Bauern der Fall gewesen ist. (*Abg. Wilhelmine Moik: Sehr richtig!*)

Erinnern wir uns daran, wie viele Mütter oder Väter das letzte Stück Wäsche und das letzte Kleidungsstück aus dem Schrank genommen und für ein paar Kartoffeln oder ein paar Kilo Mehl eingetauscht haben. Sie sagten sich, daß man sich diese Stücke wieder einmal werde beschaffen können, daß man aber die kranke Lunge seines Kindes niemals mehr gesundkaufen kann, wenn das Kind einmal krank geworden ist. Wir wissen, daß eine Mutter alles kann, sie kann auch frieren, sie kann selbst hungern, sie kann nur eines

nicht: sie kann nicht zusehen, wie ihre eigene Familie und besonders ihre Kinder hungern.

Hier wurde sehr viel über die Landwirtschaft gesprochen, und ich bekenne mich dazu, daß es in keinem Fall eine Pauschal-kritik geben darf; aber ich muß schon gestehen, daß ich über das ausschließliche und kritiklose Lob des von mir sehr verehrten Herrn Abg. Elser in bezug auf die Bauernschaft sehr erstaunt war. Der Herr Landwirtschaftsminister wird ganz bestimmt nicht in den Verdacht kommen, daß er den Bauern gegenüber ungerecht sei. Aber wir wissen, wir bejahen es und sind froh darüber, daß es in den vergangenen Jahren und erst vor kurzem wieder der Herr Landwirtschaftsminister gewesen ist, der an die Bauern einen ersten Appell ergehen ließ, sie mögen — so sagte der Herr Landwirtschaftsminister — mehr Disziplin halten und weniger Egoismus zeigen. Deshalb glaube ich auch, daß wir uns selbst, den Bauern, den Produzenten und den Konsumenten nicht dienen, wenn wir diese Dinge verschweigen.

Wir wissen schon, daß viele Bauern während der Zeit der Abgabepflicht nicht nur das abgeliefert haben, was sie abliefern sollten, sondern daß es viele Bauern gab — ich stelle dies mit Begeisterung fest —, die mehr abgeliefert haben, als ihre Pflicht gewesen wäre. Ich erlaube mir daran zu erinnern — ich möchte mich da an unsere Koalitionspartei wenden —, daß es kein sozialistischer Vertreter, sondern ein Vertreter der Christlich-sozialen Partei war, der Herr Abg. Jodok Fink, der nach dem ersten Weltkrieg, in einer schweren Zeit, hier in diesem Hause aufgestanden ist und erklärt hat: Wenn die Kinder in der Stadt hungern, dann gibt es nichts anderes, dann müssen wir Milch und Brot für die Kinder in die Stadt liefern! Das ist es, worum ich Sie alle bitten möchte, im Namen dieser Kinder der Stadt und im Namen der Konsumenten.

Es ist unvorstellbar, daß heute viele Bauern, die im Jahre 1950, wie der Herr Abg. Pittermann bereits ausgeführt hat, Milch abgeliefert haben, heute keinen einzigen Tropfen liefern. Der Herr Abg. Hartmann hat hier erklärt, er könne ja nicht annehmen, daß diese Kühe gewerkschaftlich organisiert seien. Ich glaube das auch nicht. Vielleicht ist aber der Grund, daß sie ihre Pflicht nicht erfüllen, darin zu suchen, daß sie überhaupt nicht organisiert sind. Oder gestatten Sie mir zu fragen, da sie nicht gewerkschaftlich organisiert sind, ob sie vielleicht beim Bauernbund organisiert sind und deshalb nicht ihre Pflicht erfüllen. (*Heiterkeit.*)

Ich habe hier einen Brief, der nicht vielleicht alten Datums ist, sondern erst vom 6. Dezember

2794 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951.

1951 stammt, mit dem ein Klageruf aus Salzburg zu uns kommt, daß die Milchabgabe dort außerordentlich viel zu wünschen übrig lasse. 3000 Kühe sind es, die jetzt auf einmal zusammen nur mehr 455 l Milch pro Tag geben. Hier wird geschrieben, daß man nicht einmal in der Lage sei, den Kindern, Kranken und alten Leuten das zu geben, was sie notwendig brauchen.

Ich erinnere mich an eine Zeit, da waren bei uns in Wien und überhaupt in Österreich große Plakate affiziert, mit denen wir aufgefordert wurden: „Trinkt mehr Milch, damit eure Kinder glücklich und gesund sind!“ Wenn ich damit die größere Kindersterblichkeit vergleiche, dann muß ich sagen, daß diese größere Sterblichkeit letzten Endes vielleicht darauf zurückzuführen ist, daß eben unsere Kinder viel zu wenig Milch bekommen. Gewiß stirbt bei uns in Österreich niemand an Hunger; wenn Sie aber wollen, kann ich Ihnen viele Mütter bringen, die aus finanziellen Gründen nicht imstande sind, ihren Kindern die Milch zu geben, die sie zur Ernährung notwendig brauchen. (*Widerspruch bei der ÖVP.*)

Es ist wirklich kein rühmliches Symbol des 20. Jahrhunderts, wenn Brot und Milch an Tiere verfüttert werden. Ich weiß — und das habe ich schon in der Schule gelernt —, daß die Kinder das größte Gut einer Nation und eines Volkes sind. Sollen wir glauben, daß manche Menschen nicht in den Kindern, sondern in den Schweinen das höchste Gut sehen, weil sie eben diesen Schweinen die Milch geben, die eigentlich den Kindern gebühren würde?

Ich denke an den ersten Weltkrieg. Wir kamen damals mit einer Aktion „Kaiser-Karl-Kinder“ aufs Land. Ich sehe noch den ersten Abend bei der Bäuerin, einer warmherzigen, einer guten Frau, vor mir, die uns zunächst in den Stall geführt hat. In ihren Händen hielt sie einen Topf, der mit dampfenden Erdäpfeln gefüllt war. Wir konnten es im Moment gar nicht fassen, daß sie diesen Topf mit diesem kostbaren Gut in den Stall zu den Tieren trug. Wir hatten uns damals ja nächtelang anstellen müssen und bekamen entweder gar keine Kartoffeln oder erfrorene und verfaulte Kartoffeln. Aber diese gute Bäuerin — und wenn ich das heute sage, so ist dies keine Kritik — schüttete den ganzen Topf Erdäpfel in den Futtertrog der Tiere. (*Ruf bei der Volkspartei: Was sollte sie denn tun?*) Plötzlich lagen die aufgesprungenen goldgelben Kartoffeln vor uns. Ich weiß nicht, ob es damals keine andere Futtermöglichkeit gab. Ich ziehe dieses Beispiel nur deshalb heran, weil diese Erinnerung — es sind fast 30 oder gar schon

35 Jahre her — bis heute in mir nicht ertötet worden ist.

Wir wissen alle, daß der Bauer für seine Produkte viel zuwenig bekommt. Gestatten sie mir auch dazu ein Beispiel. Damals sind wir als Sozialistische Jugend gewandert und haben an manchem Bauernhof angeklopft. Auch vor 30 Jahren haben uns nicht mehr alle Bauern nur deshalb vom Hof gejagt, weil wir eine Sozialistische Jugend waren, sondern viele Bauern haben uns auch damals schon freundlichst empfangen, und dann saßen wir um einen Tisch und bekamen Milch und Käse und Butter und manchesmal sogar Eier. Da rechneten wir untereinander immer insgeheim: Was wird denn das nur kosten? Das können wir ja bestimmt nicht bezahlen, denn das ist doch so viel! Jedesmal waren wir aber erstaunt, wie gering der Preis für all das war, was uns dort von den Bauern geboten wurde. Das heißt also: Das Problem, daß der Bauer für seine so schwere Arbeit zuwenig bekommt, ist kein Problem der neueren Zeit, sondern es ist ein Problem, das sich durch die ganze Zeit hindurchzieht. Ich glaube aber nicht, daß man nun einen Appell an den einzelnen Bauern richten muß, sondern an die Verantwortlichen müssen wir uns wenden, die Führung muß hier eine Korrektur vornehmen und hier Wandel schaffen.

Ich habe gesagt, daß ich mich in der Landwirtschaft nicht besonders auskenne, aber ich habe mir sagen lassen, daß sich der Bauer früher für einen Meterzentner Getreide drei Paar Arbeitsschuhe beim Dorfschuster machen lassen konnte, während er heute für einen Meterzentner nur ein Paar Arbeitsschuhe erhält. Ich ließ mir weiter sagen, daß ein Pferd früher für 10 S beschlagen wurde, während man heute aber dafür 100 S und noch mehr bezahlen muß. Genau dasselbe gilt aber doch auch für den Konsumenten! Das Pferd des Arbeiters ist das Fahrrad. Auch das Fahrrad und alle Bestandteile, die er dazu benötigt, sind im Preis im Verhältnis zum Lohn in einem ungleich größeren Ausmaße gegenüber früher gestiegen. Der Lohn beträgt das Fünffache von früher, die wichtigsten Lebensmittel kosten jedoch das Sechseinhalbfache, die Kartoffeln das Zehnfache, die Eier das Zwölffache. Herr Abg. Hartleb, Sie haben sich also geirrt; denn die Eier sind nicht nur siebenmal so teuer als früher. Ich rede nicht von jetzt, wo die Eier 1.70 S pro Stück kosten, aber die Eier sind heute in der Regel mindestens zehnmal so teuer als früher. Das Fleisch ist gegen früher ebenfalls zehnmal so teuer. Nehme ich zum Beispiel das Bauchfleisch, das für den Arbeiter und den Angestellten das Fleisch schlechthin gewesen ist, das sie sich kaufen konnten, so muß ich sagen —

und das weiß jeder —, daß früher ein Kilo Bauchfleisch 1-60 S gekostet hat, während heute dasselbe Bauchfleisch 25 S kostet.

Ich möchte diese Frage deshalb näher beleuchten, weil es ja die Frauen sind, die vor allen anderen in dieser schweren Zeit all diesen Problemen gegenüberstehen, denn die Frauen sind die Finanzminister der Familien. Sie haben es nur schlechter als der Herr Finanzminister, denn wenn der Herr Finanzminister glaubt, daß er die Ausgaben nicht mehr tragen oder das Budget nicht mehr verantworten kann, dann kann er demissionieren. Aber die Frau und Mutter kann nicht demissionieren. Im Gegenteil, je trister die Lage in einer Familie wird, desto mehr weiß man, wie notwendig es ist, daß sie eben mit all diesen Dingen fertig wird. Gestatten Sie mir ein Wort: Die Frau hat sich früher nicht darum gekümmert, wie viele Kalorien sie zu essen bekommt. Es hat sie nicht getröstet, daß in der Zeitung gestanden ist: 2500 Kalorien haben wir schon!, sondern für die Frau ist maßgebend, ob der Mann, wenn er vom Tisch aufsteht, sagt, daß er sich satt gegessen hat. Genau so interessiert sich die Frau auch heute nicht für den Index, sondern sie fühlt nur an ihrer Geldbörse, daß es immer mehr und mehr ist, was für die Lebensmittel und Bedarfsartikel aufgeht.

Ich habe hier nicht das Budget unseres Staates von 18 Milliarden Schilling, sondern das Budget einer Familie, die ein Einkommen von 1374 S hat, und ich möchte dazu bemerken, daß es viele gibt, die weitaus weniger haben. Diese Familie hat zwei Kinder, allerdings nicht nur zwei Kinder, sondern auch einen Musterehemann und einen Mustervater, denn als Taschengeld sind hier nur 49-20 S eingesetzt, und jeder wird wissen, daß es nicht jede Frau mit ihrem Mann so leicht hat, daß er sich mit 49-20 S zufrieden gibt. Wenn ich nun hier die Aufstellung vom Oktober 1951 wiedergebe, so sind es lauter landwirtschaftliche Produkte, die von dieser Familie gekauft wurden: 23 kg Brot, 14 Semmeln, 4 kg Mehl, 2 kg Teigwaren, 45 l Milch, 2 kg Käse und Topfen, 86 dkg Speck, nur  $\frac{3}{4}$  kg Pferdefleisch; allerdings sind  $3\frac{1}{2}$  kg Wurst und 23 Stück Eier dabei. Wenn ich nun die anderen Lebensmittel, um das Ganze nicht zu verlängern, überspringe, ergibt sich, daß diese Familie mehr als 600 S bloß dafür braucht, um die Lebensmittel zu kaufen, die in einem Monat notwendig sind. Es ist dabei kein Reis, kein Bohnenkaffee, keine Bananen, keine kanadischen Äpfel, keine Datteln. Das einzige Ausländische sind 2 dkg Tee und leider nur 1 kg Obst. Die Frau hat in diesem Monat keine Kartoffeln, kein Brennmaterial gekauft, es ist keine Krankheit eingetreten, sie hat

keine Schuhe gekauft, keinen Doppler vom Schuster geholt, kein Möbelstück, kein Kleidungsstück gekauft. Sämtliche Kulturbedürfnisse dieser Familie erschöpften sich in 28 S und in einer Rate für das Radio.

Wenn man dieses Beispiel betrachtet, so kommt man klar und deutlich zu dem Ergebnis, daß eine Familie, die Kinder hat, nur dann leben kann, wenn auch die Frau versucht, irgendwie zum Unterhalt der Familie etwas beizutragen. Dabei sind bei diesem Beispiel nicht berücksichtigt die Altersrentner, die Befürsorgten, die Pensionisten und — gestatten Sie mir — auch nicht die 500.000 Frauen, die es mehr in Österreich gibt, als Männer vorhanden sind.

Es tut mir leid, daß der Herr Abg. Gschnitzer nicht hier ist, aber es ist leider nicht so, daß man es sich aussuchen kann, ob man „flechten und weben will himmlische Rosen ins irdische Leben“, denn es sind von vornherein 500.000 Frauen dazu verurteilt, auf sich selbst angewiesen durchs Leben zu gehen. Es ist erschütternd, wenn man die einzelnen Schicksale dieser Frauen, wenn man die ledige Frau mit dem ledigen Kind betrachtet, eine Frage, die ebenfalls — und ich sage leider, weil der Herr Abg. Gschnitzer zu jenen Abgeordneten gehört, die ich wirklich sehr schätze — von ihm stiefväterlich behandelt wurde.

Es ist wahr, daß in Österreich eine Preissenkung vor sich geht, und wir wollen hoffen, daß es uns gelingt, auf diesem Wege fortzuschreiten. Wir wollen weiter hoffen, daß das, was dem Geschäftsmann in Salzburg gelungen ist, nämlich die Preise statt um 5 Prozent um 10 Prozent herabzusetzen, von dem Grundsatz ausgehend, daß es hier beim Gewinn die Masse ausmacht, auch anderswo ansteckend wirken wird.

Wenn ich zu meinem Ausgangspunkt zurückgehe, dann möchte ich sagen — und ich bitte Sie, das wirklich ernst zu nehmen —, daß es keinem Menschen einfällt, irgendeine Voreingenommenheit oder eine Aversion gegen die Landarbeiter oder die ganze Bauernschaft zu haben. Der Herr Präsident Böhm — ich weiß gar nicht, ob es ihm recht ist, wenn ich es hier sage — hat einmal in einer Rede hier vom Badezimmer der Bauern gesprochen, und ich habe es so tief bedauert, daß dies in der Presse in einer Art und Weise dargestellt wurde, die dem Herrn Präsidenten vollständig fernlag. Ich glaube sagen zu können, daß es leider zuwenig Bauernhöfe in Österreich sind, die ein Badezimmer haben. Unsere Heimat ist so wunderschön, und der Fremdenverkehr bei uns in Österreich könnte uns im Interesse unseres ganzen Landes viel mehr Devisen bringen, wenn wir in Österreich mehr

2796 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951.

Bauernhöfe hätten, die imstande sind, auch Fremde zu beherbergen. In Schweden sind Badezimmer, Telefon und Bibliothek für den Bauern eine Selbstverständlichkeit. Und was mich besonders begeistert hat: in Schweden sitzt im Winter der Bauer mit seiner Frau und mit seinen Angestellten auf der Schulbank in der Volkshochschule und lernt. Er lernt nicht für sich, sondern er lernt im Interesse des ganzen Volkes. Dazu hätte ich auch gern etwas mehr gesagt, aber es ist dazu heute schon zu spät.

Was wir wollen, ist, daß unsere Heimat frei sei, daß unsere Heimat gedeihe. Ich möchte an Sie alle den dringenden Appell richten, mitzuhelfen, nicht nur, daß diese Freiheit der Heimat gewährleistet wird, sondern auch, daß sich das Verhältnis zwischen Bauern und Arbeiterschaft bessert.

Wir werden in einigen Tagen Weihnachten feiern. Wir werden in diesen Tagen alle mit unseren Familien beisammen sein, und wir hoffen, daß wir das nächste Jahr mit Verständnis für alle Probleme dieses Landes beginnen werden, damit es wirklich Friede werde auf Erden für alle, die eines guten Willens sind! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Abg. Dipl.-Ing. **Strobl**: Hohes Haus! Es war nicht mein Programm, heute zu reden. Sie müssen daher entschuldigen, wenn ich Ihre Zeiteinteilung störe. Einige Ausführungen meines Vorredners, des Herrn Abg. Hartleb, haben mich veranlaßt, mich hier zu Worte zu melden. Wenn ich schon beim Worte und bei der Klarstellung der Irrtümer bin, darf ich mir auch erlauben, einen Irrtum, der aus den Worten meiner Vorrednerin herausleuchtete, ebenfalls richtigzustellen.

Wir verantwortungsvollen Politiker sind gewohnt, daß wir auch dort eine Verantwortung tragen, wo wir es aus formalen Gründen nicht müßten. Wir sind aber überrascht, und wir glauben, daß das Maß der Formalität zuweit geht, wenn man uns nunmehr die Verantwortung für die tiefen Landwirtschaftspreise auflasten will. Auf der einen Seite wurden wir immer wieder als diejenigen hingestellt, die die Preiskurbel anlassen wollten, und heute werden wir hier wieder beschuldigt, dafür verantwortlich zu sein, daß die Bauern tiefe Preise haben.

Hohes Haus! Wir haben nie, bei keiner Versammlung und bei keiner Besprechung den Bauern etwas anderes gesagt, als daß sie in den heutigen Zeiten ihre Pflicht dahingehend zu erfüllen haben, daß sie das Bestmögliche aus ihrem Betrieb herausholen, daß sie bemüht sein müssen, die Schwierigkeiten nicht zu vermehren, sondern zu vereinfachen,

und daß sie daher die Vorschriften und die Gesetze einzuhalten haben. Kein einziger von uns hat jemals einen Bauern ermutigt oder ihm gar irgendwie einen Weg gewiesen, der mit den Gesetzen nicht in Einklang zu bringen ist. Wir haben auch darauf verzichtet, dem Bauern irgendwie einzureden, daß sein Los bedauerndswert ist, weil er kein Badezimmer oder sonstige moderne Bequemlichkeiten hat, sondern wir haben darauf hingewiesen, daß es in der heutigen schweren Zeit seine Pflicht ist, auf die Produktion zu sehen. Und niemand wird es mehr begrüßen als wir verantwortlichen Führer der Bauernschaft, wenn alle diese frommen Wünsche, alle diese ausgeklügelten Maßnahmen zum Erfolg führen und wenn die Belieferung der Großstädte, die ja eine natürliche Funktion der Landwirtschaft ist, funktioniert.

Ich darf mich nun den Ausführungen des Kollegen Hartleb zuwenden. Wenn der Kollege Hartleb hier gemeint hat, daß während der Kriegszeit keine Überschlagerungen vorgenommen worden sind, so muß ich dem Herrn Abgeordneten entgegenhalten, daß das nicht richtig ist. Würden wir diese Feststellung annehmen, so müßte schließlich und endlich irgend jemand für die großen Kahlflächen, die ja leider doch vorhanden sind, die Verantwortung tragen, und dann würde es noch so aussehen, als ob wir für die Überschlagerungen, die während der Nazizeit erfolgt sind, die Verantwortung zu tragen hätten. Mein Vorredner hat in seinen Ausführungen wohl zugegeben, daß die Umlagebescheide sehr hoch waren, und er meinte, daß sie nicht ausgeführt wurden. Gewiß gab es auch manche Waldbesitzer, die sich die Zivilcourage leisten konnten, den Umlagebescheiden nicht Rechnung zu tragen; aber ich weiß auch, daß es leider sehr viele waren, die sich diese Courage nicht leisten konnten, sodaß diese Überschlagerungen doch stattgefunden haben.

Aber es waren nicht allein die Überschlagerungen, sondern wir wissen, daß auch die bestgelagerten Bestände geschlägert wurden, also jene Bestände, die mit geringeren Produktionskosten zu nutzen waren. Also nicht nur, daß man flächenmäßig überschlägert hat, hat man auch die bestgelegenen Bestände geschlägert: keineswegs günstig für die Nachkommenschaft, die nunmehr jene Bestände zu nutzen hat, die ihr viel mehr Kosten, Arbeit und sonstigen Aufwand verursachen.

Ich darf noch erinnern, daß während dieser Kriegszeit sowohl die Durchforstung wie auch die Aufforstung als nicht kriegswichtig verboten war. Wollte also ein Waldbesitzer in dieser Richtung etwas tun, so durfte er es



72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951. 2797

nicht, weil das nicht kriegswichtig war. Er konnte keine Arbeitskräfte dafür verwenden. Also auch von diesem Gesichtspunkt aus müssen wir die Behauptung, daß wir für alle Überschlägerungen, die wir heute auf diesem Gebiet vorfinden, verantwortlich seien, zurückweisen.

Und wenn nun der Vorwurf erhoben wurde, daß auch die Aufforstung heute zu wünschen übrig läßt, so darf ich hier eines sagen: Die gigantischen Leistungen in den letzten zwei Jahren haben nicht ihresgleichen in den letzten drei Jahrzehnten. Hätte man in den letzten drei Jahrzehnten nur annähernd so viel geleistet, wie in den letzten zwei Jahren geleistet wurde, wahrhaftig, die österreichische Forstwirtschaft wäre heute leichter in der Lage, alle diese Aufgaben zu erfüllen, die ihr in der schweren Situation, in der wir uns wirtschaftlich befinden, zukommen.

Man hat hier nicht davon gesprochen — ich weiß nicht, ob es Absicht oder Unkenntnis war —, daß in den letzten Jahren gerade unter der Ägide des jetzigen Bundesministers alle die Auswirkungen des Krieges fast verwischt wurden. Man scheint nicht zu wissen, daß die Forstgärten, die restlos vernichtet waren, vollkommen intakt sind. Man scheint nicht zu wissen und scheint es zu übergehen, daß nicht nur in den Forstgärten Pflanzen gezogen werden, sondern auch in der Landwirtschaft heute bereits Pflanzen gezogen werden, um die Preise zu senken. Man hat hier auch von hohen Preisen gesprochen, die es den Waldbesitzern nicht ermöglichen, Pflanzen kaufen zu können. Man umgeht auch hier die Wahrheit und verschließt sich der Wahrheit; denn die Forstpflanzen, die das Bundesministerium in den Bundesforstgärten erzeugt, haben drei Preistarife, wovon der letzte Preis bereits eine Schenkung ist, während der höchste von diesen Preisen noch immer 60 wenn nicht 80 Prozent unter den Handelspreisen liegt. Es kann also hier nicht davon geredet werden, daß die Preise zu hoch sind. Die Preise sind deswegen in drei Gruppen und Staffeln eingeteilt, damit man eben die wirtschaftliche Situation des Waldbesitzers berücksichtigen kann.

Man hat auch nicht erwähnt, was Positives geleistet wurde, und ich muß das hier feststellen; denn wenn man den Minister anklagt, daß er ein Verschulden zu verantworten habe, so muß ich dem das gegenüberstellen, was nicht nur nicht auf eine Schuld, sondern auf Verdienste hinweist.

Man hat in den letzten Jahren große Geldmittel für die Aufforstung aufgewendet; man hat jene Aufforstungsflächen, die während der Nazizeit nicht bearbeitet wurden, jetzt mit

Subventionen aufgeforstet; man hat die Waldwege, die bisher unbefahrbar gewesen sind, Waldbestände, die keinen Anschluß an das Straßennetz gehabt haben, mit großen Baumaschinen aufgeschlossen. Es rattern nunmehr Motoren und Traktoren in Gebieten, wo seit Menschengedenken außer Vögeln, Gams und Jäger niemand hingekommen ist. Das sind Leistungen, die sich sehen lassen können.

Ich könnte Ihnen noch von vielen solchen Dingen erzählen, wie zum Beispiel, daß auch bereits die modernsten Erkenntnisse unserer Forstwissenschaft hier in Österreich in versuchsweiser Anwendung sind, zum Beispiel die Kalkungsversuche, die künstliche Beeinflussung der Bodenproduktionskraft. Ich könnte Ihnen auch etwas erzählen von der Waldstandsaufnahme, von der Inventarisierung unserer gesamten Waldsubstanz und dergleichen.

Das sind positive Leistungen, und ich bitte, das nicht etwa so aufzufassen, als ob ich das nur deswegen gesagt hätte, um Ihnen hier einen Vortrag zu halten. Ich bin überzeugt davon, daß die meisten Damen und Herren des Hohen Hauses das schon gewußt haben. Ich mußte es nur in diesem Zusammenhang sagen, weil hier von einer Seite behauptet wurde, daß die Leistungen absolut unzulänglich waren und Versäumnisse vorgekommen sind, die der Minister zu verantworten hätte.

Was die Bundesforste anbelangt, möchte ich zu dieser Bemerkung nur eines sagen: Die Forstwirtschaft hat eine forstpolitische und auch eine forstwirtschaftliche Zielsetzung. Diese besteht darin, daß bei Erhaltung der Substanz die Leistung eine Kontinuität besitzt, also nachhaltig ist. Wenn ein Forstbetrieb diese Zielsetzung erfüllt, so ist er waldbaulich und forstwirtschaftlich richtig geführt.

Wir verfallen, wenn wir Forstbetriebe, insbesondere der Bundesforste, überprüfen und untersuchen, immer wieder in den Fehler, daß wir nie danach fragen, ob sie dieses forstwirtschaftliche Ziel erreicht haben, sondern wir schauen immer nach der Soll- und Habenseite. Das ist ein kaufmännisches Ziel. Sie werden mir jetzt mit Recht sagen, in dem Gesetz betreffend die Bundesforste vom Jahre 1925 sei diese kaufmännische Gebarung, diese kaufmännische Umsicht den Bundesforsten als wirtschaftliche Zielsetzung vorgeschrieben. Richtig! Aber richtig ist nur das, daß es vorgeschrieben ist. Ich wollte damit nicht sagen, daß es richtig vorgeschrieben wurde; denn ein Staatsbetrieb als Forstbetrieb kann meiner Meinung nach nie und nimmer als primäres Ziel das Soll und Haben voran-

2798 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951.

stellen, sondern er kann als primäres Ziel nur das waldbauliche, das forstpolitische Ziel haben, das in erster Linie den öffentlichen Interessen dient. Und diesem Gesichtspunkt haben die Staatsforste nach Ansicht der forstlichen Fachwelt nicht nur Rechnung getragen, sondern darüber hinaus sogar noch mehr getan.

Wenn eine Forstvereinigung, ein Forstverein für seine Studienreise irgendein Objekt sucht, so wählt er sich eines bei den Bundesforsten aus. Warum? Weil wir bei den anderen Waldbesitzern solche Bestandsbilder nicht mehr oder zumindest nur mehr wenige haben. Wenn man alte Holzreserven sucht, gehen wir in die Bundesforste, weil wir woanders wenige vorfinden. Das müßte man zugrunde legen, wenn man die Bundesforste kritisiert und ihre Wirtschaft einer Kritik unterzieht.

Abschließend will ich lediglich noch die Bemerkung bezüglich der Angestellten streifen. Das ist meiner Meinung nach eine ebenfalls etwas reformbedürftige Vorschrift in diesem Gesetz, die aber aus dem Gesetz herausgelöst allein nicht behandelt werden kann. Deswegen hat ja auch der Finanz- und Budgetausschuß den Antrag der Österreichischen Volkspartei bzw. den Antrag des Herrn Nationalrates Rainer auf Novellierung dieses Gesetzes hinsichtlich dieser Bestimmung zurückgestellt, weil man annehmen muß, daß unter Umständen später eher die Zeit gefunden werden kann, vielleicht das ganze Gesetz zu novellieren. Das wollte ich lediglich zur Richtigstellung der Ausführungen des Kollegen Hartleb hier vorbringen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Gorbach *(der inzwischen wieder den Vorsitz übernommen hat)*: Zum Wort hat sich niemand mehr gemeldet. Wünscht der Herr Spezialberichterstatter das Schlußwort? *(Nach einer Pause.)* Es ist nicht der Fall. Damit ist die Beratung der Gruppe VIII beendet.

Wir gehen in die Beratungen der Gruppe IX: Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie, und Kapitel 21: Bauten, über.

Spezialberichterstatter Haunschildt: Hohes Haus! Die Gruppe IX, deren Verhandlung ich nunmehr als Spezialberichterstatter des Finanz- und Budgetausschusses einzuleiten habe, umfaßt Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie, und Kapitel 21: Bauten. Hinsichtlich aller Einzelheiten der Budgetansätze dieser beiden Kapitel verweise ich auf den gedruckten Spezialbericht zu Gruppe IX.

Wie das ganze Budget zeigt auch diese Gruppe gegenüber dem Bundesvoranschlag des vorhergehenden Jahres eine Erhöhung der Ausgaben. Das Mehrerfordernis gegenüber

dem Jahre 1951 beziffert sich im Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1952 beim Kapitel 20 auf 52,811.500 S, beim Kapitel 21 auf 203,361.200 S in der laufenden Gebarung.

Die Mehrausgaben beim Kapitel 20 sind zum größten Teil mit den Auswirkungen des 5. Lohn- und Preisabkommens zu erklären. Andererseits mußte freilich auch für die unerläßliche Ausgestaltung von Dienststellen Vorsorge getroffen werden.

Bei Titel I sind jene Kosten mitinbegriffen, die sich aus der Übersiedlung in das neue Regierungsgebäude am Ring und der notwendigen Anschaffung von Amtseinrichtungen ergeben. Der Umzug wird sich zu Anfang des Jahres 1952 vollziehen. Die Ersparungen, die sich durch die Zusammenfassung aller Dienststellen in einem einzigen Gebäude einstellen werden, können sich jedoch erst im Jahre 1953 auswirken.

Von besonderer Bedeutung innerhalb des Kapitels 20 sind die bei Titel 2, 3, 4 und 5 veranschlagten Förderungsmittel.

Der bei Titel 3: Ausstellungswesen, veranschlagte Kredit dient vor allem der Beteiligung Österreichs an der Messe in Chicago im Jahre 1952. Außerdem erweist es sich als notwendig, die offizielle Beteiligung Österreichs an einer Reihe von ausländischen Messen zu subventionieren.

Der Förderung des Fremdenverkehrs dient die Ausgabe bei Titel 4. Die österreichische Fremdenverkehrswerbung befindet sich ja in einem äußerst scharfen Konkurrenzkampf mit anderen europäischen Reiseländern, und erst kürzlich mußte anlässlich einer Tagung festgestellt werden, daß unser Ruf als billigstes Reiseland Europas seit dem 5. Lohn- und Preisabkommen kaum mehr aufrechtzuerhalten ist. Hiezu kommt, daß der für die Bedürfnisse des Fremdenverkehrs präliminierte Betrag — zum durchschnittlichen Prämienkurs umgerechnet — einer Summe von 546.538 Dollar entspricht, während ein Vergleich mit dem Jahre 1937 zeigt, daß damals für denselben Zweck im Budget 5 Millionen Schilling vorgesehen waren, die nach dem damaligen Durchschnittskurs über 1 Million Dollar entsprachen. Wenn man berücksichtigt, daß sich die Kaufkraft des Dollars gegenüber dem Jahre 1937 auf die Hälfte vermindert hat, wäre zur Erzielung des gleichen Effektes ein Betrag von 2 Millionen Dollar notwendig, die, zum Prämienkurs umgerechnet, 52 Millionen Schilling ergeben würden. Mit den veranschlagten 14,210.000 S wird kaum mehr als ein Viertel des Erfolges vom Jahre 1937 zu erwarten sein. Die Bedeutung der Fremdenverkehrswirtschaft für unser Land ergibt sich aus der Tatsache, daß sich der Eingang

## 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951. 2799

an Devisen aus dem Fremdenverkehr im Jahre 1951 gegenüber dem Jahre 1948 ungefähr verfünffzigfach hat.

In diesem Zusammenhang muß auch darauf hingewiesen werden, daß die österreichische Fremdenverkehrswerbung dringend einer gesetzlichen Grundlage bedarf, wobei kleinliche Kompetenzbedenken von seiten der Bundesländer nicht das Wohl des Gesamtstaates vernachlässigen sollten.

Die bei Titel 5: Wirtschaftsförderung, vorgesehenen Kredite dienen vor allem der Leistungssteigerung exportwichtiger Betriebe. Verglichen mit der Preisentwicklung, bedeutet die Steigerung von 1,468.000 S gegenüber dem Jahre 1951 im Grunde genommen eine Beschränkung der Mittel.

Die Mehreinnahmen beim Kapitel 20 setzen sich im wesentlichen aus der zeitgemäßen Erhöhung der Gebühren der im Titel 6 veranschlagten technischen Stellen zusammen. Diese sind das Technische Museum, die Bundesversuchsanstalt für Kraftfahrzeuge, das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen, das Patentamt und die Beschußämter.

Beim Kapitel 21: Bauten, sind sowohl die Personalaufwendungen als auch die Sachaufwendungen der verschiedenen Titel: Bundesbaudienst, Straßen- und Brückenbauten, Hochbauten, Bundesgebäudeverwaltung, Wiederaufbau und Wasserbau, um rund 30 Prozent höher als im Jahre 1951. Die Kredite dieses Kapitels sind für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung von wesentlicher Bedeutung, die der Herr Bundesminister für Finanzen als oberstes Ziel der Erstellung des Bundesvoranschlags für das Jahr 1952 bezeichnet hat.

Allerdings wird eine gewisse Einschränkung der Bauvorhaben des Bundes nicht zu vermeiden sein, da die effektiven Baukosten seit der Erstellung des letzten Voranschlags weit mehr gestiegen sind, als die Erhöhung der Kredite beim Kapitel 21 wettzumachen vermag.

Auf Antrag des Herrn Abg. Weikhart und der Frau Abg. Solar hat der Finanz- und Budgetausschuß bei der Vorberatung der Gruppe IX des Bundesvoranschlags für das Jahr 1952 auch eine Entschliebung folgenden Inhaltes angenommen:

Bei der vorjährigen Budgetdebatte über das Kapitel Handel, Gewerbe, Industrie hat das Parlament eine Entschliebung angenommen, in der die Bundesregierung aufgefordert wurde, Maßnahmen zu treffen, damit der Vertrieb von Kriegsspielzeug jeglicher Art im ganzen Bundesgebiet verhindert wird.

Zum größten Bedauern aller Kinderfreunde, aller wahren Kriegsgegner, muß die Feststellung gemacht werden, daß nach wie vor Kriegsspielzeug, wie Revolver, Schießgewehre, Militärfahrzeuge usw., in den einschlägigen Geschäften für Kinder öffentlich zum Kauf angeboten werden.

Um jeden kriegerischen Gedanken auch im Spiel der Kinderseele fernzuhalten, im Interesse der Friedenserziehung, fordern die Abgeordneten neuerlich die Bundesregierung auf, für das ganze Bundesgebiet ein unverzügliches Vertriebsverbot von Kriegsspielzeug aller Art zu erlassen.

Namens des Finanz- und Budgetausschusses stelle ich den Antrag, der Nationalrat wolle dem Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie, und dem Kapitel 21: Bauten, des Bundesvoranschlags für das Jahr 1952 in der vom Finanz- und Budgetausschuß beschlossenen Fassung die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen und die vom Ausschuß vorgelegte Entschliebung annehmen.

Abg. Scharf: Hohes Haus! Es gibt wohl kein Gebiet unseres staatlichen Lebens, auf dem sich die verheerenden Folgen der Marshallisierung so sichtbar abzeichnen, wie auf dem Gebiet der österreichischen Wirtschaft. Auf allen anderen Gebieten kann man — oder man versucht es zumindest — diese Folgen mehr oder weniger verhüllen, propagandistisch verschleiern. Auf dem Gebiete der Wirtschaft gelingt das den Regierungspolitikern nicht mehr so, wie es anfangs angestrebt wurde. Erinnern wir uns doch, daß das Budget, das hier beraten wird, das Budget des letzten Marshallplan-Jahres ist und daß der Marshallplan, so wie er uns von der Regierungspropaganda angepriesen wurde, die Aufgabe haben sollte, zur Gesundung der österreichischen Wirtschaft beizutragen, die Überwindung der Schwierigkeiten in der österreichischen Wirtschaft zu ermöglichen. Heute müssen jedoch selbst Politiker der Regierungsparteien feststellen, daß wir von einer Stabilisierung in der österreichischen Wirtschaft weiter denn je entfernt sind. Es hat nicht nur mein Fraktionsfreund Kopenig auf diese Tatsache hingewiesen, es haben auch eine Reihe von Wirtschaftsexperten diese Tatsache bestätigen müssen.

Ich möchte hier zunächst einmal aus einer Rede des Leiters des Instituts für Wirtschaftsforschung Dr. Nemschak zitieren, der feststellte, daß die österreichische Wirtschaft sechs Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, nach drei Währungsoperationen und fünf Lohn- und Preisabkommen von einer inneren Stabilität weiter entfernt scheinendenn je.

2800 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951.

In einer andern Rede erklärte derselbe Dr. Nemschak: Was die fünf Lohn- und Preisabkommen betrifft, so seien die jeweils erhofften Wirkungen nur teilweise eingetreten, während sich störende Momente in zunehmendem Maße einstellten. Auch das letzte Lohn- und Preisabkommen habe nicht die erwartete Konsolidierung gebracht, sondern neue Forderungen der Landwirtschaft sowie erhebliche Preissteigerungen bzw. Lohnforderungen gezeitigt.

Der Abg. Böck-Greissau hat in einem Artikel, der am 3. Oktober in der „Neuen Wiener Tageszeitung“ erschienen ist, davon gesprochen, daß es inflatorische Auswirkungen in der österreichischen Wirtschaft gebe und daß die österreichischen Wirtschaftstreibenden das Gefühl haben, daß es sich bei der Wirtschaft in Österreich um einen Tanz auf dem Vulkan handelt.

Wenn man heute den Leitartikel der „Arbeiter-Zeitung“ liest, dann findet man dort das Geständnis, daß die Europäische Zahlungsunion in einem Memorandum Österreich ermahnt, alle Anstrengungen zu machen, um das Gleichgewicht in der österreichischen Wirtschaft wiederherzustellen, weil sonst nicht einmal diese Europäische Zahlungsunion, die ihren Sitz in Paris hat, imstande ist, Österreich noch zu helfen. Wir sehen, von Wirtschaftsfachleuten aller politischen Richtungen wird auf die Tatsache hingewiesen, daß die österreichische Wirtschaft weniger denn je einer Stabilisierung entgegengeht. Überall muß der Bankrott der österreichischen Wirtschaftspolitik zugegeben werden. Dieses Eingeständnis des Bankrotts der österreichischen Wirtschaftspolitik ist aber gleichzeitig ein Eingeständnis des Bankrotts der Marshall-Wirtschaft überhaupt. Es ist der Bankrott der Politik der Auslieferung Österreichs an die amerikanische Politik, durch die die Schwierigkeiten in der österreichischen Wirtschaft nicht überwunden, sondern im Gegenteil noch vergrößert wurden.

Welches sind nun die Perspektiven, die die verantwortlichen Männer und die Wirtschaftsfachleute in Österreich angesichts dieser Situation haben? Ich möchte Ihnen einiges aus der Erklärung des Herrn Handelsministers, die er im Finanz- und Budgetausschuß abgegeben hat, vorlesen. Auch der Herr Handelsminister muß die trostlose Wirtschaftssituation in Österreich zugeben. Er sagte: „Bei dieser Sachlage besteht die Gefahr, daß alle drei Ziele, die wir vor Augen hatten, nicht erreicht werden können, daß nämlich eine Verminderung der Lebensmittelimporte zu Störungen in der Versorgung und eine Kürzung der Kohlen- und Rohstoffimporte zu Einschränkungen in der industriellen und gewerb-

lichen Verarbeitung führen und außerdem das Investitionsvolumen zu sehr verengt wird.“ Der Herr Handelsminister weist auch auf die Tatsachen hin, die zu dieser Situation geführt und sie verschuldet haben: „Der enorme Importbedarf“ — so sagt der Herr Handelsminister — „der Jahre 1924 bis 1937 wurde damals ohne Auslandshilfe gesichert, weil eben in viel höherem Ausmaß exportiert wurde. Auch heute liegt der Fehler nicht in zu hohen Importen, sondern ausschließlich in den zu niedrigen Exporten. Ich bin daher mit dem Herrn Minister Dr. Migsch völlig einer Meinung, daß es die entscheidende Aufgabe der österreichischen Wirtschaftspolitik ist, den Export wie immer nur möglich zu steigern.“

In ähnlichem Sinn weist auch Dr. Nemschak auf die Bedeutung eines erhöhten Exports hin. Er sagte, die Kürzung der Auslandshilfe zwingt Österreich in Hinkunft, seine Ausfuhr um mindestens 20 Prozent zu steigern.

Wir sehen also, es wird allgemein zugegeben: Die zentrale Frage der österreichischen Wirtschaft ist die Steigerung des Exports. Es waren nicht zuletzt die Vertreter des Linksblocks, die auch hier in diesem Hause immer wieder auf diese Tatsache hingewiesen und eine vernünftige Exportpolitik gefordert haben. Wir haben vor allem auf die Notwendigkeit einer richtigen Außenhandelsorientierung hingewiesen und auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die daraus entstehen müssen, daß sich die österreichische Wirtschaft vor allem auf den Handel mit dem Westen konzentriert, der uns vor allem nur Rohstoffe und Halbfabrikate abnimmt, während die Länder, die von uns Fertigwaren beziehen könnten und zu beziehen bereit sind, im Osten liegen.

Wir haben die Tatsache angeprangert, daß man versucht, aus Österreich eine Rohstoffkolonie Amerikas zu machen. Man hat diese Argumentation als Propaganda bezeichnet, die nur parteipolitischen Zielen diene, und nun können wir feststellen, daß selbst Vertreter der Regierungsparteien die Richtigkeit unserer Argumentation bestätigen müssen. Der Herr Handelsminister Dr. Kolb hat im Finanz- und Budgetausschuß erklärt: „Besonders ungünstig ist das Bild, wenn man die Betrachtung auf die für den österreichischen Export besonders wichtige Fertigwarenausfuhr abstellt. Der prozentuelle Anteil der Fertigwaren am Export ist rückgängig, und man muß fast den Eindruck gewinnen, daß die Ausfuhrschwierigkeiten umso größer sind, je arbeits- und lohnintensiver eine Ware ist.“ Dr. Nemschak erklärte in ähnlichem Sinne: Während das Ausfuhrvolumen im letzten Vierteljahr 1950 noch um 33 Prozent über dem gleichen Zeitraum 1937 lag, war es im ersten Halbjahr

## 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951. 2801

1951 nur um 11 Prozent höher und im Juli 1951 um 3 Prozent kleiner als 1937. Noch stärker habe sich der Export von Fertigwaren verschlechtert, deren Anteil am Export im zweiten Halbjahr 1950, 87 Prozent, im zweiten Vierteljahr 1951 aber nur mehr 62 Prozent von 1937 betragen habe. — Diese Zitate sind der Presse entnommen.

Ich möchte also hier noch einmal sagen: Diese rückläufige Entwicklung des Exports, der strukturell falsche Export, die Überbetonung der Rohstoffe und der Halbfertigfabrikate bei der Exportwirtschaft haben wir in der Vergangenheit wiederholt bekämpft, und wir haben auch wiederholt festgestellt: Fertigwaren wird von uns nicht der Westen, sondern kann von uns nur der Osten beziehen. Die Politik aber, die zu einer solchen Ausweitung des Rohstoff- und Halbfabrikatexports zwingt, ist eine Politik, die nicht den Interessen und Bedürfnissen der österreichischen Wirtschaft, sondern lediglich den Bedürfnissen der amerikanischen Kriegsvorbereitungen, der amerikanischen Kriegspolitik dient.

Diese Politik ist es auch, die dazu geführt hat, daß in Österreich, vor allem in der Grundindustrie und in den Großbetrieben, Fehlinvestitionen zum Schaden der übrigen Industrien und der Kleinbetriebe, in denen Fertigwaren hergestellt werden, durchgeführt wurden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch auf die Schwierigkeiten, die für die Kleinbetriebe aus den Einschränkungen bei der Kreditbeschaffung entstehen, hinweisen. Es sind auch hier wieder Koalitionsorgane, die ich als Zeugen für diese Tatsache anführen möchte. Da war in der „Wirtschaftswoche“ der SPÖ in ihrer Nummer vom 14. September 1951 zu lesen: „Aus statistischen Unterlagen geht eindeutig hervor, daß das Gewerbe zwar zur größten Arbeitgebergruppe gehört, an dem Gesamtkreditvolumen aber nicht einmal mit einem Zehntel beteiligt ist.“

Und in der „Wirtschaft“, im Organ des Herrn Präsidenten Raab, wird in ähnlichem Sinn festgestellt; „Die vom Institut für Gewerbeforschung bei den Herrenschnidern, Malern, Anstreichern und Elektrotechnikern durchgeführten Reihenuntersuchungen ergaben die für das gesamte Gewerbe kennzeichnende Feststellung, daß der Mangel an geeigneten Kreditmöglichkeiten eines der größten Hemmnisse bildet. 90 Prozent der befragten Betriebsinhaber erklärten, daß die gegenwärtigen Kreditkosten von 8,5 Prozent für sie untragbar sind. Nur 20 Prozent bezeichneten einen Kreditkostensatz von 5 Prozent als annehmbar, während 70 Prozent

betonten, daß für sie nur 3,5 bis 4 Prozent in Frage kämen.“

Während also die Kleinbetriebe mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, werden die Großbetriebe, wird die Grundindustrie entschieden mit Krediten bevorzugt. Ich berufe mich hier auf die Budgetrede des Herrn Dr. Fink im vergangenen Jahr, der auf die Tatsache hinwies, daß zum Beispiel in der Sägeindustrie vor allem die größten Unternehmungen mit Krediten noch und noch unterstützt werden. Der Abg. Dr. Fink erklärte, daß die Amerikaner „ihr Geld lieber in den Bau, in die Einrichtung eines Großsägewerkes mit fünf, sechs oder noch mehr Gattern hineinstecken als in die musterhafte Ausgestaltung eines kleinen oder mittleren Werkes ...“ „Nun“ — so führte der Abg. Dr. Fink aus — „ist eine Reihe von solchen Großsägewerken ... geschaffen worden.“ Und der Abg. Dr. Fink wies in diesem Zusammenhang auch gleichzeitig auf die Gefahren hin, die mit dieser Förderung der Großindustrie und der damit zusammenhängenden Ausplünderung der österreichischen Rohstoffe entstehen. „Der Wald kommt nicht mit“ — sagte Dr. Fink. „Wir können wunderbare Hochleistungsgatter bauen — wir haben heute schon Tourenzahlen von 500 und 600 —, aber der Wald kommt dabei einfach nicht mit. Daher ist hier bei aller Anerkennung der ERP-Aktion ein gewisses Maßhalten und eine gewisse Vorsicht im wohlverstandenen Interesse des österreichischen Volksvermögens am Platz.“

Aber der Raubbau wird ja nicht nur am Holz betrieben, er wird in ähnlicher Weise an der Zellulose, am Eisen betrieben. Ich führe hier nur das Beispiel von Eisenerz an. Vom Erzberg wurden im Jahresdurchschnitt vor der Besetzung Österreichs durch den Nazifaschismus 1,8 Millionen Tonnen Erz gebrochen. In der Zeit der Nazibesetzung wurde ein Raubbau betrieben und die Förderung bis auf 2 Millionen Tonnen erhöht. Heute aber beträgt die Förderung bereits 2,3 Millionen Tonnen, und in den Plänen ist vorgesehen, diese Förderung auf 3 Millionen Tonnen zu erhöhen. Diese Aufblähung der Grundindustrie in Österreich entspricht durchaus nicht den Bedürfnissen der österreichischen Wirtschaft. Sie führt zu der Verzerrung der österreichischen Wirtschaftsstruktur und wird vor allem noch für die Zukunft größte Schwierigkeiten für unsere Wirtschaft bringen.

Diese verkrampfte Wirtschaftspolitik wäre durchaus nicht notwendig. Sie wäre nicht notwendig, wenn die entscheidenden politischen Stellen in Österreich den Handel mit den Ländern ausbauen würden, die seit jeher die

2802 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951.

natürlichen Handelspartner für die österreichische Wirtschaft gewesen sind, deren Wirtschaft eine natürliche Ergänzung für die Wirtschaft Österreichs bedeutet.

„Die Industrie“ schreibt am 29. September: „Lebensmittel, Kohle und Hartholz machen über zwei Drittel des österreichischen Imports aus dem Osten aus. Andere-seits ist sein Export nach demselben Gebiet über zwei Drittel Fertigprodukte, einschließlich einer wesentlichen Menge von in österreichischen Fabriken erzeugten Metallprodukten. Österreich tauscht daher im wesentlichen Qualitätsarbeit für Rohprodukte. Einige der Erzeugnisse, die von Österreich exportiert werden, mögen strategische Bedeutung haben, zum Beispiel Walzware, Kugellager und Rollenlager. Wenn aber Österreich gezwungen wäre, diese Produkte an anderen Märkten zu verkaufen, müßte es viel schlechtere Tauschbedingungen annehmen, als der Osten gewillt ist anzubieten.“

Es zeigt sich also, daß auch hier zugegeben werden muß, daß die Handelsbedingungen mit dem Osten für die österreichische Wirtschaft viel günstiger sind, als die Handelsbedingungen mit dem Westen. Es ist also gar nicht einzusehen, welches Interesse das österreichische Volk und die österreichische Wirtschaft haben sollten, diese günstigen Bedingungen des Handels mit dem Osten nicht auszunützen. Aber hier handelt es sich um Fragen, auf die ich schon hingewiesen habe, um Bindungen, die die österreichische Regierung gegenüber Amerika eingegangen ist, die es verhindern, daß sich die österreichische Wirtschaft natürlich und ihrer eigenen Struktur gemäß entwickeln kann, weil der Regierung die Einordnung Österreichs in die amerikanische Kriegspolitik wichtiger erscheint als die Entwicklung einer gesunden Wirtschaft im Interesse des österreichischen Volkes.

Wenn man sich die Entwicklung des Handels mit den osteuropäischen Staaten ansieht, dann muß man zu sehr pessimistischen Perspektiven gelangen. Der Handel mit den osteuropäischen Staaten sah im Jahre 1929 so aus, daß 47 Prozent unserer Einfuhr aus dem Osten kamen und 43 Prozent unserer Ausfuhr nach dem Osten getätigt wurden. Im Jahre 1948 betrug die Einfuhr aus dem Osten nur mehr 16 Prozent und die Ausfuhr nach dem Osten 20 Prozent unserer Gesamtausfuhr. Im Jahre 1949 stiegen diese Prozentzahlen etwas: bei der Einfuhr auf 17 Prozent und bei der Ausfuhr auf 25 Prozent. Nun aber beginnt wieder eine absteigende Linie. Im Jahre 1950 waren es nur mehr 14 Prozent unserer Gesamteinfuhr, die wir aus dem

Osten bezogen, und 19 Prozent unserer gesamten Ausfuhr, die nach dem Osten gingen. Im ersten Halbjahr 1951 betrug der Anteil des Ostens an unserer Einfuhr nur 11 Prozent, der Anteil unserer Ausfuhr nach dem Osten nur mehr 13 Prozent. So sind die Tatsachen.

Es ist in dieser Beziehung sehr verantwortungslos, wenn der Abg. Dr. Migsch voriges Jahr in der Budgetdebatte, als ich ähnliche Feststellungen traf, in seiner höhnischen Weise erklärte: „Ja, ist es dem Herrn Abg. Scharf entgangen, daß sich zum Beispiel im Oktober die Ausfuhr Österreichs in die Tschechoslowakei verdoppelt hat?“ Das sind die Argumente, die uns von den Koalitionspolitikern entgegengehalten werden. Nicht die große Linie der Exportpolitik wird als Argument genommen, sondern die Entwicklung des Exportes in einem Monat und nach einem einzigen Land.

Das Hauptargument, das man uns hinsichtlich einer Intensivierung des Handels mit den osteuropäischen Staaten entgegenhält, ist die Behauptung, der Osten sei nicht lieferfähig. Nun stellt sich aber heraus, daß gerade das Gegenteil richtig ist.

In Österreich haben wir den größten Mangel an Kohle. An diesem Mangel leidet die Industrie, darunter leiden die Bundesbahnen und der Haushalt der Familien. Wenn wir uns die Ziffern über die Einfuhr von Kohle ansehen, dann kommen wir zu dem Ergebnis, daß auch auf diesem Gebiet eine sehr unverantwortliche Politik betrieben wird. Wir bezogen für das vierte Quartal 1951 nach den Mitteilungen der „Industrie“, also dem Organ der österreichischen Industriellen, aus Amerika 500.000 t Steinkohle, aus dem Ruhrgebiet 420.000 t Steinkohle und 115.000 t Braunkohlenbriketts und aus Polen 270.000 t Steinkohle. Also aus Polen die geringste Menge, obwohl die polnische Kohle die billigste Kohle ist. Die amerikanische Kohle kostet uns per Tonne 27 Dollar, die Ruhrkohle 21 Dollar und die polnische Kohle, vor allem seit der Verbilligung am 1. November, 18 Dollar pro Tonne.

Das sind die Tatsachen, Tatsachen, die man in einer Hetzpropaganda in den vergangenen Monaten zu verwischen bestrebt war, die aber trotzdem nicht aus der Welt geschafft werden können. Wir haben zu wenig Kohle, wir könnten aus Polen mehr Kohle beziehen, die polnische Kohle ist die billigste Kohle, die es gegenwärtig für uns gibt, und dennoch gibt es keinerlei Bemühungen, eine solche Erhöhung der Kohle-einfuhr aus Polen herbeizuführen. Im Gegenteil, man bemüht sich, die teurere Kohle aus dem Ruhrgebiet nach Österreich zu

bekommen, ebenfalls nach dem Bericht der „Industrie“, obwohl Westdeutschland eine Verminderung der Ausfuhr von Kohle anstrebt.

Während wir also auf der einen Seite in Westdeutschland Schwierigkeiten haben, um die teurere Kohle zu erhalten, kommt man uns von polnischer Seite, selbst nach den Berichten eines Koalitionsorgans, nämlich der „Wirtschaftswoche“, in weitestgehendem Maße entgegen. Die „Wirtschaftswoche“ berichtete am 17. August über die Handelsbesprechungen und über die Einfuhr polnischer Kohle nach Österreich: „Nach längeren Besprechungen wurde von polnischer Seite ein Kohlenkontingent von einer Million Tonnen zugestanden, eine Menge, die eigentlich über die ursprünglichen Erwartungen der österreichischen Delegation hinausgeht.“ In dem Bericht heißt es weiter: „Die polnischen Unterhändler erwiesen sich, obwohl sie selbstverständlich den Vorteil ihres Landes zu wahren suchten, als auffällig entgegenkommend.“ Warum bemüht man sich nicht, dieses Entgegenkommen der polnischen Seite dazu auszunutzen, um endlich dem österreichischen Haushalt und der österreichischen Industrie mehr und billigere Kohle zur Verfügung stellen zu können? Aber das wünscht man anscheinend nicht. Wir leiden an Kohlenmangel und müssen teure Kohlenpreise bezahlen, weil unserer Außenpolitik eine Fehlorientierung unserer Wirtschaft zugrunde liegt.

Der Abg. Strommer hat hier gestern festgestellt, daß das Hauptproblem für die Landwirtschaft die Frage der Futtermittel ist und daß aus dem Mangel an Futtermitteln eine Reihe weiterer Schwierigkeiten in der Landwirtschaft abzuleiten sind, er hat aber nicht davon gesprochen, daß wir die Möglichkeit hätten, Futtermittel aus den osteuropäischen Staaten einzuführen. Auch dafür will ich einige Beispiele bringen. Rumänien hat uns im August und Dezember 1950 und im Frühjahr 1951 Weizen angeboten. Im Juni 1951 ist es zum Abschluß gekommen. Wir haben allerdings um 500 Tonnen Weizen weniger eingeführt, als uns von seiten Rumäniens angeboten worden war. Mit Maislieferungen war es ähnlich. Die letzten Angebote Rumäniens wurden im Juni und Juli 1951 gemacht, aber diese Angebote sind bis heute ohne Antwort geblieben. Rumänien hat uns Rapsschrot und Zuckerrübenschnitte angeboten. Auch diese Angebote sind nicht ausgenutzt worden, auch diese landwirtschaftlichen Produkte sind also nicht nach Österreich gekommen. Rumänien war bereit, für die österreichischen Exportwaren jeden Preis zu bezahlen und uns Schweine zu liefern. Auch hier haben wir gestern aus dem Munde des Herrn Abg. Strommer erfahren müssen, daß wir die Schweine nicht aus Rumänien, sondern aus

Argentinien beziehen, die uns sicher schon wegen des langen Transportweges bedeutend teurer kommen. Es ist also nicht so, daß der Osten lieferunfähig ist, sondern es besteht eben eine gewisse Unwilligkeit auf der österreichischen Seite, diesen Handel mit den osteuropäischen Staaten auszubauen. Darauf weist vor allem die Tatsache hin, daß trotz der günstigen Verträge mit Rumänien von dem Walzdraht, den wir nach Rumänien zu liefern hätten, nur ein Zehntel geliefert worden ist und daß das Stahlkontingent, das wir zu liefern hätten, überhaupt nicht erfüllt wurde. Mit noch größerer Deutlichkeit weist aber die Tatsache, daß wir im Jahre 1950 für 52 Millionen Dollar Waren aus dem Osten eingeführt, aber nur für 44 Millionen Dollar Waren nach dem Osten exportiert haben, auf die Unwilligkeit der österreichischen Regierung hin, den Handel mit den osteuropäischen Staaten auszubauen. Das schaut also nicht nach Lieferunfähigkeit des Ostens, sondern eher nach Lieferunwilligkeit österreichischer Stellen aus, und mit der Sowjetunion, die Österreich sicher eine Reihe von wichtigen Produkten liefern könnte, ist bis heute überhaupt kein Handelsvertrag abgeschlossen worden. Es zeigt sich also sehr klar: die Regierung will den Handel mit den osteuropäischen Staaten nicht oder, besser gesagt, ihr sind seit der Eingliederung Österreichs in das Marshall-System die Hände gebunden.

Die Propaganda mit der sogenannten Lieferunfähigkeit des Ostens aber ist vor allem eine Ausrede, ein Ablenkungsmanöver, um von der eigenen Schuld und von der eigenen wirtschaftlichen Unfähigkeit abzulenken. Die Vertreter des Linksblocks haben wiederholt darauf hingewiesen und auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die darin liegt, daß die österreichische Wirtschaft dem amerikanischen Diktat ausgeliefert wird, daß in Wahrheit nicht mehr österreichische Bedürfnisse für die österreichische Wirtschaft entscheidend sind, sondern einzig und allein die Wünsche der amerikanischen Kriegspolitiker. Damals hat man das als Demagogie bezeichnet, aber heute muß man es bereits mit mehr oder weniger Offenheit zugeben.

Ich weise hier auf einen Artikel hin, der in einem Blatt der Österreichischen Volkspartei, in den „Österreichischen Monatsheften“, im Oktober 1951 erschienen ist, der sich mit dem Osthandel beschäftigt und die Notwendigkeit des Osthandels betont. Es heißt hier: „Ob und inwieweit Amerika als Besatzungsmacht Österreich die Bewilligung zu einem ausgedehnten Osthandel geben wird, ist zur Stunde nur Spekulation.“ Hier wird also klar festgestellt: Entscheidend ist, ob uns Amerika die Bewilligung gibt, und weil die österreichische

2804 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951.

Regierung ohne Bewilligung Amerikas nichts tun will und nichts tun kann, darum wird dieser Handel zum Schaden der österreichischen Wirtschaft vernachlässigt.

Ähnlich wird in einem Artikel der „New York Times“ vom 1. Oktober 1951 das Diktat Amerikas über die österreichische Wirtschaft zugegeben. Hier heißt es: „Für die Österreicher steht die Sache anders, da die meisten österreichischen Wirtschaftsleute der Ansicht sind, daß ihre eigentlichen Absatzmärkte auf die Dauer im Osten liegen, und daher dem Verbot der Vereinigten Staaten, strategisch wichtige Rohstoffe nach dem Osten zu liefern, widerstreben.“ Hier wird also klar und eindeutig von einem Verbot der Vereinigten Staaten gesprochen.

Aber selbst der Herr Finanzminister Dr. Margarétha hat sich in einem ähnlichen Sinne, und zwar in der „Industrie“ vom 29. September 1951, ausgedrückt. Hier wird festgestellt, daß es eben auch notwendig sein werde, an die osteuropäischen Staaten jene gewünschten Güter zu liefern, die vielleicht nicht immer den Embargo-Bestrebungen der freien Welt entsprechen mögen.

So sieht es also mit der österreichischen Wirtschaft aus. Amerika schreibt uns vor, welchen Außenhandel wir betreiben und welchen Außenhandel wir nicht betreiben dürfen. Nicht die Not des österreichischen Volkes und nicht die Notwendigkeiten der österreichischen Wirtschaft, sondern die amerikanischen Kriegspolitiker sind es, die über unsere Wirtschaft entscheiden. Aus allen diesen Eingeständnissen ergibt sich aber auch klar, daß damit praktisch die Souveränitätsrechte des österreichischen Volkes preisgegeben worden sind, daß damit die Unabhängigkeit unseres Landes aufgegeben wurde. Hier wird doch sooft in demagogischer Weise von Agenten einer ausländischen Macht gesprochen. Sind nicht diejenigen die Agenten der amerikanischen Politik, die die österreichische Wirtschaft dem Diktat Amerikas ausliefern, statt die Interessen der österreichischen Wirtschaft wahrzunehmen? Diese Politik hat uns schwersten Schaden gebracht. Sie hat die Stabilisierung und die Gesundung der Wirtschaft verhindert. Sie ist es, die die Schuld hat an den steigenden Preisen, an der Knappheit an Lebensmitteln und an der Senkung der Lebenshaltung der breiten Massen der werktätigen Bevölkerung.

Man versucht natürlich mit allen Mitteln der Propaganda, die österreichische Bevölkerung für eine solche Politik zu gewinnen. Man versucht, sie durch eine wüste Hetze gegen die osteuropäischen Staaten zu gewinnen sowie durch Aufrufe zum Kalten Krieg, wie etwa der Herr Abg. Pittermann einen vom

Stapel gelassen hat, aber auch durch Artikel, wie da vor kurzem einer im Gewerkschaftsblatt der Privatangestellten erschienen ist, in dem ganz offen von den österreichischen Werktätigen ein Obolus für die Aufrüstung der Welt verlangt wird. Es heißt hier: „Wie wäre es, wenn wir erklären, wir nehmen diese Senkung“ — das heißt also, die Senkung der Lebenshaltung — „zur Kenntnis; es ist der Obolus, den wir für die Aufrüstung in der ganzen Welt leisten müssen.“ Ich glaube, die werktätige Bevölkerung hat gar keine Ursache, einen solchen Obolus zu leisten. Die werktätige Bevölkerung wünscht die Aufrüstung nicht, und sie wünscht auch keinen Krieg. Die österreichische Bevölkerung will in Frieden leben, sie will freundschaftliche Beziehungen nach allen Seiten hin haben und sie will eine Wirtschaftspolitik, die es ermöglicht, daß die lebenswichtigen Güter nach Österreich kommen. Das österreichische Volk wird sich auch mit der Preisgabe der österreichischen Souveränität nicht abfinden.

Um den Kampf der werktätigen Bevölkerung für ihre gerechten Forderungen, für die Erhöhung des Realeinkommens aufzuhalten, hat man vor einigen Wochen den Schwindel mit der Preissenkung gestartet. Da sind große Reden geschwungen worden, da sind große Artikel geschrieben worden, aber schließlich und endlich mußte man selbst in einem Organ wie der „Arbeiter-Zeitung“ zugeben, daß es sich hier nur um eine Augenauswischerei handelt.

Ich will in diesem Zusammenhang nur einige Beispiele behandeln. Der Abg. Dr. Migsch hat bei der ersten Lesung des Budgets die Forderung nach der Senkung der Fleischpreise erhoben. Diese Rede wurde am 26. Oktober in der „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht. Es heißt hier: „Heute fordern wir: Zurück mit dem Fleischpreis! Und wie das die Herren der Agrarbürokratie machen, geht uns gar nichts an! Machen müssen sie es!“ Das war die Forderung, die der Abg. Migsch erhoben hat. Aber am 29. Oktober, also wenige Tage später, wurde bereits der Fleischpreis, statt gesenkt zu werden, neuerdings erhöht. Damals hat die „Arbeiter-Zeitung“ die neuen Fleischpreise bekanntgegeben, und zwar mit 23 S und 24 S für ein Kilogramm Schweinefleisch. Am 17. November wurden die Fleischpreise dann abermals erhöht, diesmal auf 32 und 34 S. Wir sehen also, daß sich bereits in der Zeit zwischen der ersten und der zweiten Lesung dieses Budgets die ganze Demagogie des Herrn Abg. Migsch enthüllt hat, und zwar schneller enthüllt hat als seine seinerzeitigen Behauptungen über die USIA-Schlägerungen im Naßwald.



Auf dem Gebiet des Fleischpreises ist also von einer Senkung nichts festzustellen. Über die Milchmisere ist hier schon genügend gesprochen worden; mein Fraktionsfreund Elser hat diese Frage eingehend behandelt. Ich möchte nur noch darauf hinweisen, daß auch zu diesem Milchskandal die falsche Handelspolitik der Regierung entscheidend mit beiträgt, denn es ist vor allem die Futtermittelknappheit, die bei den Bergbauern große Schwierigkeiten hervorgerufen und zum Rückgang der Milchproduktion geführt hat. Auch auf dem Gebiete der Milchversorgung kann man also von einer Erleichterung im Haushalt der werktätigen Bevölkerung nicht sprechen.

Wie schaut es nun mit den Mietzinsen aus? Im Jahre 1949 ist die SPÖ mit der Parole „Am Mieterschutz und an den Zinsen darf nicht gerüttelt werden!“ in die Wahlen gegangen. Dann sind die Zinserhöhungen gekommen. Erst hat man erklärt, sie gelten nur für die Mieterschutzwohnungen, nur für die Altwohnungen aus der Zeit vor 1917, und jetzt werden sogar in den Gemeindebauten die Mietzinse erhöht. Von seiten der Regierung wird außerdem dem Parlament ein neuer Gesetzentwurf vorgelegt werden, durch den die werktätige Bevölkerung mit einer neuen Wohnbausteuer belegt werden soll. Das sind die sogenannten Preissenkungen, das sind die Methoden, nach denen heute in Österreich gewirtschaftet wird!

Aber ich möchte auch folgendes feststellen: Es hat einmal in Österreich eine andere sozialistische Politik gegeben, es hat in Österreich einmal ein Hugo Breitner gelebt, und der hat gewußt, von welcher Seite man sich die Mittel für den Wohnungsbau beschaffen kann. Es ist bezeichnend, daß die Erinnerung an diese Wohnbaupolitik auch noch in der Sozialistischen Partei, aber nur mehr bei den einfachen Mitgliedern, lebendig ist. Das zeigen vor allem gewisse Anträge, die auf dem Parteitag der SPÖ diskutiert worden sind. Einer dieser Anträge — er wurde von der Bezirksorganisation Amstetten der SPÖ gestellt — fordert, es sollen auf dem Gebiete des Wohnungswesens die Luxuswohnungen besteuert werden. Ein anderer Antrag der Bezirksorganisation Meidling verlangt, im Interesse der Linderung der Wohnungsnot sowie der Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung die Einführung einer Wohnbausteuer, wie eine solche vor 1934 bestanden hat, in Erwägung zu ziehen. Wir sehen aber bei der Führung der SPÖ den Verzicht auf die Prinzipien einer sozialistischen Politik, der mit dazu beigetragen hat, diese Wirtschaftspolitik in Österreich, diese dauernde Senkung der Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung herbeizuführen.

Ja, wird man sagen, es gibt aber andere Waren, deren Preise wirklich gesenkt worden sind! Ich weise in dieser Frage auf verschiedene Artikel hin, die sogar in der „Arbeiter-Zeitung“ erschienen sind und in denen dieser ganze Schwindel der Preissenkung aufgedeckt wurde. Ich möchte hier nur ein Beispiel anführen, das ich gestern aus eigener Anschauung kennenlernte. Es gibt da ein Geschäft, das Hemden verkauft, Hemden, die früher zum Preis von 100 S zu haben waren. Diese werden jetzt, nach der Preissenkung, um 95 S verkauft, aber man muß extra 5 S für den Reservestoff bezahlen. Der Reservestoff ist der zweite Kragen, den man zu dem Hemd dazubekommt und der früher in dem Preis von 100 S eingerechnet war. Diesen muß man jetzt gesondert bezahlen, und darin besteht die ganze „Preissenkungsaktion“. Ein anderes Hemd besserer Qualität, das bisher 140 S gekostet hat, ist jetzt samt dem Reservekragen ebenfalls wieder um 140 S zu erhalten, nur daß der Preis so angeschrieben ist, daß das Hemd mit 134 S und der Reservestoff mit 6 S beziffert wird.

So sieht die Preissenkungsaktion auch auf anderen Gebieten aus. Schließlich und endlich haben ja auch die offiziellen „Statistischen Nachrichten“ zugeben müssen, daß der Index der Einzelhandelspreise nur um ein halbes Prozent gesunken ist und daß die ganze Preissenkungsaktion nur eine psychologische Wirkung habe. Mit diesem Wort wurde eine große Wahrheit ausgesprochen: Die ganze Preissenkungsaktion soll nur psychologische, propagandistische Wirkungen haben. Mit ihr will man den arbeitenden Menschen, die heute für die Verbesserung ihres Real Einkommens kämpfen, die heute die Forderung nach der Überbrückungshilfe erheben, in den Rücken fallen und ihnen mit dem Schwindel kommen: Ihr verhindert die Preissenkung, wenn ihr diese Forderungen erhebt!

Wie wenig wirkungsvoll diese Preissenkungsaktion gewesen ist, verspürt heute die breite Masse der Bevölkerung, und deshalb läßt sie sich auch heute nicht mehr vom Kampf für ihre Forderungen abhalten. Selbst auf dem Parteitag der SPÖ ist diese Stimmung zum Ausdruck gekommen. Dort hat man weder dem Innenminister noch sonst einem sozialistischen Regierungsmitglied den Dank für die Initiative auf dem Gebiet der Preissenkungsaktion ausgesprochen, sondern dort hat man die sozialistischen Regierungsmitglieder angeklagt, dort hat man eine strengere Preiskontrolle verlangt, dort hat man Schluß mit der Lohn- und Preispolitik und einen schärferen Kampf gegen die Kapi-

2806 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951.

talistenpartei gefordert sowie die Heranziehung der Reichen zu den Opfern, die für die Wirtschaft notwendig sind. Das ist die Stimmung, die in der sozialistischen Arbeiterschaft, die in weiten Kreisen der werktätigen Bevölkerung herrscht und die selbst auf dem Parteitag der SPÖ zum Ausdruck gekommen ist. Natürlich hat man es dort mit der alten Taktik und Regie verstanden, diese Stimmung abzufangen.

Mit Scheinmaßnahmen, mit Preissenkungsgeschwätz ohne tatsächliche Preissenkung versucht man heute die Bevölkerung genau so irrezuleiten, wie man sie seinerzeit mit dem Kartellgesetz betrogen hat, mit einem Kartellgesetz, von dem man heute schon überall hören kann, daß es die Wirkungen, die man propagandistisch in Aussicht gestellt hatte, nicht bringt.

Der „Volkswirt“ vom 12. Oktober muß im Hinblick auf das Kartellgesetz feststellen: „Alles in allem kann gesagt werden, daß sich durch das Inkrafttreten des Kartellgesetzes an dem bis jetzt bestehenden Zustand kaum allzuviel ändern dürfte, und das entspricht wohl den Intentionen der Kartellfreunde. Sicher ist allerdings, daß durch das Kartellgesetz ein neuer und wahrscheinlich nicht geringer Aufwand an Verwaltungsarbeit notwendig wird, der sicher nicht in einem vernünftigen Verhältnis zu den Wohltaten stehen wird, die uns dieses Gesetz bescheren wird.“

So also sieht es aus. Das Kartellgesetz entspricht den Intentionen der Kartellfreunde und nicht den Intentionen der Kartellgegner. Aber der Bevölkerung hat man sogar in der SPÖ-Presse erklärt, daß nun mit dem Kartellgesetz auch in der Preispolitik ein Wandel geschaffen wird. Wir, der Linksblock, sind es gewesen, die auf diesen Schwindel aufmerksam gemacht haben und die man deshalb beschimpft und verleumdet hat.

Ähnlich war es beim Preistreibereigesetz. Auch damals haben wir festgestellt, daß dieses Preistreibereigesetz eine Augenauswischerei ist, und man hat uns wegen dieser Feststellung angefahren. Nun haben wir es vor wenigen Tagen erlebt, daß selbst ein Mann wie der Abg. Hillegeist hier bei der Budgetdebatte feststellen mußte, daß dieses Preistreibereigesetz völlig unwirksam ist.

So werden die Regierungspolitiker in den nächsten Wochen wahrscheinlich auch zugeben müssen, daß ihre ganze Preissenkungsaktion und ihre Propaganda mit der Preissenkung unwirksam gewesen ist, daß die Preissenkung nicht realisiert wurde. Aber wenn sie das nach ein paar Wochen erklären, dann macht es ja den Herrschaften nichts mehr aus, dann ist die Zeit für die Überbrückungshilfe

vorbei, dann ist Weihnachten vorüber, und dann können sie schon leichter mit der Wahrheit herauskommen. Aber ich glaube, diese Politiker täuschen sich, denn die werktätige Bevölkerung wird ihren Kampf für die Erhöhung der Löhne und Gehälter weiterführen.

So möchte ich zusammenfassend sagen: Die Wirtschaftspolitik Österreichs — das zeigt sowohl die Entwicklung des Innen- wie des Außenhandels — geht dem Bankrott entgegen, einem Bankrott, der sogar von offiziellen Stellen dieser Wirtschaft heute zugegeben werden muß. Und wenn man in letzter Zeit im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten der Wirtschaft Gerüchte über eine Regierungs-umbildung und über den Rücktritt des Herrn Finanzministers in Umlauf gesetzt hat, dann möchte ich dazu sagen: Uns scheint nicht so sehr eine Regierungs-umbildung oder der Rücktritt eines einzelnen Ministers erforderlich, sondern der Rücktritt des ganzen Systems der Auslieferung Österreichs und der österreichischen Wirtschaft an die amerikanische Kriegspolitik. Was wir in Österreich brauchen, ist eine Regierung, die nicht für die Wünsche Amerikas, sondern für die Interessen der österreichischen Werktätigen arbeitet! Dafür tritt der Linksblock ein, und deshalb stimmt er gegen das Budget.

*Inzwischen hat der Präsident wieder den Vorsitz übernommen.*

**Abg. Truppe:** Hohes Haus! Ich möchte mich, bevor ich zu meinen eigentlichen Ausführungen komme, zuerst einmal mit dem soeben vom Kollegen Scharf gehaltenen Referat in kurzen Worten auseinandersetzen.

Kollege Scharf hat zu wiederholten Malen erklärt, daß der Marshallplan an den Schwierigkeiten schuld sei, die wir in Österreich durchleben müssen. Er hat seine Behauptungen damit zu begründen versucht, daß selbst Herr Dr. Nemschak ausgeführt habe, die Lohn- und Preisübereinkommen seien in ihrer Wirkung überwiegend negativ gewesen, und auch Herr Abg. Böck-Greissau erklärt habe, die österreichische Wirtschaft befinde sich auf einem Vulkan. Ich möchte dazu sagen:

Der Marshallplan ist unter gar keinen Umständen an verschiedenen Unzulänglichkeiten schuld, die ich selbst später in meinem Referat behandeln will. Der Marshallplan hat uns zweifelsohne durch viele Jahre hindurch über viele Schwierigkeiten hinweggebracht, und selbst die kommunistische Fraktion, die Fraktion des Linksblocks, hat so manchen Vorteil aus dieser Unterstützung und aus dieser Hilfe für sich in Anspruch nehmen können. Denken wir nur zurück an die Lebensmittellieferungen. Denken wir

72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951. 2807

daran, daß wir unseren Außenhandel überhaupt erst über den Marshallplan aktivieren konnten. Denken wir an die vielen Investitionsmöglichkeiten, die uns der Marshallplan eröffnet hat, die letzten Endes heute auch auf der Konsumentenseite bestimmte positive Wirkungen zeitigen.

Freilich hat Amerika in einer Zeit, in der die Welt in immer größere Spannungen eingetreten ist, den Standpunkt vertreten, daß die Vorteile, die die österreichische Wirtschaft aus dem Marshallplan zieht, nicht in den Ostblock hinüberwechseln dürfen. Ich glaube, Kollege Scharf, bei umgekehrten Verhältnissen hätte der Linksblock eine solche Forderung des Ostens als eine Selbstverständlichkeit hingestellt. Man sieht es ja bei vielen anderen Dingen und man sieht es vor allem bei den dem Ostblock angehörenden Staaten, welche Forderungen hier von seiten Rußlands an diese Staaten gestellt werden. Ein Beispiel mag die Tschechoslowakei zur Zeit des Beginns des Marshallplanes sein, die damals auf Grund wehrpolitischer oder ostblockpolitischer Gesichtspunkte sofort wieder von ihrer Bereitschaft zur Teilnahme am Marshallplan abgehalten wurde.

Aber stellen wir bei der Behandlung unserer Außenpolitik einmal den Osten und den Westen einander gegenüber. Gerade das, was der Linksblock kritisiert, daß der Westen etwas für sich in Anspruch nimmt, gerade das will ja der Osten von Österreich. Kollege Scharf, du hast ja selber darauf hingewiesen, daß Österreich an Rumänien nicht den notwendigen Stahl, Draht und sonstige Artikel geliefert hätte. Es sind also dieselben Forderungen, die an Österreich gestellt werden.

Was muß der Grundsatz der österreichischen Außenhandelspolitik sein? Der Grundsatz der österreichischen Außenhandelspolitik muß nach meiner Meinung sein, sich von der Gefahr fernzuhalten, einmal wieder das Schicksal erleben zu müssen, das Österreich seinerzeit erlebt hat, als die 1000-Mark-Sperre verhängt wurde. Wenn Österreich besonders in kritischen Zeiten allzusehr abhängig ist von dem einen oder dem anderen Staat, allzu abhängig ist von nur ganz bestimmten Lieferungen oder Gegenlieferungen der österreichischen Wirtschaft selbst, dann kann es sehr leicht passieren, daß die Liefer- oder die Abnehmerstaaten, wenn sie Bestrebungen nach der Eingliederung Österreichs in diesen Block an den Tag legen, den günstigen Augenblick abwarten, um dann die Pläne in die Tat umzusetzen. Wie war es denn bei Jugoslawien? Hat nicht der ganze Ostblock durch wirtschaftliche Sanktionen versucht, die jugoslawische Wirtschaft zum Zusammen-

bruch zu bringen? Sehen Sie, gegen eine solche Abhängigkeit müssen wir uns wehren, wir müssen alles daran setzen, um hier unabhängig zu bleiben! (Abg. Scharf: Wir sind ja nicht unabhängig!)

Ich möchte dazu und auch zu diesem Zwischenruf: „Wir sind nicht unabhängig!“ nur sagen: Schauen wir uns die Struktur Österreichs einmal an! Das, was Österreich nach dem Westen zu liefern in der Lage ist, sind zum größten Teil Produkte Westösterreichs. Das, was die österreichische stahlverarbeitende Industrie und die sonstige rohstoffverarbeitende Wirtschaft im östlichen Gebiet Österreichs aufzubringen vermag, das hat sich der Osten, das hat sich Rußland ohne Handelsvertrag, ohne Besprechungen und ohne Zustimmung von selber gesichert. Hier geht der Handel ohne viel Reden vor sich, und hier steckt man das ein, was man für sich als richtig und notwendig findet.

Wenn man in diesem Zusammenhang nun auch sagt, wie es der Kollege Scharf erklärte, wir seien diejenigen, die Agentendienste leisten, so sehen wir uns doch einmal diese Dinge objektiv an! Wir haben zu wiederholten Malen amerikanische und kapitalistische Wirtschaftsmethoden kritisiert und wir wehren uns gegen kapitalistische Wirtschaftsmethoden. Wir sind bemüht, ihnen Widerstand entgegenzustellen, wo immer wir können. Aber wenn in der kapitalistischen und in der bolschewistischen Welt dasselbe geschieht, dann sind Sie sehr leicht dazu zu bewegen, die Rollen zu tauschen und Ihre Meinung zu wechseln. (Abg. Scharf: Das Marshall-Abkommen haben Dr. Gruber und Dr. Schärff unterzeichnet!)

Wir haben doch in der letzten Debatte, mein lieber Kollege Scharf, einen Ausspruch gehört, den hier der Abg. Honner oder Kopenig gemacht hat: „In Ungarn, da haben es die Arbeiter nicht nötig, sich gegen Preissteigerungen zu wehren.“ Das heißt, in Ungarn haben die Arbeiter kein Recht, zu den Problemen Stellung zu nehmen, wie man das bei uns hier tut. Das charakterisiert die Einstellung.

Wir sind frei in unserer Kritik, und ich werde auch heute ganz frei hier die Meinung vertreten, die zu vertreten ich für notwendig halte. Aber das ganze Referat, Kollege Scharf, das du hier gehalten hast, war nichts anderes als eine Verteidigung all dessen, was im Osten vor sich geht, eine Forderung all dessen, was der Osten von uns verlangt, und eine Verdammung all dessen, was bei uns geschieht. Das ist nicht Objektivität. So werden die Arbeiter nicht begeistert werden können. Mag sein, daß sie in einer Zeit

2808 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951.

schwerster Not Verzweiflungsakte setzen. Aber die Ideen, die von euch hier vorgetragen werden, werden euch, solange es bei uns eine Demokratie gibt, nie die Mehrheit unter der österreichischen Arbeiterschaft einbringen.

Zum Abschluß meiner Erwiderung möchte ich zu den hier zitierten Breitner-Steuern sagen, daß es die Kommunistische Partei zur Zeit Breitners war — das wurde in diesem Haus schon so oft gesagt, daß ich es nicht zu wiederholen brauche —, die ihn als den Mann der Reaktion, als den Schützling der Reichen hingestellt hat. (*Abg. Scharf: Heute würdet ihr ihn als Kommunisten bezeichnen!*) Über dieses Kapitel wurden wiederholte Male hier Zeitungsartikel von der kommunistischen Presse der damaligen Zeit zitiert. Ich will mich nicht weiter damit auseinandersetzen.

Inwieweit aber diese Verdächtigungen oder diese Forderungen, die heute hier vorgetragen wurden, ernst zu nehmen sind, ist aus einer Entgegnung der „Volksstimme“ vom 11. Dezember dieses Jahres zu entnehmen. Hier, in der vom Bundeskanzleramt der Zeitung zugeschiedenen Entgegnung, heißt es:

„Entgegnung: Sie schreiben in Ihrer Nummer 245 vom 23. 10. 1951 im Artikel „Stromkrise offiziell angekündigt“: „Für diese Krise trägt einzig und allein die Regierung die volle Verantwortung, denn statt die Kohlen und damit die Stromversorgung Österreichs sicherzustellen, hat sie — allen Warnungen zum Trotz — in Ausführung amerikanischer Aufträge das Angebot der polnischen Regierung, Österreich mit jeder gewünschten Kohlenmenge gegen entsprechende Warenlieferungen — und zwar zu bevorzugten Preisen! — zu beliefern, abgelehnt.“ Dies ist un wahr“ — das schreibt die Zeitung. (*Abg. Scharf: Die Regierung schreibt das!*) Wenn Sie es nicht glauben, daß das wahr ist, ich habe die „Volksstimme“ ja mitgebracht. — „Wahr ist vielmehr, daß die polnische Regierung die Lieferung jeder Menge Kohle gegen entsprechende Warenlieferungen zu bevorzugten Preisen nicht angeboten hat.“

Sie schreiben: „Die Amerikaner haben die Ausfuhr der von Polen verlangten Waren verboten, und die Regierung hat dieses Verbot durchgeführt und die polnischen Kohlenlieferungen sabotiert.“ Das ist un wahr. Wahr ist, daß die Amerikaner die Ausfuhr der von Polen verlangten Waren nicht verboten haben und daß die Regierung kein Verbot durchzuführen hatte und die polnischen Kohlenlieferungen nicht sabotiert hat.“

Diese Dinge sind von so jungem Datum, daß ich glaube, daß dazu nichts mehr zu sagen ist. Damit, Hohes Haus, möchte ich

meine Erwiderungen auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Scharf abschließen.

Und nun zum Kapitel Handel und Wiederaufbau, unter das eine Reihe wirtschaftlich außerordentlich wichtiger Gruppen, wie der Handel, das Gewerbe, die Industrie und die Bauten fallen. Es sind dies Gruppen, die den Gang unserer Wirtschaft ganz wesentlich bestimmen. Hohes Haus! Ich will mich heute hier mit grundsätzlichen Fragen beschäftigen, und ich werde Einzelheiten nur als Charakteristikum zu diesen Grundsatzfragen anführen.

Sehen wir uns den Handel an! Der Handel hätte in der Wirtschaft die volkswirtschaftliche Funktion, die Waren auf die billigste und günstigste Weise vom Produzenten zum Konsumenten zu bringen. Das ist die Funktion des Handels innerhalb der Volkswirtschaft. Wir müssen uns nun fragen, ob der Handel diese ihm zustehende und zugeordnete Funktion wirklich ausübt. Der österreichische Handel ist — das ist allgemein bekannt — überdimensioniert, insbesondere der Großhandel. Wenn wir diese Tatsache nun bei der volkswirtschaftlichen Betrachtung berücksichtigen, müssen wir sagen, daß die Überdimensionierung zu beseitigen ist, wenn wir auf dem Gebiete des Handels zu gesunden Zuständen kommen wollen. Es wäre daher notwendig, daß man vorweg einmal an die grundsätzliche Arbeit geht.

Die Verhältnisse liegen in Österreich de facto so, daß die Preise nicht auf Grund des alten Gesetzes von Angebot und Nachfrage und auf Grund der Konkurrenz festgesetzt werden, die in der freien Wirtschaft eine wesentliche Rolle zu spielen hätte. Die Konkurrenz wird in Österreich vielmehr durch die verschiedensten Einrichtungen ausgeschaltet. Neben den Kartellverbindungen gibt es Einrichtungen in der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, die mit Empfehlungen und Anweisungen an ihre Mitglieder immer sehr rasch bei der Hand ist, wenn irgendwo einmal Preise unterboten werden. Man könnte eine Reihe solcher Beweise liefern. Neben den kartellmäßigen Verbindungen und der Funktion der Innungen auf diesem Gebiete gibt es dann noch eine Reihe von Lieferverabredungen beziehungsweise Liefervereinbarungen.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Brauereivereinigung. Dort wurden Liefervereinbarungen getroffen, die nicht mehr und nicht weniger besagen, als daß jeder Unternehmer, der diesem Verbands angehört, für alle Zeiten seine gesicherte Einnahme hat. Wenn Brauereibetriebe stillgelegt werden müssen, wird durch die Liefervereinbarungen und die dort festgelegten Pönalien dem Erst-

## 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951. 2809

lieferer sein Verdienst garantiert. Leidtragend sind lediglich die Arbeiter dieses Betriebes, die bei einer eventuellen Stilllegung ihre Arbeitsplätze verlieren.

Dazu kommt noch eine Reihe anderer Einrichtungen. Ich denke dahier auch an die Genossenschaften. Es ist nicht unbekannt, daß es die Genossenschaften, die ausgezogen sind, um den Groß- und Zwischenhandel zu bekämpfen, beispielsweise bei den Gemüseimporten außerordentlich gut verstehen, in Zeiten, in denen Gemüse besonders gebraucht wird — und das ist im Frühjahr —, den Import so zu regeln, daß bei uns in Österreich außerordentlich hohe Preise dafür gegeben sind oder, besser gesagt, für die österreichischen Produzenten gesichert werden. Man geht hier rücksichtslos über die Wünsche der Konsumenten hinweg. Ja man hört sogar, daß sich auch der Kohlenimporthandel auf genossenschaftlicher Basis entwickeln will, wohl in der Absicht und in der Hoffnung, daß ihm auf diesem Boden weniger als durch das, wie wir zugeben wollen, noch sehr mangelhafte Kartellgesetz zu Leibe gerückt werden könnte. Die Zusammenfassung des Kohlenimporthandels in einem Kartell scheint riskantlos.

Wir müssen nun unsere Schlußfolgerung ziehen und uns fragen: Was sollte und müßte hier geschehen? Ich bin der Meinung, daß wir von vornweg beginnen müssen zu untersuchen, was auf dem Gebiete des Handels notwendig ist und was nicht notwendig ist. Ich will meine Gedanken mit einigen Beispielen untermauern.

Nehmen wir das Baueisen her. Es ist heute den Baufirmen nicht möglich, Baueisen direkt vom produzierenden Betrieb zu beziehen. Dieses Baueisen muß über den Großhandel bezogen werden, obwohl es nur waggonweise bestellt werden kann. Auf diesem Weg fällt soundsoviel für den Großhandel ab, ein Zustand, der unbedingt beseitigt werden müßte.

Es müßte daher Vorsorge getroffen werden, daß der Bezug von Massenartikeln nur direkt zu erfolgen hat und der Großhandel hier ausgeschaltet wird. Wenn wir diesen Weg einmal beschreiten und bei unseren Untersuchungen und Überprüfungen ein System anwenden werden, dann, bin ich überzeugt, wird man in der Lage sein, alles das, was man unter funktionslosem Handel versteht, in einer systematischen Durcharbeitung zu beseitigen.

Das, was beim Eisen angestrebt wird, sollte auch bei den Textilien gemacht werden. Auch hier sollten große Bestellungen direkt erfolgen, ohne daß die Textilbetriebe selber

ihre bisherigen Niederlagen und Großhandels-einrichtungen beseitigen, und es soll wieder das alte System der direkten Belieferung von der Niederlage des Betriebes zum Konsumenten dieser Textilien hergestellt werden. So könnte es auch bei den Schuhen, beim Leder usw. geschehen. Es gibt hier also eine Reihe von Möglichkeiten, auf dem Gebiete des Handels eine Fehlerbereinigung durchzuführen.

Freilich wird in diesem Zusammenhang Verschiedenes fallen müssen, und es soll auch fallen. Es fehlt ja bei uns in Österreich daran, daß nicht ausgesprochen wird, was notwendig ist, und noch mehr fehlt es an Mut, einmal an die Arbeit zu gehen. Wir müssen den Mut aufbringen, zu sagen: Dieser und jener Handel ist überflüssig, er hat keine Funktion, er muß beseitigt werden! (*Lebhafte Zustimmung bei den Sozialisten.*) Die Menschen, die dort beschäftigt sind, müssen einer zweckmäßigeren, der Volkswirtschaft besser dienenden Arbeit zugeführt werden.

Nun bin ich aber der Meinung, daß die wichtigsten Probleme für uns in Österreich durch eine bessere Preisbildung gelöst werden könnten. Ich möchte in diesem Zusammenhang eine Reihe von Beispielen anführen, die für die Entwicklung bei uns charakteristisch sind. Wir wissen, daß heute die gewerbliche und industrielle Leistung im Verhältnis zum Jahr 1937 oder 1938 ungefähr 130 Prozent beträgt. Eine gewaltige Leistung! Diese Leistung wurde unter ganz besonderen Perspektiven durchgeführt, die jetzt ihre negativen Seiten hervorzukehren beginnen. Ich glaube, es ist an der Zeit, das zu erkennen; denn zu spät erkannte negative Wirkungen können fürchterliche Schlußfolgerungen für die weitere Entwicklung zeitigen.

Ich vergleiche nun einige Preise auf dem Gebiete der Eisen- und Metallverarbeitung. Das Stabeisen ist heute ungefähr fünfmal so teuer als 1937. Das Grobblech hat einen Index von rund 494 Prozent, Nickel einen solchen von 412 Prozent, Aluminium einen von 306 Prozent. Die Löhne der Metallarbeiter erfuhren in der gleichen Zeit folgende Entwicklung: Spezial- und Facharbeiter 415 Prozent, angelernte Arbeiter 457 Prozent und Hilfsarbeiter 490 Prozent. Der Anteil der sozialen Lasten am Bruttolohn ist gegenüber 1937 um 8 bis 9 Prozent gestiegen; er beträgt heute ungefähr 22 Prozent des Bruttolohnes.

Sehen wir uns aber nun die Preise solcher Fertigwaren an, die in der Hauptsache Eisen und die vorgenannten Metalle als Grundstoffe haben. Eine Richter-Drehbank kostete 1937 1500 bis 2000 S, heute 18.000 bis 25.000 S; eine mechanische Presse kostete zirka 2500 S,

2810 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951.

heute 25.000 S; ein Dieselmotor von 8 PS rund 2000 S, heute 25.000 S; ein Elektromotor von 4 bis 5 PS 200 bis 300 S, heute 1800 bis 2500 S; ein Grasmäher früher 450 S, heute rund 4600 S; ein Heuwender früher 350 S, heute 4000 S; eine Milchmaschine früher 250 S, jetzt 2140 S.

Wir können feststellen, daß die Steigerung der Preise der Grundstoffe rund 500 Prozent ausmacht, daß die Löhne in der metallverarbeitenden Branche auf rund 460 Prozent gestiegen sind, daß aber die Fertigwarenpreise rund 1000 Prozent gegenüber früher ausmachen. Ich muß fragen: Ist eine solche Kluft wirklich gerechtfertigt?

Schauen wir uns nun auf dem Gebiete der Holzwirtschaft die Struktur bei uns in Österreich an. Schon bei der Budgetdebatte des Vorjahres hat Herr Abg. Wallner dem Hohen Hause mitgeteilt, daß die Kapazität der österreichischen Sägen kaum zu 40 Prozent ausgenützt wird. Im abgelaufenen Jahre wurde für die österreichische Sägewirtschaft durch namhafte Investitionen noch eine Steigerung ihrer Kapazität erwirkt. Wenn wir demgegenüber die Rohstoffbasis vergleichen, die ja letzten Endes das Fundament unserer Sägeindustrie ist, so sieht die Situation — ich entnehme diese Zahlen der „Österreichischen Forst- und Holzwirtschaft“ — wie folgt aus:

In der Zeit zwischen 1946 und 1950 wurden in Österreich 18 Prozent Überschlagerungen vorgenommen. In Kärnten betragen diese Überschlagerungen in dieser Zeit 42 Prozent. Wir müssen uns nun fragen, ob es denn volkswirtschaftlich zweckmäßig ist, daß man bei einer Schmälerung der Rohstoffbasis eine wesentliche Erweiterung der Verarbeitungsbetriebe vornimmt. Wir müssen uns doch entscheiden, ob wir für die nächsten, meinetwegen 10 oder 20 Jahre einen Raubbau an unserem Wald betreiben wollen, oder aber, ob wir nicht lieber doch Fehlinvestitionen auf dem Gebiet der Holzverarbeitenden Betriebe, insbesondere in der Sägewirtschaft, einstellen sollen. Hier wird im wahrsten Sinne des Wortes Vergeudung betrieben, und es mögen die zuständigen verantwortlichen Stellen einmal wirklich ernstlich darüber nachdenken, ob man eine solche Vergeudungswirtschaft auf die Dauer aushalten kann.

Es geschieht aber heute schon sehr oft, daß Betriebe kurzarbeiten oder überhaupt eingestellt werden müssen, weil die Rohstoffbasis nicht mehr gegeben ist. Unsere Zellulose- und Papierverarbeitungsbetriebe bieten zudem noch einen außerordentlich hohen Preis, so daß gutes Nutzholz für diese Zwecke verarbeitet werden kann, obwohl nach holz-

wirtschaftlichen Grundsätzen für Zellulose und Papier nur schlechteres Holz zur Verarbeitung kommen soll.

Wenn ich hier die Reihe fortsetze, möchte ich das Kapitel der Bauwirtschaft erörtern. Es soll hier auch festgestellt werden, meine Damen und Herren, daß die Preise der Baumaterialien in der Relation nicht unwesentlich über den Leistungen für Löhne und Vorprodukte stehen. So werden Mittel, die zu Investitionen und zur Wirtschaftsförderung gedacht sind, über die Bauwirtschaft in zweiter Instanz wiederum fehlgeleitet. Ich werde später zu diesen Dingen noch grundsätzlich Stellung nehmen.

Hohes Haus! Es wird immer davon gesprochen, daß Österreich ein armes Land ist und daß wir sehr sparsam mit all dem, was uns zur Verfügung steht, umgehen müssen und sollen. Ich bin auch dieser Meinung, nur vermißt man, daß dieser Erkenntnis auch die Taten folgen. Zur Förderung einer Wirtschaft ist eine gesunde Investitions- und Subventionspolitik notwendig. Dazu gehört auch eine richtige Kredit- und Preispolitik.

Wie steht es nun mit den Möglichkeiten der Investition bei uns in Österreich? Das Investitionsbegünstigungsgesetz ermöglicht es, 20 oder 25 Prozent des Gewinnes als Investitionsrücklage für Investitionszwecke sicherzustellen. In diesem Zusammenhang müssen wir uns einmal fragen, wer denn die Möglichkeit hat, auf diesem Weg wirklich Investitionsmittel aufzubringen. 20 oder 25 Prozent sind von einem hohen Gewinn sehr viel. In einem solchen Fall können bedeutende Mittel mobilisiert werden. Aber 20 oder 25 Prozent von einem kleinen Gewinn sind sehr wenig, und es reicht bei solchen Betrieben fast nie aus, nennenswerte Investitionen zu tätigen.

Wenn wir nun aus diesem Tatbestand die Konsequenz ziehen, so geht in unserer Wirtschaft folgende Entwicklung vor sich: Die Großgewinner sind durch dieses Investitionsbegünstigungsgesetz in der Lage, große Investitionssummen rückzulegen. Sie sind in der Lage, nach wenigen Jahren wieder namhafte Investitionsbeträge in ihren Betrieb rückfließen zu lassen. Die Großgewinner haben daher die Möglichkeit, ihre Betriebe rasch auszubauen, während die Betriebe mit kleinem Gewinn kaum in die Lage versetzt werden, aus der Investitionsbegünstigung heraus das Fundament zu einer wirklich namhaften Investition zu legen. In der weiteren Folge sehen wir nun, daß in den Konjunkturbetrieben eine gewaltige Anhäufung von Mitteln und eine Vergrößerung der Kapazität zustandekommt, während die anderen Betriebe zurück-

## 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951. 2811

bleiben und untergehen müssen, ob sie nun wollen oder nicht.

Da wir das Kapitel der Gewinne besprechen, will ich auch einige Worte über die Frage des Gewinnes und des Scheingewinnes sagen. Bei uns wird sehr viel darüber diskutiert und sehr viel Klage darüber geführt, daß auch die Scheingewinne besteuert werden. Ich bin auch der Meinung, daß man nur mit dem entnehmbaren Gewinn rechnen und nur diesen bei der Betrachtung unserer Volkswirtschaft heranziehen soll. Wenn wir uns aber die Entwicklung der Betriebe seit 1945 ansehen, dann können wir feststellen, daß die entnehmbaren Gewinne ja letzten Endes in den Lagervorräten der Betriebe, im Ausmaß der Erweiterung des Betriebes und in den sonstigen Ausgaben der sogenannten Wirtschaftsführenden zu sehen sind.

In einer darniederliegenden Wirtschaft kann es wohl sein, daß es eine Zeit hindurch notwendig erscheint, den Betrieben größere Reserven zu überlassen, damit sie durch diese Reserven eine Steigerung ihrer Kapazität zustandebringen. Aber heute sind wir in Österreich bereits bei dem Punkt angelangt, daß die Reserven bei Berücksichtigung der entnehmbaren Gewinne, also der Gewinne nach Abzug der Besteuerung, so groß sind, daß sehr viele Unternehmer entweder mit ihren Kapitalien nach anderen Wirtschaftszweigen ausweichen oder aber sich Konten im Ausland anlegen.

Es ist daher notwendig, daß wir eine Wendung in unserer Politik vornehmen, und wir werden uns bei der Behandlung der Schillingeröffnungsbilanz und all dieser Fragen, die ja hier sehr weitgehend hineinspielen, sehr genau den Stand unserer Wirtschaft von heute und die möglichen Entwicklungen für die Zukunft ansehen müssen, bevor eine Entscheidung getroffen wird.

Wir sehen es auch bei der Textilwirtschaft: Unsere Textilindustrie investiert und weitet ihre Erzeugung aus. Investitionen werden doch getätigt oder sollen getätigt werden, damit letzten Endes die Konsumenten auch einen Anteil an der Leistungssteigerung haben können. In Wahrheit ist es aber so, daß trotz intensiver Investitionstätigkeit die Konsumenten nur noch mehr belastet werden.

Sehen Sie, diese Art der Investition, der steigenden Belastung des Konsumenten, können wir nicht gutheißen, weil für uns der Mensch und seine Bedürfnisse im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen.

Meine Damen und Herren! Während dieser Debatte ist schon des öfteren von einem Ressort in das andere gegriffen worden. Es

sind verschiedene Hinweise auf andere Ressorts, die wieder ihre Rückwirkungen auf dieses Ressort haben, vorgekommen. So muß auch ich hier mit kurzen Worten auf ein Ressort verweisen, das heute schon besprochen wurde, das aber beim Kapitel Investitionstätigkeit und Auswirkung der Investitionen doch noch irgendwie behandelt werden soll.

Es handelt sich um die Investitions- und Subventionstätigkeit in der Landwirtschaft, besonders bei den Molkereien. Der Milchpreis ist doch eine wesentliche Ausgabenpost im Arbeiterhaushalt. Ich will hier nur einen Hinweis bringen, um zu charakterisieren, wie auch hier die Entwicklung auseinanderläuft.

Die Kapazität der Kärntner Molkereien wurde im Jahre 1950 mit ungefähr 57 Prozent ausgenützt. Nach dem gegenwärtigen Stand wird die Kapazität für das Jahr 1951 nur mit 45 Prozent ausgenützt. Es wurden aber viele Molkereien in den letzten Jahren weitgehend ausgebaut. Die Folge dieses Tatbestandes ist nun, daß Betriebs- oder Anlagekapitalien in diesen Molkereien amortisiert werden müssen. Je geringer die Ausnützung der Kapazität ist, umso höher ist jetzt die relative Investitionsquote auf dem Preis.

Bei uns in Österreich und auch anderswo macht man hier wie in anderen Wirtschaftszweigen den großen Fehler, daß man Einrichtungen schafft, für die man nicht rechtzeitig auch die Voraussetzungen zustandebringt. Auch in dieser Richtung müssen wir uns entscheiden und entweder konsequent für die Aufbringung der Milch für die Molkereien sorgen, oder aber müssen wir überlegen, ob es zweckmäßig ist, in die Molkereien als Investitionsmittel soviel Geld zu stecken, das ja dann letzten Endes eingefrorenes Geld ist und uns auf anderen Gebieten der landwirtschaftlichen Förderung außerordentlich abgeht. Aber dieses Schleifenlassen, dieses nicht ernste Anpacken der notwendigen Lösung der Probleme bringt uns überall nur Verluste und in ihrem Gefolge natürlich neue soziale Spannungen und Schwierigkeiten. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gorbach.*) Na, ich glaube, Herr Präsident, Sie haben sich dafür noch nicht exponiert. Ich habe besonders von Ihnen, wenn Sie hier standen, so etwas noch nicht gehört, ich bin aber gerne bereit, Sie anzuhören, wenn Sie etwas wissen oder etwas dazu zu sagen haben.

Nun zur Preisbildung, meine Damen und Herren! Wir haben eine Reihe grundsätzlicher Fragen der Investitionen und der Subventionen besprochen. Ich will nun versuchen, das Kapitel unserer Preisbildung und deren Folgerungen zu erörtern.

2812 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951.

Bevor ich aber auf dieses Kapitel eingehe, möchte ich darauf hinweisen, daß auch unsere Kreditpolitik noch nicht auf einer richtigen Basis fußt; denn auch Kredite werden in der Regel nur solchen Betrieben gegeben, die im Wege des Investitionsbegünstigungsgesetzes das eigene Grundkapital aufbringen; auf diesem Wege massiert man die Mittel nur noch mehr in bestimmten Konjunkturbetrieben, in gewinnbringenden Betrieben. Wir wollen diese Angelegenheit später weiterbehandeln.

Wie schaut es nun mit der Preisbildung aus? Ich glaube, daß Sie das schon interessieren darf, denn die Schlußfolgerungen, die daraus zu ziehen sind, sind für uns außerordentlich wichtig. In den Preisen — und bei jeder Preisbesprechung wird eine derartige Preiskalkulation vorgelegt — sind die Abschreibungen der Betriebsanlagen und der Einrichtung enthalten, in den Preisen sind die Löhne und die sozialen Leistungen des Arbeitnehmers ebenso wie die des Arbeitgebers enthalten, in den Preisen sind somit auch die Kinderbeihilfe und die Mietzinsbeihilfe enthalten. (*Abg. Lakowitsch: Sollten enthalten sein!*) Na, sie sind schon enthalten. In den Preisen sind die Steuern enthalten, beispielsweise die Umsatzsteuer und die sonstigen Steuern, in den Preisen sind die Zinsen für das Eigenkapital und für eventuelle Darlehen enthalten, und in den Preisen ist letzten Endes auch der Gewinn und, im Gewinn eingeschlossen, auch die Einkommensteuer inbegriffen. (*Ruf bei der ÖVP: Soweit dies möglich ist!*)

Meine Damen und Herren! Wenn wir die Dinge von diesem Gesichtspunkt aus ansehen, dann können wir sagen, daß der Preis die Erfolgsrechnung des Unternehmers oder — in der Summe — der Unternehmer ausmacht. Der Preis bestimmt den Geldstrom und die Richtung dieses Geldstromes.

Ich möchte hier nur kurz die Kunststücke erwähnen, die sich verschiedene Betriebe — in diesen Feststellungen sind die öffentlichen Betriebe genau so wie die privaten Betriebe inbegriffen — leisten, daß man Vorauszahlungen verlangt und bei folgenden Preissteigerungen nachträglich auf diese sogar Aufzahlungen fordert, obwohl diese Betriebe das Geld bei noch niedrigeren Kosten verwenden könnten und es auch verwendet haben. Damit wird aber ein doppelter Raub aus der Tasche der Konsumenten, sogar jener, die Vorprodukte zu kaufen haben, betrieben. Auch diese Unmoral muß irgendwie beseitigt werden; denn das Geld wurde ja noch zu günstigen Bedingungen angenommen und verwendet, man hat sich zunächst

den Wert gesichert und in der weiteren Folge trotzdem die Verteuerung für sich verrechnet.

Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß die Preise alles enthalten, was in den wirtschaftlichen Fluß hineingehört, dann wollen wir uns von diesem Gesichtspunkt aus einmal die Funktion des Arbeiters und des Angestellten, des Werkstätigen, innerhalb der Wirtschaft ansehen. Der Arbeiter wie der Angestellte ist Produzent und Konsument zugleich, er produziert ja die Artikel und tritt zugleich auf dem Markt als Konsument auf. Er bezahlt daher neben seiner Leistung für das Sozialprodukt auch alle Nebenkosten, die wir in die Preiskalkulation miteinbeziehen können. Die Gruppe oder der Stand der Arbeiter und Angestellten bezahlt somit auch alle sozialen Leistungen selber, diese Gruppe bezahlt sich selber die Mietzinszuschüsse und die Kinderbeihilfen, sie bezahlt auch den Gewinn und die Zinsen. Alles bezahlen die Arbeiter und Angestellten als Konsumenten mit. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Diese Tatsache, die Sie doch nicht in Abrede stellen wollen, berechtigt uns zu einer Schlußfolgerung: Das, was vom Wirtschaftstreibenden auf dem Weg über die Preise als Erfolgsrechnung ausgewiesen werden kann, das kann in der Erfolgsrechnung des Haushaltes des Konsumenten, des Werkstätigen, als Passivum aufscheinen, und dort scheint es auch so auf.

Wir müssen gerechterweise die notwendigen Schlußfolgerungen daraus ziehen und sagen: Der Konsument bezahlt nicht nur alles das, was wir als wirtschaftlichen Kreislauf bezeichnen, sondern er bezahlt auch alle Fehlleitungen und alle Fehlinvestitionen innerhalb unserer Wirtschaft. Und wenn wir diese Schlußfolgerung ziehen, dann müssen wir sagen, daß es notwendig ist, daß wir für diese Werkstätigen, da sie zu den Hauptträgern unserer Wirtschaft gehören, bei der Entscheidung über den Ablauf der Wirtschaft auch den nötigen Platz finden müssen. Wir können daher aus der Funktion des Arbeiters und Angestellten in der Wirtschaft das Recht ableiten, daß er bei der Preisbildung und bei der Entscheidung über das Ausmaß und die Verwendung der Gewinne mitzureden hat. (*Abg. Krippner: Und die „Verwendung“ der Verluste, Herr Kollege?*) Mein lieber Kollege, schauen wir uns einmal in der Wirtschaft um! Sind denn die Arbeiter und die Angestellten schon einmal davon verschont geblieben, wenn in unserer Wirtschaft Verluste aufgetreten sind? Immer und immer wieder und auch zur Zeit der Bankenkrache in Österreich, zur Zeit der großen Betriebsstilllegungen waren es die Arbeiter,



die letzten Endes die schwersten Lasten zu tragen hatten, denn jene, die das Geld haben, können auch diese Zeiten wesentlich leichter als der besitzlose Arbeiter überdauern. Wir fordern daher aus dem Gesichtspunkt der tragenden Funktion des Werk-tätigen in unserer Wirtschaft seine volle Gleichberechtigung innerhalb der Wirtschaft und bei allen Entscheidungen, die den Ablauf unserer Wirtschaft betreffen. *(Beifall bei den Sozialisten.)*

Sehr verehrte Damen und Herren! Wenn wir nun die vielen Fehlentwicklungen in der Preisbildung, die ich auf Grund von Zahlen hier nachgewiesen habe, und die schwerbelastenden Fehlinvestitionen, die ich ebenfalls nachgewiesen habe, und den in unserem Wirtschaftssystem weitgehend eingebauten überdimensionierten Handel betrachten, dann müssen wir feststellen, daß unsere Wirtschaft nicht nur nach außen hin krank ist, daß an ihr nicht nur größere und kleinere Geschwüre festgestellt werden können, sondern daß unsere Wirtschaft im Mark und im Blut krank ist.

Daher ist eine radikale Änderung unseres Denkens innerhalb unseres Wirtschaftsablaufes und unserer Beiträge zur Wirtschaft notwendig. Wir wollen keinen Zwang, wir sind froh, wenn die Dinge ruhig und ohne Reibung ablaufen; wir sind aber der Meinung, daß das, was ausgesprochen gehört, was uns immer wieder in die größten Schwierigkeiten hineindrängt, besprochen werden muß und daß man nach der Aussprache, wie ich schon einmal gesagt habe, zur Tat übergehen soll.

Wir hängen unsere Hoffnungen an das Gelingen der Preissenkungsaktion, wir tun alles und scheuen nichts, um diesen Bestrebungen zum Erfolg zu verhelfen, aber es muß auch ausgesprochen werden, daß diese Preissenkungsaktion, selbst wenn sie hundertprozentig gelingen sollte, nur eine Atempause auf dem Wege zur Überwindung der Schwierigkeiten ist, wenn wir nicht die Struktur unserer Wirtschaft richtig gestalten und alles das beseitigen, was eine Belastung darstellt. Solange nicht in der Wirtschaft selbst der Drang und die Zielsetzung einer möglichst günstigen Entwicklung der Einzelbetriebe ohne Rücksicht auf die sonstigen Teile unserer Wirtschaft beseitigt wird und nicht eine zusammenfassende, übersichtliche und die Gesamtheit befriedigende Wirtschaft betrieben wird, solange wird es uns, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht möglich sein, aus den Schwierigkeiten herauszukommen.

Die Mittel, die als Gewinn oder als Investitionsbeträge in den einzelnen Betrieben ge-

dacht sind, müssen so erfaßt werden, daß ihr Einsatz nach gesamtwirtschaftlichen Bedürfnissen möglich ist. Würden wir weiterhin den Grundsatz verfolgen, daß nur der investieren soll, der Preise der Hochkonjunktur für sich in Anspruch nehmen kann, dann würden wir eines schönen Tages aufwachen und kaum mehr in der Lage sein, die Fehlentwicklung hintanzuhalten, die durch falsche Grundsätze unserer Wirtschaftspolitik entstanden ist. Ich brauche in diesem Zusammenhang gar nicht darauf hinzuweisen, daß dies dann selbstverständlich größte soziale und auch staatspolitische Komplikationen mit sich brächte. Daher ist eine übersichtliche und klare Handhabung unumgänglich notwendig.

Auch die Politik der Vollbeschäftigung werden wir aus dem Gesichtspunkt der Produktivität verfolgen müssen. *(Rufe beim KdU: Hört! Hört!)* Vollbeschäftigung nur um der Beschäftigung und nicht um der Steigerung der Produktivität willen ist keine Vollbeschäftigung! *(Beifall bei SPÖ, ÖVP und KdU.)* Wir müssen daher Untersuchungen in dieser Richtung einleiten und müssen uns fragen: Wieviel wird für Arbeitsstunden bezahlt, die nicht wirklich Arbeitsstunden sind? Können wir nicht die Menschen um dasselbe Geld produktiver einsetzen, und zwar auch zum Nutzen dieser Menschen selbst? *(Beifall bei den Sozialisten.)*

Meine Herren! Wir diskutieren diese Dinge auch in der Arbeiterschaft in aller Offenheit. Wir scheuen nicht davor zurück, zu sagen, was notwendig ist und was nicht notwendig ist. Wir sind auch bereit, dieses Problem in jener Richtung zu lösen, in der wir uns einen wirklich positiven Erfolg versprechen.

Nun darf ich zusammenfassen: Die österreichische Wirtschaftspolitik wird neben den Erscheinungen, die ich hier aufgezeigt habe, auch noch durch den ständigen Kampf der einzelnen Berufsgruppen schwerstens belastet. Ich gehöre zu jenen, die immer versucht haben, die Forderungen der einzelnen Berufsgruppen objektiv zu untersuchen und auf Grund der Untersuchungsergebnisse zu den Problemen Stellung zu nehmen. Die letzten Jahre und insbesondere die letzten Monate haben bei uns eine Auseinandersetzung zwischen der Landwirtschaft einerseits und dem Gewerbe und der industriellen Wirtschaft auf der anderen Seite mit sich gebracht. Wenn wir dieses Problem näher betrachten, so sehen wir nicht nur die Auseinandersetzung zwischen Landwirtschaft auf der einen Seite und Gewerbe und Industrie auf der anderen Seite, sondern wir sehen auch innerhalb der einzelnen Wirtschaftsgruppen ganz gewaltige

2814 72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 11. Dezember 1951.

Interessenkämpfe, die mit den verschiedensten Mitteln geführt werden und die durch unser Wirtschaftssystem selbst begünstigt werden. Es ist doch klar, daß der Landwirt in den Alpenländern eine Erhöhung der Getreidepreise als eine Belastung seines Berufes und als eine Belastung seiner Lebenshaltung ansehen muß. Genau so ist es klar, daß, wenn die Zuchtviehpreise in die Höhe gehen, der Landwirt in den Niederungen oder auf dem flachen Lande dadurch eine Belastung erfährt. Wenn hohe Investitionssummen abgeschöpft werden, dann wirkt sich das auf die Preise und auf die Konsumenten aus.

Ich habe an Hand einiger Beispiele darauf hingewiesen, daß die Preise einer Reihe landwirtschaftlicher Maschinen enorm hoch sind, genau so wie die Preise der Maschinen für die gewerbliche Wirtschaft. Meine Herren! Wenn man eine Betriebsrechnung oder eine Preiskalkulation vornimmt, dann muß man natürlich die hohen Preise dieser Maschinen in die Kalkulation der Agrarpreise miteinbeziehen, und zwar als Abschreibungsquoten. Wenn daher der eine Teil unserer Wirtschaft, also die gewerbliche und die industrielle Wirtschaft, überhöhte Preise verlangt und der Meinung ist, die Wirtschaft sei dadurch irgendwie gefestigt, so kommt sehr bald die Kehrseite, die Kalkulation über die Konsumentengüter, besonders über die Lebensmittel, und auf der Lohnseite muß dann wieder ein Ausgleich geschaffen werden. Freilich hat immer der den Vorteil, der zuerst in die Bresche gesprungen ist und wenigstens eine Zeit hindurch den Mehrgewinn für sich in Anspruch nehmen konnte. Aber ich glaube, daß es an der Zeit ist, daß wir bei uns in Österreich endlich dazu übergehen, zu erkennen, daß es keine industriell-gewerbliche These und eine dazugehörige landwirtschaftliche Antithese gibt und daß es das auch umgekehrt nicht gibt. Wir müssen endlich einmal den Mut aufbringen, zu sagen, daß wir eine gesamtwirtschaftliche Synthese brauchen. Denn nur über eine gesamtwirtschaftliche Lösung gibt es eine Befriedigung der Forderungen und Wünsche der breiten Massen der Konsumentenschaft, gleichgültig, ob sie als landwirtschaftliche Konsumenten oder als gewerbliche Konsumenten in Wechselwirkung auf dem Markt auftreten.

Meine Damen und Herren! Um das zu erreichen, ist aber etwas wirklich notwendig, was heute schon gefordert wurde: ein gesamtwirtschaftliches Konzept, eine Rücksichtnahme des einen auf den anderen. Es darf keine Fehlleitungen innerhalb unserer Wirtschaft geben. Solche Fehlleitungen gibt es heute aber — das habe ich bewiesen — in der Landwirtschaft und in der gewerblichen Wirtschaft. Wo immer wir an die Beseitigung dieser Fehlleitungen gehen, werden wir einen Beitrag zur Befriedigung unserer Gesamtwünsche, der Wünsche aller Werktätigen, gleichgültig, in welchem Berufe sie bei uns in Österreich wirken, leisten. *(Beifall bei den Sozialisten.)*

Hohes Haus! Ich hatte heute nicht die Absicht, mich hier mit Zahlen aus dem Kapitel Handel und Wiederaufbau des Budgets zu beschäftigen, denn diese Zahlen stehen ja fest; es hat keinen Sinn, über feststehende Dinge zu sprechen. Ich sah meine Aufgabe darin, aufzuzeigen, vor welche Aufgaben wir uns in der Zukunft selber stellen müssen. Ich glaube, wenn wir ernstlich daran gehen wollen, alle Belastungen unserer Wirtschaft zu beseitigen, müssen wir zuerst das Ziel stellen und dieses Ziel dann konsequent verfolgen. Die heutige Zeit erlaubt es nicht mehr, daß man Erkenntnisse nur ausspricht, ohne an die Aktivierung der gefundenen richtigen Lösungen zu gehen. Wir haben schon viele gute Gedankengänge gehört, wir sind aber vor der Realisierung dieser Gedankengänge immer zurückgeschreckt. Gehen wir endlich an die Arbeit! Erkennen wir alles das, was durch eine zu laxen und eine zu wenig vorausschauende Haltung unserer Wirtschaft an Belastungen aufgebürdet wurde, denn nur über diesen Weg werden auch die Unabhängigkeit Österreichs und die soziale Sicherheit in Österreich überhaupt erhalten werden können. *(Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)*

**Präsident:** Ich breche nun die Verhandlungen ab.

Die nächste Sitzung findet morgen um 11 Uhr vormittag statt, mit der Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Debatte und hierauf Beratung über die Gruppe X.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 18 Uhr 40 Minuten.**